

(A)

Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen, der 46. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich begrüße auch sehr herzlich unsere Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich sieben Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/2723

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 11/2800 bis 11/2816

zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1992) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs am Solidaritätsbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushalt 1992 (Solidarbeitraggesetz - SBG 1992)

(C)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/2452

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/2791

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/2817

zweite Lesung

Das im Ältestenrat vereinbarte **Beratungsverfahren** ist in der vorliegenden Tagesordnung ausgedrückt. Danach sind die Gesamtredzeit und die Rednerzahl nicht begrenzt. Die Einzelredzeit des ersten Redners jeder Fraktion beträgt 15 Minuten, wobei bei den Einzelplänen 05, 07 und 10 die ersten Fraktionsredner zu den in der Tagesordnung aufgeführten Sachbereichen ebenfalls jeweils 15 Minuten erhalten. Die Redezeit der weiteren Redner beträgt bis zu 8 Minuten.

Zwischen 12.30 und 14.00 Uhr erfolgen keine Abstimmungen.

In welcher Reihenfolge die Einzelpläne aufgerufen und beraten werden, ist ebenfalls aus der Tagesordnung ersichtlich. Nach der Beratung des Einzelplans 13 werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Beratung ein. Ich rufe Nummer 1 auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich verweise dazu auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/2807** und auf die vorliegenden **Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2900** mit zwölf Anlagen und der Fraktion der **CDU Drucksache 11/2901** mit drei Anlagen.

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

Ich eröffne die **Beratung**. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordnetem Reul für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Reul (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! In den 90er Jahren stehen der deutschen und auch der nordrhein-westfälischen Politik große Herausforderungen bevor. Deutschland nimmt immer mehr Asylbewerber auf, mehr als alle anderen europäischen Staaten zusammen, und innerhalb Deutschlands nimmt NRW immer mehr Asylbewerber auf.

Durch die Auflösung des Ost-West-Konflikts hat Deutschland und haben die Bundesländer zusammen zusätzliche Verantwortung übernommen, nämlich Osteuropa nicht in eine Armutzone und eine ökologische Risikozone abrutschen zu lassen. Der Nord-Süd-Konflikt ist nicht länger ein Nebenkriegsschauplatz neben dem Ost-West-Konflikt, sondern er fordert uns mit voller Wucht seines wirtschaftlichen, sozialen und umweltzerstörenden Sprengsatzes.

Deshalb stellen sich heute, 1991, und für das Haushaltsjahr 1992 neue zentrale Fragen an die politische Führung auch im Lande Nordrhein-Westfalen:

(B)

Wie muß ein politisch vernünftiges Konzept aussehen, das Asylpolitik einerseits und Entwicklungs- und Außenpolitik andererseits miteinander zu einem vernünftigen Ansatz verbindet? Wie wird die Landesregierung diesem Anspruch gerecht? Zeigt sie sich dem Asylbewerberstrom gewachsen oder nicht?

Es gibt aktuelle Fakten, die vorliegen:

Erstens. Die Asylbewerberzahl erreicht neue Rekordmarken. Der Club of Rome zeigt im neuesten Bericht neue Flüchtlingswellen auf, die kommen werden, und die Landtagskommission kehrt aus Mazedonien mit einem niederschmetterndem Ergebnis zurück.

Das Ergebnis dieser Kommission zeigt: Diese Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist sowohl mit ihrer Asylpolitik wie auch mit ihrem Pseudo-Flüchtlingshilfeprojekt Mazedonien gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Dieses mazedonische Reintegrationsprogramm ist Symbol und - und ich will das auch darstellen - Musterbeispiel für einen politischen Irrweg.

Schließlich - und das muß jetzt der Maßstab sein - hatte die Regierung Rau/Clement selbst dieses Rückkehrprogramm für Sinti und Roma schon vor Monaten zum Testfall für ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik erklärt. Insofern muß es jetzt auch als Testfall bewertet werden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Warum sind Sie denn nicht mitgefahren?)

Deshalb will ich fragen, Herr Vesper, Herr Clement, Herr Rau: Ist das Rückkehrhilfeprogramm der Landesregierung für Roma und Sinti ein konstruktiver Beitrag zur Vermeidung von Flüchtlingsbewegungen in der Welt und damit auch ein Beitrag zur Lösung der Asylfrage?

Zweitens: Wie ist denn das bisherige entwicklungspolitische Engagement dieser Landesregierung nach Konzept und nach Mitteleinsatz zu bewerten?

Und drittens: Gibt es eigentlich neue Schwerpunkte im Haushalt 1992, den wir heute hier beraten, zur Bekämpfung von Fluchtursachen in der Welt und zur Eindämmung von Armutswanderung?

(D)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Reul, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Reul (CDU): Heute gestattet es keine Zwischenfragen, da man nur 15 Minuten Zeit hat.

(Heiterkeit beim Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir uns an das Zustandekommen dieser Flüchtlingskonzeption der Landesregierung erinnern. Und zwei Dinge sind in Erinnerung zu rufen:

Erstens. Am Anfang stand Streit zwischen Schnoor, Heinemann und Clement. Am Anfang dieser so ge-

(A) (Reul [CDU])

nannten Flüchtlingshilfepolitik stand der Asylmißerfolg von Herrn Schnoor.

(Zustimmung bei der CDU)

Oberste Gerichte hatten dem Innenminister, der sich verrannt hatte, bestätigt, daß 5 400 nicht politisch verfolgte Sinti und Roma rechtskräftig abgelehnt wären. Aber wie von unserem Innenminister hier in Nordrhein-Westfalen nicht anders zu erwarten, setzte er nicht etwa Recht und Gesetz um, sondern er hob im Gegenteil Recht und Gesetz durch den Abschiebestopp auf.

In dieser verfahrenen und strittigen Lage in der SPD in Nordrhein-Westfalen meldete sich Herr Clement und versuchte dieser staunenden Öffentlichkeit Nordrhein-Westfalens die Asylpleite als neue Flüchtlingspolitik zu verkaufen.

(Beifall bei der CDU)

Eine neue Verkaufsidee aus dem Hause Clement! Warum, Herr Clement, schweigen Sie eigentlich in diesen Tagen, in denen die Kommission mit einem Negativbefund zurückkehrt? Eigentlich müßten Sie nach Ihrem eigenen Konzept heute hier vor uns treten und nachher übrigens auch vor die Barackensiedlung vor dem Landtag treten und sagen: Es gibt gute Nachrichten aus dem Slumgebiet von Sutka: daß sich alle in Makedonien angekommenen Sinti und Roma eine neue Existenz aufbauen, daß die Zurückgekehrten in dem Slum wie Multiplikatoren wirken und andere mit Arbeit und Engagement mitziehen und daß es sich deshalb gerade für die Sinti und Roma, die noch in Nordrhein-Westfalen geblieben sind, lohnt, bald nachzukommen.

Aber die Nachrichten, die wir bekommen, sind leider ganz andere. Deshalb werden wohl auch in Zukunft Roma und Sinti vor dem Landtag und anderswo in Nordrhein-Westfalen rechtswidrig bleiben,

(Zuruf von der SPD)

oder sie werden, wie gestern passiert, das Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche besetzen.

(C)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Je länger die Roma und Sinti hier in Nordrhein-Westfalen bleiben, desto weniger werden die Probleme gelöst werden können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Clement befindet sich im "Schwitzkasten" der Roma-und-Sinti-Frage; denn das Roma-und-Sinti-Problem ist ein Asylproblem, und Herr Clement ist damit gescheitert, es als Flüchtlingsproblem zu verkaufen. Das ist das Ergebnis dieser Tage.

(Beifall bei der CDU)

Herr Clement ist mit seinem Konzept am Ende. Die Luft bleibt ihm letztlich weg

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich war dabei; ich habe das differenzierter gesehen!)

vor lauter Erpressungsversuchen, und er will nur noch versuchen, sich mit Geldzahlungen von der Verantwortung freizukaufen. Wie lange, Herr Clement, können Sie das eigentlich noch durchhalten? Wie lange wollen Sie eigentlich noch Millionen des nordrhein-westfälischen Steuerzahlers ausgeben, ohne eine Lösung des Problems zu erreichen?

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist die spannende Frage: Millionen ausgeben, ohne das Problem auch nur ansatzweise zu lösen!

(Zuruf von der SPD)

Alle, die sich mit Asylfragen beschäftigen und die versuchen, es auch ein wenig sachbezogen zu tun, wissen, daß man das mit noch so einem teuren, aber falschen Konzept niemals wird tun können. Es wird kein Ergebnis geben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Diese Lage, die wir heute hier haben, Herr Rau, ist deshalb besonders unangenehm, finde ich, weil das Reintegrationsprogramm nicht nur nichts erreicht, sondern sogar das Gegenteil erreicht hat.

(A) (Reul [CDU])

(Ministerpräsident Dr. Rau: Sie sollten die Briefe der Bundesregierung zu dem Thema lesen!)

- Die kenne ich; darauf komme ich gleich zu sprechen, Herr Rau.

Das Reintegrationsprogramm hat nichts erreicht, sondern es hat sogar das Gegenteil von dem erreicht, was erreicht werden sollte.

(Zuruf von der SPD: Das hätten Sie gern!)

Denn statt einer Integration wurden in den Slumgebieten soziale Ungerechtigkeit und Sozialneid geschaffen. Statt Hilfe zur Selbsthilfe wurden Menschen in Häuser gesetzt, ohne ihnen die Perspektiven für ihre Zukunft zu geben.

(Zustimmung bei der CDU)

Statt Anreize zur Reintegration in die Heimat jugoslawischer Staatsbürger zu schaffen, hat Herr Clement Anreize für Asylmißbrauch geschaffen und sogar damit noch eine Sogwirkung für neue Asylantenwellen erreicht.

(B) Das Fazit, meine Damen und Herren, lautet: Die sogenannte Flüchtlingspolitik von Herrn Clement ist eine Politik für mehr Flüchtlinge; denn es wird nicht den wirklich Hilfsbedürftigen in den Gebieten Makedoniens geholfen, um bei dem Beispiel zu bleiben, sondern es werden diejenigen belohnt, die Asylmißbrauch begehen.

Herr Clement kommt mir in diesen Tagen wie ein Verpackungskünstler von Düsseldorf vor, der von den Betroffenen, von den Roma und Sinti, selbst jetzt enttarnt wird. Es geht ihm letztlich nur um das Verkaufen einer Verkaufsidee, aber es geht ihm nicht um Problemlösungen.

(Zuruf von der CDU)

Während Herr Rau - und das ist der Unterschied - sich zumindest für die Probleme von Menschen interessiert, ist Herrn Clement nur an einem reibungslosen Politmarketing gelegen. Deshalb bleibt bei dieser

(C)

Strategie das Menschliche auf der Strecke. Das unterscheidet die beiden Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bei alledem - ich sage das in allen Ernst - ist keinem wirklich geholfen: den Roma und Sinti nicht, dem Land Nordrhein-Westfalen nicht, auch nicht den nordrhein-westfälischen Steuerzahlern und erst recht nicht den Kommunen in unserem Lande, die die ganz Suppe da auslöffeln müssen.

(Beifall bei der CDU)

Aber damit kein Mißverständnis aufkommt und die Chance genutzt wird, auf Nebenkriegsschauplätze abzulenken: Ich spreche von politischem Versagen. Ich möchte ganz ausdrücklich im Namen der CDU Nordrhein-Westfalen, der Caritas, denen, die da vor Ort arbeiten und in diesen Modellversuchen noch ungeheuer viel für die einzelnen Menschen bewirken, ganz herzlich für ihr großes Engagement und ihre Hilfsbereitschaft sowie für ihren Einsatz und ihre Ideen danken.

(Beifall bei der CDU)

Mir tun diejenigen leid, die wirklich hilfsbedürftig sind im Slum von Sutka. Sie müssen nämlich ansehen, wie ihre Stammesbrüder, die Roma und Sinti, die ohne politische Verfolgung an den Rhein gekommen sind, jetzt in eigens für sie fertigestellte Häuser einziehen.

(D)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

Diejenigen aber, die weiter ihrem Elend überlassen sind, müssen sich fragen: Müssen wir auch erst nach Nordrhein-Westfalen kommen, damit wir solche Privilegien erhalten?

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt laufen dem Polit-Marketing-Chef Clement auch noch die Kosten davon. Der Landeshaushalt zeigt das: 1991 13 Millionen DM für dieses Projekt; 150 Roma und Sinti nehmen an. 1992 weitere 15 Millionen DM. Herr Rau, ich frage Sie und Ihre Landes-

(A) (Reul [CDU])

regierung: Was machen Sie eigentlich, wenn alle 30 000 in Nordrhein-Westfalen noch wohnenden Roma und Sinti auf dieses Angebot eingehen oder diesen Anspruch stellen würden? Die Seite muß auch beleuchtet werden.

Wieviel wird Herr Clement noch ausgeben müssen, um den wachsenden Ansprüchen der Menschen auch in den Häusern von Sutka gerecht werden zu können? Für Arbeitsmöglichkeiten ist nicht gesorgt. Das war Tenor aller, die zurückgekommen sind. Viele rufen nach Telefon und Waschmaschine. Ich will das nicht bewerten; ich will nur das Problem deutlich machen. Vielleicht kehren sogar viele von ihnen enttäuscht nach Nordrhein-Westfalen zurück und sagen: So haben wir uns das nun auch nicht gedacht!

Es drängt sich die Frage auf: Was ist entwicklungs- politische Konzeption dieser Landesregierung? Was ist eigentlich gemeint? Eine Antwort kann man vielleicht finden, wenn man in dem Papier nachschaut, das Herr Clement am 9. Oktober 1991 dem Hauptaus- schuß vorgelegt hat, 40 Seiten stark. Darin werden alle Maßnahmen der Landesregierung aufgezeigt - ein umfangreiches Werk mit der typischen Handschrift, die diese Landesregierung auszeichnet: keine klare Linie, geschweige denn ein konzeptioneller Ansatz, Hunderte von kleinen und Kleinstprojekten hintereinander aufgereiht, ohne Schwerpunktsetzung und ohne politische Koordinierung.

(B)

Von verschiedensten Ministerien und Behörden in diesem Lande wird Geld für Projekte von Afrika bis Weißrußland ausgegeben, ohne daß eine Konzeption, ohne daß Sinn und Zweck erkennbar werden, ohne daß eine langfristige Strategie erkennbar wird.

Was ist das eigentlich für ein unsinniges Verzetteln, wenn z. B. einem armen Land wie Senegal der Landwirtschaftsminister ein Feuchtwiesenprogramm mit einer sechsstelligen Summe finanziert? Ist das konzeptioneller Ansatz?

Müßte nordrhein-westfälische Entwicklungshilfepoli- tik, wenn sie denn ernsthaft gemeint und nicht nur Verpackung ist, nicht vielmehr gerade dort Engage- ment zeigen, wo die meisten Fluchtbewegungen ent- stehen, die uns hier erreichen, dort, wo sich Men- schen wegen schlechter Lebensumstände auf den Weg

(C)

machen, um in Deutschland Asyl zu erbitten? Aber der gesamte Entwicklungshilfekatalog der Landes- regierung gibt keine Auskunft zu Projekten in der Türkei, im Libanon, in Vietnam.

Heute, meine Damen und Herren, ist eines somit klargeworden: Die neue, die sogenannte Flüchtlings- politik der Landesregierung verschärft die Probleme, anstatt sie zu lösen. Sie schafft neue Anreize für Flucht, für Elend, für Ungerechtigkeit. Sie hilft nicht vor Ort, nicht an den richtigen Stellen, nicht mit einem politischen Konzept. Deshalb zeigt sie auch keine neue Lösung in der Asylpolitik auf.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Was wollen Sie denn, Herr Reul? Sagen Sie es doch einmal!)

Jetzt, Herr Büssow, bleibt eigentlich nur noch ein einziges Argument übrig; denn Sie haben ja auch Beiträge in der Öffentlichkeit und in der "Rheinischen Post" geleistet und gesagt: Wir müßten hier mehr tun; wir müßten hier intensiver arbeiten.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Was wollen Sie denn? Sagen Sie doch den Leuten, was Sie wollen!)

- Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht. Sie müßten doch bei dem, was ich jetzt vortrage, Beifall klat- schen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Herrn Clement bleibt eigentlich zur Ehrenrettung nur noch ein Argument übrig; wenn er aufzeigen könnte, daß Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich viel täte, überdurchschnittlich hohes Engagement in Ent- wicklungshilfe steckt. Meine Damen und Herren, auch dafür gibt es Dokumente. Ich will Ihnen einmal eines zeigen. Das kennt die SPD-Fraktion wahrschein- lich besser als wir; das ist eine Zusammenstellung der SPD-Bundespartei, des Bundesvorstandes, vom Okto- ber 1991, also ganz neu. Wenn man darin die Seite 8 aufschlägt, findet man sehr spannende Zahlen, näm- lich die Tabelle der Entwicklungshilfeausgaben aller Bundesländer. Und der SPD-Bundesvorstand bestätigt, daß Baden-Württemberg doppelt soviel für Entwick- lungshilfe ausgibt wie Nordrhein-Westfalen: 35 Mil- lionen gegenüber 17 Millionen DM!

(A) (Reul [CDU])

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das ist doch unglaublich! Es geht um Ideen, nicht um Geld!)

- Ach, Herr Farthmann! Das meiste, was Sie in den letzten Tagen und Wochen gesagt haben, war sehr hilfreich; jetzt gerade war es nicht hilfreich.

Fazit ist, daß Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und Armutswanderung - ich habe das Schritt für Schritt aufgearbeitet, Herr Farthmann, nicht eines herausgerissen - weder über ein Konzept noch über eine ausreichende Mittelausstattung verfügt und deshalb zur Fluchtursachenbekämpfung vor Ort überhaupt nichts beiträgt.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Das ist unsinnig, was Sie hier sagen!)

- Also, Herr Schnoor! Sie sollten sich zu dem Thema möglichst gar nicht mehr äußern. Vielleicht könnte Herr Heinemann einmal etwas dazu sagen, was er meint, oder Herr Clement. In dieser Frage sind Sie sich doch selber gar nicht einig, was Sie tun wollen.

(B)

Wir fordern erstens - und jetzt komme ich zu dem Vorschlag, den wir auch zum Haushalt vorgelegt haben - konsequente Asylpolitik. Wir fordern deshalb Einsparung der Summe von 320 Millionen DM. Wir fordern zweitens die Einsetzung von 100 Millionen DM

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

- hören Sie zu; Sie können gleich zustimmen - zur Beseitigung der Ursachen der Armutswanderung, ganz konkret und präzise!

(Beifall bei der CDU)

Herr Clement, geben Sie doch ein paar Millionen Ihrer Asyl-Millionen für die Beseitigung von wirklichen Fluchtursachen in den Ländern der Dritten Welt aus! Beteiligen Sie sich doch z. B. - ich will einmal einen Vorschlag machen - am Fonds der Deutschen Ausgleichsbank in Bonn! Diese Bank hat mittlerweile schon 10 000 echte Arbeitsverhältnisse in aller Welt geschaffen. Damit kann man wirklich Fluchtursachen bekämpfen.

(C)

Ich stelle fest: Das Projekt Makedonien, meine Damen und Herren, ist Beweis dafür, daß nicht diejenigen Asylbewerber belohnt werden dürfen, die nicht politisch verfolgt sind. Ich stelle fest, daß wir in Nordrhein-Westfalen dringend eine nordrhein-westfälische Flüchtlingskonzeption brauchen, die einerseits die Beseitigung der Fluchtursachen in der Dritten Welt und andererseits den Asylmißbrauch berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU)

Dafür muß dann Nordrhein-Westfalen auch mehr Geld in die Hand nehmen, es umschichten, es an der richtigen Stelle einsetzen. Es ist natürlich schwieriger, Umbau zu organisieren, Geld an die richtigen Stellen zu bringen, als einfach nur daraufzusetzen, damit die Leute in den Ländern der Dritten Welt in Arbeit kommen und nicht, damit Leute ein Haus schlüsselfertig hingestellt bekommen.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(D)

Abgeordneter Reul (CDU): Meine Damen und Herren und Herr Clement! Wenn Sie sich diesen Ergebnissen, die heute vorliegen, nicht stellen und wenn Sie nicht die Bereitschaft zeigen, auch ein Stück nachzudenken und umzudenken, wird dieses Problem Asylpolitik nicht gelöst werden, es wird auch das Problem Flüchtlingspolitik nicht gelöst werden.

Am Anfang dieser Debatte, die wir heute zum Haushalt 1992 vorläufig beenden, war Politik, war Streit in Ihrer Partei. Am Anfang stand der Ablenkungsversuch von Herrn Clement, und am Ende steht, daß die Probleme immer noch nicht gelöst sind. Deshalb brauchen wir einen Neuanfang - nicht irgendwelche Zauberantworten, sondern wir brauchen ernsthaftes Bemühen, wirklich Verantwortung zu übernehmen. Wir als nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion sind bereit, daran mitzuarbeiten.

Wir bieten die Zusammenarbeit an, wenn Sie auch bereit sind, Fehler als Fehler zu erkennen und nicht zu wiederholen und neue zukunftsweisende Antworten auch zu beginnen. - Ich danke Ihnen.

(A) (Reul [CDU])

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reul, mir ist, um das einmal ganz deutlich zu sagen, eine Dauer-CD wesentlich lieber als eine Langspielplatte mit einem Sprung in der Rille.

(Oho-Rufe bei der CDU - Beifall bei der SPD)

Das, was Sie hier über Herrn Minister Clement ausgeführt haben - ich nehme das noch einmal auf -, daß Sie nämlich seine Politik, die maßgeblich von ihm für die Landesregierung betrieben worden ist, hier als "Verkaufspolitik" bezeichnet haben, ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten, Herr Kollege Reul.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Sie haben hier versucht, die Entwicklungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen zu kritisieren. Wenn ich über die Aufgaben des Bundes und die Aufgaben der Länder richtig informiert bin, hätten Sie erst einmal hier darstellen müssen, was denn überhaupt die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik, der Bundesregierung ist. Dann hätten Sie feststellen und sich daran erinnern müssen, daß Herr Schäuble wesentlich früher als Ihre Landtagsfraktion bereits das als Politikansatz gelobt hat, was Herr Clement und was die Landesregierung auf den Weg gebracht haben. Heute versteigen Sie sich dazu, sich überhaupt dazu zu äußern, und dieses dann in dieser - entschuldigen Sie, ich kann es nicht anders formulieren - zynischen und billigen Art, in der Sie es getan haben.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Einer, der von Sozialpolitik keine Ahnung hat!)

Im übrigen, Herr Kollege Reul - aber das kennzeichnet Sie ja schon lange, auch in Ihrer neuen Funktion -: Sie haben einfach das Thema verfehlt. Wenn ich recht informiert bin, ging die Vereinbarung dahin,

(C)

daß wir hier zum Einzelplan 07, also über Arbeit, Gesundheit, Soziales, Kinder und Familie sprechen.

(Widerspruch bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Ja, passen Sie einmal auf! Ich will Ihnen darstellen, wo Ihr Denkfehler dort liegt. Ihr Denkansatz - und dieser ist falsch - liegt darin, daß Sie glauben, Sie könnten mit den Mitteln der Sozialpolitik Asyl- und Ausländerpolitik betreiben, Herr Kollege Reul. Das können Sie nicht! Darauf wird sich die Sozialpolitik auch nicht einlassen.

(Widerspruch des Abgeordneten Hardt [CDU])

Die Sozialpolitik ist in diesem Felde eindeutig nachrangig.

(Erneut Widerspruch des Abgeordneten Hardt [CDU])

Der Ausgangspunkt, von dem wir ausgehen müssen, ist doch dieser: Die Bundesregierung hat es in fast zehn Jahren Regierungszeit versäumt und nicht geschafft, eine vernünftige Asyl- und Ausländerpolitik auf den Weg zu bringen. Das ist das erste, Herr Kollege Reul.

(D)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Kuschke!

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Einen Augenblick bitte, Frau Präsidentin!)

- Ja!

Abgeordneter Kuschke (SPD): Und das zweite ist dies, Herr Kollege Reul: In einer Zeit, da sich die Parteien, die Landesregierung und die Bundesregierung ernsthaft darum bemühen, das, was beim Bundeskanzlergespräch, beim Allparteiengespräch zustande gekommen ist, auch umzusetzen, torpedieren Sie diese Bemühungen durch solche Reden, wie Sie sie hier halten.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Kuschke [SPD])

Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen: Sie müssen sich auch in der Öffentlichkeit fragen lassen, ob das, was Sie hier dargestellt haben, nicht dem Verhalten von Brunnenvergiftern gleichkommt.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Linssen?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Bitte einen Augenblick, Frau Präsidentin!

Wie wollen Sie denn ernsthaft Herrn Prälaten Berghaus klarmachen, daß Sie hier in, wie ich meine, scheinheiliger Weise das Verhalten und das Engagement der Caritas vor Ort würdigen, aber die Politik, die dahintersteht, in einer Art und Weise schlechtmachen, wie Sie es hier getan haben?

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

(B) **Präsidentin Friebe:** Ich frage Sie noch einmal, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen gestatten.

(Zustimmung des Abgeordneten Kuschke [SPD])

- Bitte schön, Herr Dr. Linssen!

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Kuschke, würden Sie mir recht geben, wenn ich feststelle, daß das ganze Asylfeld im Ministerium des Herrn Heinemann, also im Einzelplan 07, angesiedelt ist und wir deshalb hier völlig zu Recht über dieses Thema sprechen? Und würden Sie uns - wenn Sie einmal von Ihren Ausdrücken wie "Scheinheiligkeit" und "Brunnenvergiftung" weggehen - bestätigen, daß wir die Flüchtlingspolitik, die Konzeption der Bundesregierung bejahen, daß wir voll dahinterstehen, aber einen gewaltigen Unterschied zum Reintegrationsprogramm feststellen?

(C)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Kollege Linssen, ich kann Ihnen nicht folgen, und ich bin entsetzt darüber, daß Sie sich jetzt durch diesen Beitrag noch einmal von der Politik der Landesregierung in den Feldern, in denen sie diese in Jugoslawien betrieben hat, distanzieren. Ich kann nur sagen, daß die Landesregierung in diesem Punkt ein volles Lob von der Bundesregierung erhalten hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte eigentlich auf den Gegenstand zurückkommen, mit dem wir uns heute ja auseinandersetzen wollen, nämlich mit der Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik. Da kommen wir dann nicht darumherum festzustellen, daß die Opposition - ich meine hier insbesondere die CDU und die F.D.P. - in entscheidenden sozialpolitischen Fragen heillos zerstritten bzw. erfolglos ist, beginnend beim Beispiel der Pflegeversicherung.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Ich darf mit Erlaubnis der Frau Präsidentin zitieren, was die "Glocke" am 8. November 1991 über einen Beitrag von Herrn Schauerte bei der Mittelstandsvereinigung in Warendorf referiert hat. Da heißt es:

(D)

Die CDU wird jede Wahl gewinnen in Nordrhein-Westfalen, allerdings mit einem anderen Spitzenkandidaten. Schauerte lastete ihm an, nach der verlorenen Landtagswahl das Aktionsfeld Düsseldorf verlassen zu haben und darüber hinaus auch wenig sensibel für wirtschaftliche Belange zu sein.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Weiter dann:

Blüm zählt zu der Klasse Politiker, die mit dem Ausbau des sozialen Netzes den Schwerpunkt ihrer Arbeit bilden, ohne, dargestellt an der Pflegeversicherung, die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu sehen.

(Widerspruch bei der CDU)

(A) (Kuschke [SPD])

Die Pflegeversicherung sei übrigens kein Thema zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Sie verteuere den Faktor Arbeit und entziehe der Wirtschaft den Boden in der internationalen Konkurrenz.

So der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion!

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Sehr gut! Weiter!)

Ja, die F.D.P. stimmt dem zu. Das war ja auch beabsichtigt.

So, und dann werden wir gleich den Kollegen Arentz hören, der als sozialpolitischer Sprecher wahrscheinlich in aller Scheinheiligkeit das Gegenteil behaupten wird.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Kuschke, ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Reul zulassen.

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Im Augenblick nicht.)

(B)

- Nein! Danke schön.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Wir beraten zum Haushalt und nicht zur Pflegeversicherung! - Weitere lebhaftes Zurufe von CDU und F.D.P.)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nach vieljähriger Diskussion und zehn erfolglosen Gesetzesinitiativen, meine Damen und Herren, duldet die Reform der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit keinen Aufschub mehr. Der Bundestag muß jetzt schnellstens eine Pflegeversicherung für alle einführen.

Ich kann an die F.D.P., die bislang davon gesprochen hat, daß diese Pflegeversicherung eine gesetzliche Pflegeversicherung in Form einer Zwangsbeglückung für lediglich zwei Prozent der Bevölkerung sei, nur appellieren: Kommen Sie aus Ihrer unsozialen Ecke

heraus! Ermöglichen Sie, daß wir eine Absicherung des Pflegeisikos auch bekommen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

Meine Damen und Herren, unser Sozialsystem basiert auf einem Konzept der Solidarität zwischen Generationen und Gruppen. Es ist zum Beispiel gesellschaftlicher Konsens, daß die großen Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern solidarisch abgesichert werden.

Einen zweiten Punkt kann ich der CDU nicht ersparen: Die Menschen in unserem Lande haben Angst, ob sie im Krankheitsfalle noch ausreichend und vernünftig versorgt werden können. Das Gesundheitsreformgesetz der Bundesregierung ist in vollem Umfang gescheitert. Die Kosten im Gesundheitswesen haben den Krankenkassen ein Defizit beschert, das bis Ende 1992 auf mehr als 10 Milliarden DM geschätzt wird.

Das Bemühen der Pharmaanbieter, Festbetragsmedikamente zugestanden zu bekommen, die Verschreibungspraxis der Ärzte und deren Honorare sowie der Bettenüberhang in den Krankenhäusern zeigen Einsparpotentiale auf, die von der Bundesregierung bislang nur halbherzig oder gar nicht genutzt werden.

Wir wissen, daß die Deutsche Einheit finanzielle Opfer erfordert. Wir sind bereit, sie mitzutragen. Wir akzeptieren aber nicht, daß hierfür Einsparungen gerade bei sozial Schwachen vorgenommen werden. Wir wehren uns gegen einen Marsch in eine Zweidrittelgesellschaft und haben deshalb bei den Haushaltsberatungen hier im Lande darauf geachtet, daß das soziale Netz für die Schwachen nicht noch löchriger wird.

(Zuruf des Abgeordneten Rüsenberg [CDU])

Die Regierung Kohl hat während ihrer bisherigen Regierungszeit einen unglaublichen Abbau von Sozialleistungen,

(Widerspruch bei der CDU - Beifall bei der SPD)

(C)**(D)**

(A) (Kuschke [SPD])

eine bisher nicht dagewesene Vermögensumverteilung vorgenommen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten von Unger [CDU])

- Ich weiß, daß Ihnen das weh tut. Das soll es auch.

(Zurufe von der CDU)

Sie müssen von folgendem ausgehen: Wenn die Maßnahmen, die in Bonn beschlossen worden sind und von Ihnen mitgetragen werden, Tausenden im Lande weh tun, dann werden wir Ihnen den Schmerz nicht ersparen.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokraten halten ihren sozialpolitischen Kurs. Auch und gerade in schwierigen haushalts- und finanzpolitischen Zeiten müssen Antworten auf neue Herausforderungen gegeben werden. Ein wichtiger Bestandteil der Haushaltsberatungen war auch in diesem Jahr die Weiterentwicklung des 2. Landesaltenplans, mit dem die Leitlinien der Landesaltenpolitik in Nordrhein-Westfalen für die nächsten zehn Jahre festgelegt werden. Stufenweise soll der Förder-schlüssel bei den Sozialstationen von einer Pflegefachkraft für 5 000 Einwohner auf 1 700 gesenkt werden. Dafür werden 3 500 zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt, für die in den nächsten Jahren ca. 280 Millionen DM aufgebracht werden müssen.

(B)

Mit 375 Millionen DM sollen 7 500 Tagespflegeplätze in die Förderung aufgenommen werden; weitere 230 Millionen DM sind für 3 800 Kurzzeitpflegeplätze vorgesehen; der Bau von 32 000 zusätzlichen Altenpflegeplätzen soll unterstützt werden.

Ich denke, dies sind einige Beispiele dafür, daß wir mit der Umsetzung des Landesaltenplans auf einem guten Wege sind.

Auch das Landesdrogenprogramm wird 1992 fortgeführt. Mit diesem Konzept ist es gelungen, bundesweit starre Fronten der Drogenbekämpfung aufzulockern. Wir sind Herrn Minister Heinemann sehr dankbar dafür, daß er gegen enormen Widerstand - auch in diesem Hause - dafür gesorgt hat, daß das Metha-

(C)

donerprobungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen mittlerweile in fast allen anderen Bundesländern Befürworter und Nachahmer findet. -

(Beifall bei der SPD)

Gerade weil die Abhängigkeit von Drogen- und Rauschmitteln keine Organerkrankung darstellt, die durch traditionelle ärztliche und pflegerische Leistung zu beheben wäre, ergibt sich hier eine ganz neue Dimension von Therapie. Dabei geht es vorrangig um die Behebung von Defiziten im menschlichen Bereich, um Probleme des Sich-Zurechtfindens in der Welt.

Wir sind sehr froh darüber, daß es uns mit der Landesregierung zusammen gelungen ist, auch in diesem Haushaltsbereich eine Ansatzserhöhung von über 2 Millionen DM durchzusetzen.

Heute war in der Westfälischen Rundschau zu lesen, daß das Programm "Therapie sofort" in Dortmund eine enorme Akzeptanz hat.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: So ist es!)

Herr Minister, wir wären dankbar dafür, wenn Sie in den kommenden Wochen mit allen Fraktionen im Hause darüber beraten könnten, inwieweit wir nicht aus dieser Akzeptanz lernen und versuchen, dieses Programm noch stärker auf den Weg zu bringen.

(D)

(Beifall bei der SPD - Minister Heinemann: Ist schon angeleiert!)

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung des Drogenproblems hat inzwischen auch eine nicht mehr zu vernachlässigende finanzielle Dimension erreicht. Dies gilt ebenso für andere Felder der Sozial- und Gesundheitspolitik: Sozial- und Gesundheitspolitik, so wie wir sie verstehen, nämlich als eine vorausschauende strukturierende und handlungsfähige Politik, braucht nicht nur verlässliche Rahmenbedingungen, sondern muß auch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und sich weiterentwickeln. Das heißt auch, daß sich Politik überlegen muß, ob sie nicht mit neuen Instrumenten auf diese Herausforderungen reagiert.

(A) (Kuschke [SPD])

Ein Beispiel dafür sind nach unserer Auffassung die vielen Selbsthilfegruppen in unserem Lande. Gerade in der Nachsorge bei Suchterkrankungen, in vielen Bereichen körperlicher und geistiger Behinderung, der psychischen Krankheiten sowie im psychosozialen Nachsorgebereich leisten diese Selbsthilfegruppen unverzichtbare Arbeit. Wir begrüßen den Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern in diesen Bereichen in unserem Lande außerordentlich.

Wir sind daher der Meinung, daß die Erhöhung, die dort stattgefunden hat und die Selbsthilfe und die Unterstützung der Hospizbewegung betrifft, mit einer Mehrförderung von einer Million DM ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Ich rege auch an zu überlegen, ob das Modell Sozialgemeinde, das wir im Landesaltenplan bereits umzusetzen versuchen, um haupt- sowie nebenamtliche Arbeit, die Selbsthilfegruppen und die Menschen mit ihrem Engagement zu integrieren, nicht ein Instrument ist, das wir insgesamt auf unsere Sozialpolitik vor Ort ausdehnen und erweitern können. Ich würde es begrüßen, wenn das Parlament gemeinsam den Versuch unternehmen würde, hier mit einem neuen Instrument auf Herausforderungen der Sozial- und Gesundheitspolitik zu reagieren.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind - das gilt für viele Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion - in den vergangenen Monaten auf Defizite in der medizinischen Rehabilitation angesprochen worden. Ich erwähne diesen Punkt nicht, weil ich ihn vorrangig für ein Feld des Handelns der Landespolitik und damit der Landesregierung halte, sondern weil ich mit den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion der Meinung bin, daß hier etwas getan werden muß, sei es für Schädelhirntraumataverletzte oder andere Patienten, die sich in der medizinischen Rehabilitation befinden. Wir brauchen in der Rehabilitation ein ganzzeitliches neues Denken, die Überwindung der Trennung von körperlichen und seelischen Krankheiten. Wir brauchen und unterstützen die Bemühungen der Landesregierung, mit den Kammern, den Krankenhausgesellschaften und den Kostenträgern zu einem Konsens über das Voranbringen der Entwicklung in diesem Bereich zu kommen.

(C)

Meine Damen und Herren, die letzten Schlagzeilen, die wir im Zusammenhang mit Aids haben lesen können, sollten uns eigentlich in der Auffassung festigen, daß wir in diesem Bereich eine kontinuierliche Politik machen wollen. Diese dürfen wir nicht davon abhängig machen - ich sage das, auch wenn es zynisch klingt -, ob irgendwelche prominente Aids-Infizierte sterben. Wir brauchen hier Solidität und Kontinuität und warnen die Bundesregierung, weiterhin in die Fehler zu verfallen, die bis vor wenigen Wochen noch sichtbar waren, nämlich hier Signale der Entwarnung zu geben. In diesem Bereich ist keine Entwarnung angebracht!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sind in diesem Zusammenhang darauf gestoßen worden, daß es in unserer Gesellschaft auch Menschen gibt, die andere Lebensstile praktizieren. Ich meine diejenigen, die sich selbst als Schwule und Lesben bezeichnen. Ich denke, daß wir auch solchen Lebensstilen mehr Aufmerksamkeit zollen müssen. Die Landesregierung, insbesondere das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wäre gut beraten, im kommenden Jahr darüber nachzudenken, wie es institutionell dafür sorgen kann, daß es Anlaufstellen für solche Gruppierungen gibt.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn wir den Einzelplan 07 so verabschieden, wie es vom Ausschuß vorgeschlagen worden ist, haben wir weiterhin Wort gehalten: Nordrhein-Westfalen hält Kurs in der Sozial-, Gesundheits-, und Arbeitsmarktpolitik. Wir sagen mit Stolz: Was unser Ministerpräsident vor wenigen Jahren gesagt hat, gilt auch für das Jahr 1992: Nordrhein-Westfalen bleibt ein sozialpolitisches Gewissen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Ich erteile Herrn Abgeordneten Lanfermann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der F.D.P. hätte es begrüßt, wenn die zweite Lesung

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

dieses Landeshaushalts mit dem Haushalt des Ministerpräsidenten begonnen hätte. Eine grundsätzliche Debatte über den desolaten Zustand von Landesregierung und Mehrheitsfraktion gehörte auch in dieser Woche an den Anfang der Diskussion.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir nun aber mit dem Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - beginnen, will ich die mir zur Verfügung stehenden 15 Minuten dazu nutzen, offen auszusprechen, zu welcher Farce die Haushaltsberatungen in diesem Parlament geworden sind,

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: So ist es!)

insbesondere in den Ausschüssen, die ja nicht öffentlich tagen und wo der Bürger das Verhalten insbesondere der Mehrheitsfraktion nicht erleben kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Haushaltsrecht ist das wichtigste Recht eines Parlaments. Aber fast die Hälfte dieses Hauses ist von jeder ernsthaften Mitwirkung am Haushalt ausgeschlossen. Die politische Kultur in Nordrhein-Westfalen ist auch in diesem Punkt auf einem absoluten Tiefstand angekommen.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Schauerte [CDU]: So ist es!)

In den letzten Jahren hat sich immer deutlicher gezeigt, daß es auf seiten der Mehrheitsfraktion keinerlei Bereitschaft mehr gibt, auf Haushaltsvorschläge der Oppositionsfraktionen sachlich einzugehen. Wenn aber jeder Vorschlag abgelehnt wird, konnte die Konsequenz für die F.D.P.-Fraktion nur heißen, daß zum Haushaltsplan 07 kein Antrag mehr gestellt wird, bevor die Mehrheitsfraktion dieses arrogante Verfahren wieder aufgibt - entweder freiwillig oder, was ja absehbar ist, durch den Wähler gezwungen.

(Beifall bei der F.D.P.)

In jedem Rathaus dieses Landes wird, auch wenn sich am Ende eine absolute Mehrheit durchsetzen kann,

(C)

ernsthafter miteinander gesprochen und gemeinsam um sachgerechte Lösungen gerungen als in diesem Landtag und seinen Ausschüssen, deren Sitzungen von der SPD-Mehrheit nur noch als eine lästige Pflichtübung nach erfolgreich überstandener Kungelschlacht in SPD-Arbeitskreis und -SPD-Fraktion angesehen wird und in denen nur noch die Abstimmungsguillotine in Gang gesetzt wird, nachdem die Abgeordneten - insbesondere der Mehrheitsfraktion - mit entnervendem 20fachem Geklingele aus Büros, Fluren und nicht zuletzt der Kantine wieder ins Plenum gelockt werden.

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Leider geschieht dieser Ausschluß der Opposition von ernsthaften Beratungen nicht einmal aus Gründen der eigenen Politikgestaltung im Sinne eines SPD-Programms; vielmehr handelt die Mehrheitsfraktion offensichtlich nur noch als Vollstrecker der Ministerien. Aus den reinen Zahlen wird deutlich, daß die SPD-Abgeordneten nur noch Erfüllungshelfer sind.

(Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Unverschämtheit! - Abgeordnete Garbe [SPD]: Was soll das, Herr Lanfermann?)

(D)

Im Einzelplan 07 sind bei einem Haushaltsvolumen von fast 6,4 Milliarden DM selbst aufgrund der Anträge der SPD-Fraktion im Fachausschuß lediglich 19 Millionen DM hin- und herbewegt worden, also nicht einmal 0,3 %. Das heißt: Von 1 000 DM, die das Ministerium ausgibt, werden gerade 3 DM von der Mehrheitsfraktion noch bewegt.

Von ernsthaften Haushaltsberatungen kann auch deshalb nicht die Rede sein, weil drei Monate nach Einbringung und wenige Tage vor den Ausschußberatungen des Haushalts die Landesregierung eine Streichungsliste vorgelegt hat, die für 1992 allein im Einzelplan 07 Bareinsparungen von über 29 Millionen DM enthält, und zwar in den Bereichen Berufsvorbereitung, sozialpädagogische Begleitmaßnahmen, Eingliederung von Ausländern, Technologieberatung, Landesjugendplan, Vertriebenenfragen, Krankenhausförderung, Rettungsdienst, Arbeitsmarktpolitik und Landesaltenplan.

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

Das mag angesichts der katastrophalen Haushaltslage des Landes im Einzelfall sinnvoll sein oder nicht. Aber ich frage - insbesondere die Damen und Herren Kollegen von der SPD-Fraktion -: Waren das nicht Ausgaben, die vorher von der Landesregierung und doch wohl auch von Ihnen als unbedingt notwendig angesehen worden waren? Hieß es denn nicht, alles sei ausgereizt, nichts mehr könne gespart werden? Jetzt sind 29 Millionen DM einfach verzichtbar? Im Gesamthaushalt 1992 gar 270 Millionen DM? Insgesamt umfaßt die Streichungsliste bis 1995 sogar 1 Milliarde DM.

Erinnern wir uns daran: Nach der Kohle-Einigung in Bonn war es in drei Tagen plötzlich möglich, 1 Milliarde DM einzusparen. Damit hat die Landesregierung selbst den Beweis für die Behauptung der F.D.P. angetreten, daß in diesem Haushalt sehr wohl noch Luft ist, daß allein eine Abkehr von den Lieblingskindern sozialdemokratischer Klientel- und Symbolpolitik dem Parlament die Möglichkeit eröffnen könnte, die dringend benötigten Gelder für Schulen, Hochschulen und innere Sicherheit bereitzustellen.

(B) Dieser plötzliche Sparerfolg hat allerdings zwei wesentliche Schönheitsfehler. Zum ersten wird die eingesparte Milliarde nicht etwa mit konkreten Projekten wieder in den Haushalt eingestellt und dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt, sondern sie soll der Landesregierung sozusagen zur freien Verfügung für noch nicht definierte Fördermaßnahmen überlassen werden. Genau gesagt handelt es sich hier um einen recht plumpen Versuch, im Eilverfahren das Modell der schwarzen Kasse scheinbar zu legalisieren.

Das zeigt nicht nur, wie übereilt und nur auf einen Showeffekt für die eigene Wählerklientel gezielt hier von der Landesregierung gehandelt wurde, sondern offenbart auch das mangelnde Gespür für die Grundregeln der Gewaltenteilung.

Zum zweiten erleben wir gerade mit dieser Einsparungsliste eine beispiellose Mißachtung des Parlaments. Da setzt die Landesregierung endlich und auf Drängen der Opposition eine interministerielle Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" ein, um den Wildwuchs von Programmen zu durchkämmen, mit denen das Land in den letzten Jahren überzogen worden ist. In der ergänzenden Haushaltsvorlage teilt

(C) dann die Landesregierung den Abgeordneten gnädig mit, daß jedes Förderprogramm inzwischen überprüft worden ist. Und weiter - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -:

Die Ergebnisse der ressortspezifischen Überprüfungen wurden zwischen den beteiligten Fachressorts und dem Finanzministerium erörtert und in einem internen Arbeitsbericht bilanziert.

Das heißt also: Die Arbeit ist beendet, Ergebnisse liegen vor. So heißt es auch konsequent weiter:

Von den untersuchten Programmen soll ein Teil mittelfristig unverändert - teils auch wegen Gemeinschaftsfinanzierung - fortgeführt, ein Teil eingestellt oder mit anderen Programmen zusammengelegt werden, ein Teil läuft aus.

Betroffen sind 116 Programme; allein für den Haushalt 07 sind es 32.

Dann legt die Landesregierung die erwähnte Streichliste schon für 1992 und auch die Folgejahre vor, ohne auch nur mit einem Wort eine Begründung geben, warum denn nun das eine Programm weiterfinanziert, das andere reduziert und ein drittes gestrichen werden soll. Kein Wort auch darüber, nach welchen Kriterien und Prioritäten dieser Vorschlag gemacht wird!

Für die gewählten Volksvertreter fällt statt dessen am Ende der Regierungsvorlage noch ein Satz ab - ich zitiere weiter -:

Die Landesregierung hat die Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" beauftragt, die Entscheidungen zur Überprüfung der Programmwirksamkeit in einem Bericht darzustellen, der Anfang des nächsten Jahres vorzulegen ist.

Auf meine wiederholten Nachfragen im Sozialausschuß hin war der Staatssekretär des MAGS nicht im geringsten bereit, uns Einzelheiten über die Entscheidungsgründe mitzuteilen.

Noch einmal, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, und das in aller Deutlichkeit: Es liegen konkrete Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe vor, auf-

(C)

(D)

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

grund derer die Beamten der Landesregierung in der Lage sind, für die nächsten vier Jahre eine Milliarde DM aus dem Haushalt zu streichen. Aber den Abgeordneten dieses Hauses wird jede Information verweigert und ihnen zugemutet, den Haushalt im Dezember zu verabschieden, die wesentlichen Informationen hierzu aber erst im nächsten Jahr zu erhalten. Auch das ist das System Rau: Behinderung des Parlaments und Mißachtung der Rechte der gewählten Volksvertreter zum Zwecke der eigenen Machterhaltung.

Und noch einmal, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Wir in der Opposition haben nicht die Mehrheit, um die SPD-Regierung zu demokratischem Verhalten zu zwingen,

(Zurufe von der SPD)

Sie aber, die Sie die Mehrheit haben, bringen nicht den Mut auf, dieser Regierung diesen Haushalt schlicht zurückzugeben, damit sie endlich ihre Hausaufgaben ordentlich erledigt und die Rechte des Parlaments achtet. Sie lassen sich - und das muß Ihnen offen gesagt werden - zu Hampelfrauen- und -männern des Systems Rau machen.

(B) Dabei ist der einzige Trost, daß sich das System Rau dem Ende zuneigt. Die letzten Monate haben ja gezeigt, daß sich das ehemals ansehnliche Schloß zuerst zur Trutzburg entwickelt hat, jetzt nur Wagenburg ist und sich mit wachsender Geschwindigkeit zum Kartenhaus entwickelt. Vielleicht berührt die Mißachtung des Parlaments durch die Landesregierung aber die Kolleginnen und Kollegen von SPD-Fraktion gar nicht so sehr, weil sie im System des vom Kollegen Farthmann ja eingestanden Filzes zwischen Regierung und Partei SPD über bessere und vor allem schnellere Informationen verfügen als die Abgeordneten aus den Oppositionsparteien.

Ich möchte hier einmal deutlich machen, wie die vom Kollegen Farthmann so beschworene Aktionseinheit zwischen Regierung von SPD-Fraktion funktioniert.

(Zurufe von der SPD)

Da präsentiert die SPD-Fraktion am 26. November 1991 als Deckungsvorschlag für anderweitige

(C)

Positionen eine Kürzung im Kap. 07 070 Tit. 684 62 in Höhe von 2,5 Millionen DM und erhöht sogar einen Tag später im Ausschuß diese Summe auf 3,4 Millionen DM. Auf die Frage nach einer sachlichen Begründung für diese Kürzung gibt es vom Sprecher der SPD-Fraktion keine Antwort.

In dem vorhin erwähnten Kürzungsvorschlag der Landesregierung vom 10. November 1991 - also 16 Tage vorher - war dieser Posten nicht enthalten. Das macht auch Sinn. Es handelt sich - vergleiche Seite 204 des Entwurfs des Haushaltsplans 1992 Einzelplan 07 - um Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser, bei denen gegenüber einem Ansatz von 42 Millionen DM für 1991 bereits eine Kürzung von 2 Millionen DM auf 40 Millionen DM für 1992 vorgesehen war.

Auf einmal kann man also bei den freien gemeinnützigen Krankenhäusern noch einmal über 3 Millionen DM, also über 8 %, einsparen, und hat dies auch nicht bei der Aufstellung des Haushalts im Sommer 1991 und auch nicht bis zum 10. November, sondern offensichtlich ja zwischen dem 10. und 26. November bemerkt, und das nicht etwa bei der SPD-Fraktion, die im Ausschuß als Antragsteller für diese Kürzung auftrat, sondern zur allgemeinen Überraschung bei der Opposition im Ministerium des Herrn Heinemann. Denn auf Nachfrage von CDU und F.D.P. im Ausschuß, wie denn auf einmal solche angeblichen Sparmöglichkeiten in dieser Höhe entstehen können, wurde uns freimütig von einem leitenden Beamten des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales mitgeteilt, daß diese Einsparungsmöglichkeit im Ministerium entdeckt worden sei.

(D)

Was lernen wir daraus? Da gibt es angeblich die Möglichkeit, über 3 Millionen DM im Haushalt zu bewegen; Beamte stellen das fest. Teilt der Minister Heinemann das nun allen Abgeordneten bzw. Fraktionen im Sozialausschuß mit, damit sie sich für die Haushaltsberatungen darauf vorbereiten können? Nein, es wird nur der SPD gesagt. Das zeigt die Scheinheiligkeit des Aufrufs des Ministerpräsidenten an die Bediensteten der Landesregierung, sich doch parteipolitisch neutral zu verhalten. Das ist der rote Filz.

(A)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Lanfermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kuschke?

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Nein, danke! - Das ist der rote Filz, das ist der SPD-Staat Nordrhein-Westfalen, Die Beweise habe ich Ihnen präsentiert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Kreutz das Wort.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Botschaft der Landesregierung an die Öffentlichkeit zum Landeshaushalt 1992 lautete: "Es ist kein Geld da." Wer ökologische und soziale Reformen oder auch nur die Sicherung von erreichten Standards einfordert, der wird mit Verweis auf leere Kassen entweder aufgefordert, die Kosten selber zu bezahlen, oder nach Bonn verwiesen.

(B)

Die zentrale Botschaft der GRÜNEN-Landtagsfraktion ist dagegen: "Es ist Geld da, Reformpolitik ist machbar" - und zwar trotz der Kosten der Einheit und trotz der unsozialen Bonner Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in unserer Haushaltsanalyse nachgewiesen, daß durch strikte Beachtung ökologischer und sozialer Ausgabenprioritäten und möglicher Einnahmeverbesserungen ein Finanzierungsspielraum von über 2 Milliarden DM geschaffen werden kann. Mit einer großen Zahl von Einzelanträgen haben wir in den Ausschüssen einem sozial-ökologischen Reformhaushalt ein Gesicht gegeben, das in den sozial relevanten Bereichen folgendermaßen aussieht:

400 Millionen DM mehr zur Bekämpfung der Wohnungsnot, 280 Millionen DM mehr für fehlende Kindergartenplätze, 185 Millionen DM mehr für die Sicherung der schulischen Bildung, 130 Millionen DM mehr zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit

(C)

und Armut, 90 Millionen DM mehr für die Sicherung der Menschenwürde im Alter, 122 Millionen DM mehr für eine solidarische Flüchtlingsaufnahmepolitik.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sind nicht das Produkt utopischen Wunschdenkens, sondern sie skizzieren, was möglich ist, wenn der politische Wille dazu in diesem Hause vorhanden wäre; und zwar ohne eine Mark mehr an zusätzlicher Verschuldung. Die Beratungen über den Haushalt des Sozialministers haben jedoch erneut den politischen Willen dokumentiert, festzuhalten am Normalvollzug der sozialen Krise, die immer mehr Menschen das Gefühl sozialer Bedrohung vermittelt, die die Ellbogen-Gesellschaft verschärft und die letztlich dazu beigetragen hat, daß ein neuer Resonanzboden für ausländerfeindliche Parolen in Nordrhein-Westfalen entstanden ist.

Nehmen wir den Bereich der Arbeitsmarktpolitik! Die Lage ist doch wie folgt charakterisierbar:

Erstens: Die Massenerwerbslosigkeit in Nordrhein-Westfalen befindet sich auch nach über 15 Jahren - davon über 10 Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung - auf anhaltend hohem Niveau, und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat ja kürzlich für 1992 auch im Westen einen neuerlichen Anstieg der Erwerbslosigkeit vorausgesagt.

(D)

Zweitens: Der Anteil der Langzeit- und Dauererwerbslosigkeit wächst und hat sich verfestigt. Viele Betroffene sind in die Armut abgestürzt oder von einem solchen Absturz bedroht.

Drittens: Die letzten Perioden wirtschaftlicher Hochkonjunktur haben uns gelehrt, daß es überhaupt keinen Anlaß gibt, Hoffnungen zur Überwindung der Erwerbslosigkeit an einen Kurs ökologisch-zerstörerischen Wirtschaftswachstums zu knüpfen.

Nun kann die Landespolitik entweder, wie die Bundesregierung, darauf setzen, daß die beschäftigungspolitische Katastrophe in den Ostländern die Massenerwerbslosigkeit bei uns aus der Wahrnehmung verdrängt und die Betroffenen ihrem Schicksal überläßt. Oder sie kann sich aufgerufen fühlen, endlich neue Wege der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Bekämpfung von Armut zu eröffnen. Die GRÜNEN treten entschieden für diesen zweiten Weg ein. Des-

(A) (Kreutz [GRÜNE])

halb haben wir ein Ergänzungsprogramm gegen Erwerbslosigkeit und Armut im Gesamtvolumen von 130 Millionen DM beantragt, das insbesondere Signale setzt zur Verbesserung der Situation von Gruppen, die in dieser Gesellschaft immer wieder zu den Verlierern gehören, nämlich Frauen, Ausländer, Langzeiterwerbslose und Sozialhilfeberechtigte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehört erstens ein 60-Millionen-DM-Sofortprogramm zur Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit, um gezielt neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen zu organisieren, denen der industrielle Verwertungsprozeß die soziale Integration dauerhaft verweigert und die gleichsam als soziale Altlast der kapitalistischen Modernisierung auf der Strecke bleiben.

(Zuruf von der CDU: Du hast immer noch nichts dazugelernt.)

Dazu gehört zweitens eine Aufstockung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus dem Landeshaushalt um 18 Millionen DM, um im Rahmen der landespolitischen Möglichkeiten und im Sinne des Ministeriums den Schaden zu begrenzen, den die Bundesregierung mit ihrem ABM-Kahlschlag dem Land zufügt.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem wir feststellen mußten, daß die arbeitsmarktpolitischen Instrumente bisher überproportional Männern zugute kommen, verlangen wir im übrigen die Quotierung aller Programme zumindest entsprechend dem Frauenanteil in den jeweiligen Zielgruppen. Wir schlagen des weiteren ein 30-Millionen-DM-Programm zur Förderung kommunaler Teilhabepässe vor, mit denen Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten die kostenlose oder verbilligte Nutzung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen ermöglicht wird, und wir fordern erneut den Aufbau eines Netzes unabhängiger Sozialhilfeberatung, um der Flucht der Sozialhilfeträger aus ihrer gesetzlichen Beratungspflicht zu begegnen und die Sozialhilfeberechtigten zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermutigen.

(C)

Meine Damen und Herren! Eine neue Offensive zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und Armut scheint uns gerade auch im Hinblick auf die Situation in den Ostländern geboten. Denn wenn es hier bei uns nicht gelingt, unter ungleich besseren Bedingungen Perspektiven zur Lösung dieser Probleme zu schaffen, die vielleicht auch Anregungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskatastrophe im Osten geben könnten, was haben wir dann den Menschen in unserem brandenburgischen Vaterland außer tröstenden Gebeten zu sagen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Haushalt des Arbeitsministers, meine Damen und Herren, dokumentiert jedoch den weiteren Rückzug aus der arbeitsmarktpolitischen Verantwortung. Um über 60 Millionen DM insgesamt sollen die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im nächsten Jahr sinken. Sowohl das Streichkonzert des Bundes als auch die Kürzungen bei EG-Zuschüssen werden zum Anlaß genommen, um die entsprechenden Komplementär-mittel des Landes ersatzlos zu streichen. Wenn Sie jetzt wieder sagen wollen, daß das Land nicht zum Ausfallbürgen für andere werden könne, meine Damen und Herren von der SPD, dann sagen Sie bitte gleich dazu, daß damit die Erwerbslosen selbst diesen Part übernehmen und mit dem Verlust ihrer sozialen Chancen dafür bezahlen sollen.

(D)

Meine Damen und Herren, daß Armut in der landespolitischen Weltsicht der Mehrheitsfraktion ganz einfach grundsätzlich nicht vorkommt, das haben wir Ihnen schon mehrfach vorhalten müssen. Dem Haushalt zufolge soll sich dies auch im kommenden Jahr fortsetzen. Nach wie vor ist denn auch das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" so ausgelegt, daß Teilnehmerinnen über 25 Jahre mit Kindern unter das Sozialhilfeniveau zu rutschen drohen.

Der fortgesetzten Weigerung, die bestehenden Möglichkeiten für eine Bekämpfung der sozialen Probleme zu nutzen, entspricht auf der anderen Seite die Wendung in der Asylpolitik - hin zur Abschreckung, Stigmatisierung und Deklassierung von Flüchtlingen. Wenn man den Bürgerinnen und Bürgern über Jahre hinweg predigt, daß kein Geld für dringendste soziale Aufgaben da ist wie Wohnungen, Kindergartenplätze,

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Arbeitsplätze oder eine ordentliche Schulversorgung, wenn die Politik den Leuten zugleich immer tiefer in die Taschen greift und wenn man dann gleichzeitig noch Sprüche klopft über die sogenannte Asylantenflut und ihre Kosten, dann kann man sich über die Zunahme von Ausländerfeindlichkeit bis hin zu gewaltsamen Übergriffen doch nicht mehr wundern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann erscheint es doch nur logisch, wenn man die an der eigenen Bevölkerung exekutierte Sparpolitik auch bei den Flüchtlingen fortsetzt. Der Herr Linssen kann sich doch gratulieren: Bis auf einen einzigen Punkt - Artikel 16 - ist die SPD über den Tisch auf einen neuen asylpolitischen Konsens gezogen worden, den die CDU inhaltlich definiert hat.

Obwohl das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut errechnet hat, daß aufgrund der Zuwanderung nicht nur von Aussiedlern, sondern ebenso von Asylsuchenden nach Abzug aller damit verbundenen Kosten in diesem Jahr ein Nettogewinn für die Stadt- und Sozialkassen der Bundesrepublik von 41 Milliarden DM zu erwarten ist, und darauf hinwies, daß Gefahren für die Stabilität des sozialen Systems nicht von einer zu hohen, sondern von einer zu geringen Zuwanderung zu erwarten sind, geht das Klagegedicht des Kollegen Heinemann über die unerträgliche Kostenbelastung durch Asylsuchende weiter. Unter Mißachtung von Vernunft und Realitäten wird der Eindruck erweckt, es gäbe einen massenhaften Mißbrauch des Asylrechtes und von Sozialhilfeleistungen durch Flüchtlinge.

Damit haben Sie, Herr Minister, die Akzeptanz des Asylrechtes demontiert und dazu beigetragen, daß Teile der Öffentlichkeit in jedem Asylsuchenden einen potentiellen Kriminellen sehen. Wider besseres Wissen erwecken Sie den Eindruck, als könne die Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Menschen, die zu uns geflohen sind, andere davon abhalten, vor Krieg und Bürgerkrieg, vor Unterdrückung und staatlichem Terror oder vor dem völligen Zusammenbruch der sozialen Lebensperspektiven zu uns zu fliehen.

Ihre Politik ist das Echo auf die rechten Parolen vom vollen Boot. Was Sie damit angerichtet haben, ist vorläufig nicht zu kitten durch löbliche, allgemeine

Bekundungen gegen Ausländerfeindlichkeit, für deren Bekämpfung ja jetzt ein neuer Topf von einer Million DM eingerichtet wurde.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die auch von der Landesregierung angeheizte asylfeindliche Stimmung dient jetzt wiederum als Legitimation für die Internierung von Flüchtlingen in Sammellagern, für den Entzug von Bargeld und die Beseitigung letzter Reste von Selbstbestimmung im Alltag für die Gleichbehandlung mit Kriminellen durch erkennungsdienstliche Erfassung.

Dabei spielen dann Kosten keine Rolle. So ist die Umstellung der Sozialhilfe auf Sachleistungs- und Gutscheinregelungen für die Kommunen bekanntlich mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Zugleich wurde die Kostenerstattung so verschlechtert, daß die Kommunen in jedem Falle draufzahlen müssen oder - wie das jetzt vermehrt praktiziert wird - in illegale Leistungskürzungen flüchten. Wenn das Land für bedarfsgerechte, dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten gesorgt hätte, hätten über die letzten Jahre sowohl erhebliche Mittel für teure Hotelunterbringungen und sonstige Provisorien eingespart als auch menschenwürdige Standards sichergestellt als auch viele Probleme vermieden werden können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Anstatt vor Ort in den Gemeinden zu helfen, werden die Probleme zugespitzt, um dann nach Sammellagern zu rufen.

Meine Damen und Herren! Von den 188 Millionen DM, um die der Einzelplan 07 durch die Ergänzungsvorlage der Landesregierung gewachsen ist, sind allein 110 Millionen DM für sogenannte globale Mehrausgaben für die Einrichtung von Sammellagern und Abschiebehaftplätzen. 110 Millionen DM nicht für, sondern gegen Flüchtlinge!

Asylsuchende zwangsweise in Lagern zu kasernieren, heißt, der Ausgrenzung in den Köpfen die räumliche Ausgrenzung hinzuzufügen, heißt, sie aus dem Leben in der Gemeinschaft zu entfernen, die Integration zu erschweren. Die Landesregierung schreckt nicht einmal davor zurück, ein solches Lager auf dem

(C)

(D)

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Gelände einer ehemaligen Anstalt in Schwalmtal-Hostert vorzusehen, in der die Nazis behinderte Kinder ermorden ließen.

Ursprünglich hieß es, der Aufenthalt im Lager solle auf sechs Wochen beschränkt bleiben entsprechend der geplanten Ablehnungs- und Abschiebebeschleunigung. Im Gesetzentwurf des Bundesinnenministers hat sich dieser Zeitraum schon auf 3 Monate verdoppelt. Alle Erfahrung spricht dafür, daß es länger werden wird. Als Alternative zu diesem ganzen Unsinn haben wir ein differenziertes Maßnahmenpaket für eine humane und solidarische Flüchtlingsaufnahmepolitik im Gesamtvolumen von 122 Millionen DM vorgelegt, gleichsam in Fortsetzung einer sozialen Reformpolitik für die einheimische Bevölkerung selbst.

Die Leitgedanken dabei sind: Zusätzliche Mittel für die integrationsfördernde, dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in den Gemeinden bereitzustellen, den besonderen Bedarf von Flüchtlingen im Hinblick auf soziale und integrative Hilfen anzuerkennen, zum Beispiel bei Sprachkursen, bei Maßnahmen für Kinder und Jugendliche und bei Opfern von Folter und Vergewaltigung, eine ordentliche Beratung der Flüchtlinge im Asylverfahren zu ermöglichen und die größten Verwüstungen, die die politische Asyldebatte in deutschen Köpfen angerichtet hat, durch eine Landeskampagne "Asylrecht ist Menschenrecht" zu reparieren.

(B)

Dritter Bereich: Altenpolitik. Hier verwandelt die haushaltspolitische Wirklichkeit so manche warmen Worte aus dem Landesaltenplan in Makulatur. Welchen Wert haben denn zum Beispiel Bekenntnisse zur verstärkten Schaffung von Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen, wenn der entsprechende Haushaltsartikel durch Anträge für stationäre Großeinrichtungen auf lange Zeit blockiert ist? Welchen Wert hat die Ankündigung, bis 1995 im Einzugsbereich von je zwei Sozialstationen einen ambulanten Dienst einzurichten, was spätestens 1995 Fördermittel in Höhe von 10,8 Millionen DM erfordert, wenn jetzt im zweiten Jahr der Haushaltsansatz bei knapp 1,6 Millionen DM stagniert?

Wir haben ein Paket altenpolitischer Anträge im Volumen von knapp 92 Millionen DM vorgelegt, das tatsächlich einen glaubwürdigen Einstieg in eine neue

(C)

zukunftsorientierte und emanzipatorische Altenpolitik ermöglicht.

Vorrang der ambulanten pflegerischen Versorgung vor der stationären, bedarfsgerechter Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen, Wahrung von Grund- und Menschenrechten für alte Menschen, davon redet der Sozialminister zwar gern, aber die praktische Umsetzung dieser Ziele im Haushalt ist nicht erkennbar.

Meine Damen und Herren! Nicht unerwähnt lassen will ich unsere Anträge zum Einstieg in eine systematische Landespolitik gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen, die bisher sozusagen für ihre bloße Existenz als Schwule oder Lesben einen hohen Preis durch lebenslange Verachtung und Ausgrenzung zu zahlen haben und die sich in letzter Zeit vermehrt dem Risiko gewaltsamer Übergriffe ausgesetzt sehen.

Ich erneuere hier unsere Forderung nach Einrichtung eines Schwulen- und Lesben-Referates im Sozialministerium, um eine solche Politik entwickeln und anleiten zu können. Wie lange will sich denn das Land Nordrhein-Westfalen in dieser Frage noch vom Berliner Dieppen-Senat überholen lassen, Herr Minister?

(D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Auch der Kollege Kuschke scheint das allmählich satt zu haben.

Zweitens brauchen wir eine Förderung der in Nordrhein-Westfalen tätigen Selbstorganisationen, wie des Schwulennetzwerkes und des NRW-Schwulenverbandes, weil praktische Landespolitik in diesem Bereich auf die Kooperation mit solchen Verbänden angewiesen ist.

Als erste konkrete Maßnahme schlagen wir drittens die Förderung von Modellprojekten vor, wie zum Beispiel das von Schwulen in der Kölner SPD angeregte Projekt "Bekämpfung antischwuler Gewalt". - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Clement.

Minister für besondere Aufgaben Clement: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muß schon eine Menge schwarzen Humor aufbringen, um Herrn Reul zuzuhören, wenn er über Flüchtlingspolitik spricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte deshalb auch nur kurz zu dem Stellung nehmen, was Herr Reul hier zum Projekt Skopje gesagt hat, damit sich anschließend mein Kollege Heinemann wieder der Sache zuwenden kann, die ja heute morgen diskutiert wird.

Statt einer umfassenden Antwort, die Herr Reul für diese Äußerungen heute morgen nicht verdient hat - -

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

- Ich danke Ihnen, Herr Dr. Linssen; vielleicht können Sie jetzt auch einmal zuhören. -

(B)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ich höre zu!)

Ich würde jetzt gern - mit Erlaubnis des Präsidenten - einen Brief, den ich erhalten habe, vorlesen. Der Brief lautet:

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Den kennen wir doch! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Den nächsten kennen Sie noch nicht; nun üben Sie sich in Geduld! -

Wie Sie wissen, habe ich die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen von Anfang an begrüßt. Das Land beschreitet damit einen neuen Weg, um zur Lösung der Flüchtlingsproblematik beizutragen. Ähnliche Überlegungen werden zur Zeit in meinem Hause angestellt.

(C)

Und so weiter, und so weiter. Das war der Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, heute CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender,

(Beifall bei der SPD)

der offensichtlich ein ruhigeres und sachlicheres Urteil hat als Sie, Herr Reul.

(Zurufe von der CDU)

Ich würde Ihnen gern noch ein Zitat vorlesen. Der Brief an mich lautet so:

Ich denke, daß Ihr Ansatz, die Ursachen für eine Abwanderung zu mildern, beispielhaft und in der Tat zukunftsweisend ist. Ich möchte Sie ermutigen, weiterhin mit großer Energie am Erfolg der vereinbarten Maßnahmen zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, wer das geschrieben hat? Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit - im November! Ich würde Ihnen dringend empfehlen, sich über Flüchtlingspolitik sachkundig zu machen, bevor Sie sich dazu äußern.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Dann gebe ich Ihnen noch einen guten Rat. Von allem, was Sie hier heute morgen dargestellt haben, Herr Reul, war eigentlich nichts richtig. Sie haben vorhin die Leistungen des Landes beklagt. Deshalb zitiere ich Ihnen gern noch einen Satz von Herrn Spranger:

Über die geringen Möglichkeiten der anderen Bundesressorts, in Ihrem Sinne zu helfen, werden Sie sicherlich inzwischen unterrichtet sein.

Wissen Sie, was das heißt? Minister Schnoor und ich versuchen seit einiger Zeit, für die neue Flüchtlingspolitik - keineswegs nur in Mazedonien - die Unterstützung, auch die finanzielle Unterstützung, der Bundesregierung zu gewinnen. Überall, wo es um neue Flüchtlingspolitik geht, die erklärtermaßen das

(A) (Minister Clement)

Ziel der Bundesregierung wie auch unseres ist, ist auf seiten der Bundesregierung nahezu Fehlanzeige, was die finanziellen Möglichkeiten angeht. Jeder der Minister gesteht und erklärt das hier. Die 100 Millionen DM, die Sie von der Landesregierung fordern, hat die Bundesregierung als zuständige Regierung in ihrem Etat für neue Flüchtlingspolitik nicht einmal in toto vorgesehen.

(Abgeordneter Reul [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Stellen Sie gern eine Zwischenfrage, Herr Reul; ich bin gern bereit, Sie ein bißchen aufzuklären.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linsen [CDU]: Ah, eklig!)

Herr Reul, Sie haben mir in Ihrem Beitrag Menschlichkeit abgesprochen.

(Widerspruch des Abgeordneten Reul [CDU])

- Sie haben das getan, und Sie sollten solche Sätze in Zukunft einmal überlegen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Ich habe nicht die Absicht, mich auf diesem Niveau zu bewegen. Ich denke aber, daß solche Unwerturteile über andere auf die Verfasser zurückfallen, Herr Reul.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie die Zwischenfrage zulassen?

(Minister Clement: Aber gern, ja!)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter Reul!

Abgeordneter Reul (CDU): Herr Minister Clement, können Sie mir zumindest in dem Punkt zustimmen, daß die neue Flüchtlingspolitik, die Herr Schäuble und Herr Spranger meinen, etwas anderes ist als das, was Sie als Reintegrationsprogramm in Nordrhein-

Westfalen vortragen? Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe, ob ich Menschen, die hier sind, dazu bewegen will, zurückzugehen oder ob ich von vornherein ein Konzept anlege - was ich als richtig empfinde -, in dem Ursprungsland zu helfen, und zwar intensiver zu helfen.

Minister für besondere Aufgaben Clement: Herr Reul, es ist schön, daß Sie diese Frage stellen. Deshalb lese ich Ihnen Weiteres von Herrn Schäuble vor. Es ist wirklich wichtig, daß Sie sich mit der Sache beschäftigen, bevor Sie sich öffentlich dazu äußern.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Herr Schäuble hat folgendes geschrieben - jetzt hören Sie gut zu -:

Mit mehreren kleineren Modellprojekten, zunächst in Rumänien, ist der Versuch unternommen worden, durch eine Kombination von Rückführung, Reintegration und Ursachenbekämpfung einen neuen Lösungsansatz zu finden.

Das ist das, was Herr Schäuble in Rumänien tut. Ich bin seinen Leuten dort in Rumänien begegnet. Sie sollten einfach einmal über die Grenzen des Landes hinausfahren, sich ein bißchen kundig machen, mit Ihren Kollegen in Bonn sprechen, dann brauchten Sie solche Verleumdungen nicht mehr. Sie brauchen die dann nicht! Sobald man über die Sache reden kann, muß man nicht mehr andere Menschen verleumden.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem, was Sie zu Skopje verbrochen haben, möchte ich nichts weiter sagen. Ich denke, daß die Mitglieder des Landtags, die erst vor kurzer Zeit da waren, sich dazu sachkundiger äußern können; sie werden das sicherlich auch tun.

Es war auch da eigentlich alles falsch, was Sie gesagt haben. Es werden in diesem Jahr mehr als 130 Roma nach Skopje zurückkehren. Wir erwarten noch in diesem Jahr insgesamt rund 400, die zurückgehen. Die 13 Millionen DM, die wir in diesem Jahr dort angeblich ausgeben, sind falsch; wir haben in diesem

(C)

(D)

(A) (Minister Clement)

Jahr ungefähr 8 Millionen DM ausgegeben, wir werden aber im nächsten Jahr weiter Geld ausgeben.

Es ist falsch, daß dort eine Situation eintritt, in der ausschließlich für diejenigen, die zurückkommen, etwas geschehen wird, sondern wir geben selbstverständlich für das Lager in Šutka ebenfalls Geld aus. - So könnte ich das fortsetzen. Aber es macht wenig Sinn, Herr Reul, mit Ihnen darüber zu diskutieren, solange Sie sich so wenig damit beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hier klar sagen: Die Landesregierung ist - auch ich persönlich bin das - sehr an einem ernsthaften Gespräch über die neue Flüchtlingspolitik interessiert. Das gilt für die Landesregierung und für mich persönlich, mit allen Fraktionen über diese Fragen zu sprechen! Es gibt niemanden, der dazu eine Lösung hat, die fertig ist. Wir haben nicht einmal ausreichende Instrumente dafür. Vielleicht sollten Sie aber zur Kenntnis nehmen, Herr Reul, daß die Landesregierung außer in Albanien in sämtlichen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas mit solchen Projekten unterwegs ist - dort mehr tut und mehr unterwegs ist als die Bundesregierung, die bei uns inzwischen anfragt. Das Außenministerium verweist Anfragende auf uns. Sie können immer den Kopf schütteln; es hilft nichts. Gegen die Erkenntnis schützt nachher nichts mehr, Herr Reul; das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Was Entwicklungshilfeleistungen angeht - da brauchen Sie nicht den SPD-Pressedienst oder wen auch immer Sie von der Sozialdemokratie zitiert haben -

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Aber es ist doch gut, wenn sie das lesen!)

würde ich Ihnen auch gern einmal ein Kolloquium geben: Das Land hat dort 1990 einschließlich Studienplatzkostenförderung 126,5 Millionen DM ausgegeben, Baden-Württemberg 98,8 Millionen DM und Bayern 50,9 Millionen DM. Das sind die wirklichen Zahlen. Aber es macht wohl wenig Sinn, wie gesagt, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

(C)

Ich möchte mein Interesse an Gesprächen unterstreichen. Das ist wirklich wichtig, daß Sie einmal ein bißchen SPD-Material lesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nur unterstreichen, daß wir an einem solchen Gespräch interessiert sind. Ich hätte aber eine herzliche Bitte an die CDU-Fraktion, daß sie einen anderen als Herr Reul für solche Gespräche benennt, weil Polemik hier wirklich nicht weiterhilft. Unser Ministerpräsident hat vor 25 Jahren gesagt: "Spiel nicht mit den Schmutzkindern." Das ist mir durch den Kopf geschossen, als ich Sie heute morgen reden hörte. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Erregte Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Unruhe - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sich so aufs moralische Roß zu setzen! - Abgeordneter Memizka [SPD]: Da müssen Sie Ihren Sprecher mal zur Sachlichkeit ermahnen; er hat nur Stuß geredet! - Glocke des Präsidenten - Abgeordneter Reul [CDU]: Dazu braucht man nichts mehr zu sagen; das war Clement live! - Weitere Zurufe - Unruhe)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, ich halte diese Bemerkung nicht für geeignet, den parlamentarisch-sachlichen Stil zu fördern.

Ich darf als nächsten Redner Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann aufrufen. Bitte schön!

(Widerspruch des Ministers Heinemann)

- Sie sind mir gemeldet worden. - Dann darf ich Herrn Abgeordneten Arentz aufrufen. Bitte schön!

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überheblichkeit und die Arroganz, mit der Herr Clement das Parlament, die Opposition, behandelt, ist unerträglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(A) (Arentz [CDU])

Aber Herr Clement behandelt ja nicht nur das Parlament so. Er behandelt die Kollegen in der Landesregierung nicht besser.

(Beifall bei der CDU)

Ich will einmal vorlesen, was der "Spiegel" vor einigen Wochen berichtet hat; und der "Spiegel" steht nicht im Verdacht, die Hauspostille der CDU zu sein. Es heißt dort wörtlich:

Vorlagen aus dem Arbeitsministerium von Hermann Heinemann, 63, gelten im Sprachgebrauch der Staatskanzlei unter Minister Wolfgang Clement seit langem als Sondermüll.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das paßt jetzt natürlich hervorragend, denn wir reden über den Einzelplan 07, und ich rede nach Herrn Clement. Ich nehme Minister Heinemann, der gerade kommt, ausdrücklich vor diesen Anwürfen von Herrn Clement in Schutz und sage: Es ist kein Sondermüll, es handelt sich um einfachen Müll.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Denn giftig ist er nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

Dieser Artikel im "Spiegel" ist hochinteressant. Ich will weiter in diesen Artikel schauen und lese:

Bei uns, sagt ein genervter Ministerialrat aus Heinemanns Arbeitsministerium, geht es zu wie in Montevideo. Aber selbst in Uruguay ist es selten, daß ein Ministerium führungslos ist, weil Ressortchef, Staatssekretär und die fünf Abteilungsleiter gleichzeitig über längere Zeit abwesend sind.

Meine Damen und Herren, auch das gehört dazu, wenn wir heute über den Sozialhaushalt sprechen. Ein so schlecht geführtes Ministerium ist selbst in dieser Landesregierung selten zu finden.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Und wenn Herr Kollege Kuschke hier mit großem Anspruch vorgetragen hat, Nordrhein-Westfalen sei nach wie vor das soziale Gewissen, so kann ich nur sagen: Dieses angebliche soziale Gewissen ist von Widersprüchlichkeiten, von Willkür und von sozialer Hartherzigkeit gekennzeichnet.

Die Frage der Widersprüchlichkeiten, die können wir in der Tat an dem Thema festmachen, das Herbert Reul in die Debatte als das zentrale Thema heute morgen eingebracht hat, nämlich an der Frage der Bekämpfung von Fluchtursachen und der Handhabung des Asylrechts in Nordrhein-Westfalen.

Ich denke, daß hier für uns eines ganz klar sein muß: Wir sagen ja zur Hilfe vor Ort zur Bekämpfung von Fluchtursachen, aber wir sagen gleichzeitig nein zur Belohnung für Rückkehr von denjenigen, die zunächst einmal hier illegal eingewandert sind.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diese Politik fortsetzen: Wer wäre dann nicht der Meinung, daß die Hunderttausende in Makedonien, denen es auch schlecht geht, nicht zunächst einmal beschließen: Laßt uns nach Nordrhein-Westfalen gehen, damit wir mit einem Haus versehen nachher wieder zurückkommen können?

(D)

(Beifall bei der CDU)

Die Leute müßten doch mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn sie es nicht täten. - Das, was Sie hier gemacht haben und tun, ist eine Politik, die nach unserer Überzeugung kein gutes Ende nehmen kann. Und daß Sie dann auch noch hingehen, nachdem der Kollege Büssow - der sich eifrig Notizen macht - vor wenigen Monaten hier für die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht hat, daß Fluchtursachen bekämpft werden müssen - und das ist in der Tat richtig, da wir sonst mittel- und langfristiger der Asylprobleme in dieser Welt überhaupt nicht Herr werden -, und den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen, wenigstens einen ersten Schritt zu tun und ein kleines Stück von unserem Reichtum abzugeben, um den Menschen in ihrer Heimat zu helfen, um mitzuwirken, daß die erste Erfahrung von Demokratie in Rußland und Osteuropa nicht Hunger und Armut ist - denn darum muß es uns gehen, meine Damen und Herren! -,

(A) (Arentz [CDU])

(Beifall bei der CDU)

das ist in der Tat moralisch verwerflich, das ist schändlich, wie Sie sich hier aufführen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Arentz, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuschke?

Abgeordneter Arentz (CDU): Nein, Herr Präsident, selbst von Herrn Kuschke nicht. Ich habe nur 8 Minuten Redezeit. Und nach dem, was der Kollege Lanfermann zu Recht über das Verhalten der Mehrheit bei den Haushaltsberatungen im Ausschuß gesagt hat, werden wir jetzt auch keine Zwischenfragen zulassen.

Es ist ein Trauerspiel, Herr Heinemann, wie Sie im Jahre 1991 mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz umgegangen sind. Die Tatsache der Einführung des Flächenschlüssels, die Tatsache der Gleichsetzung von Aussiedlern und Asylbewerbern hat keine Erleichterung im Lande gebracht. Im Gegenteil! Sie hat zunehmend für Unfrieden und Unruhe in den Gemeinden gesorgt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Herr Heinemann, Sie haben mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz dieselbe schlimme Politik betrieben, die Sie im vergangenen Jahr mit Ihrer lauthals erhobenen Forderung begonnen haben - wir hatten die Einheit Deutschlands kaum hergestellt, da waren Sie mit dieser Forderung in den Schlagzeilen -: Jetzt müssen die ostdeutschen Länder auch erst einmal fleißig Asylbewerber aufnehmen! - Wer mit den Menschen so umgeht und Empfindlichkeiten nicht berücksichtigt, der macht sich in der Tat mitschuldig an Exzessen, die wir alle nicht wollen.

Und wenn Sie, Herr Heinemann, dann auch noch in der Ausschußberatung den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion als Brunnenvergifter bezeichnen, kann ich nur sagen: Dieses Wort fällt in aller Härte auf Sie selber zurück!

(Beifall bei der CDU)

(C)

Meine Damen und Herren, auch der Umgang des Landes mit den Kommunen hinsichtlich der finanziellen Behandlung von Asylbewerbern und der Verteilung der Lasten ist unerträglich.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Revision der Sozialhilfeeinstattungsregelung des Landes an die Gemeinden für aufgenommene Asylbewerber aus dem Sommer dieses Jahres, wonach erhebliche Kosten bei den Gemeinden verbleiben, obwohl sie eine staatliche Aufgabe wahrnehmen, die Tatsache, daß für Unterkünfte, obwohl das Land dafür zuständig ist, den Gemeinden vom Land 4 000 DM erstattet werden, obwohl die Kosten 15 000 DM pro Platz in der Gemeinde betragen - dies alles sind keine Beiträge, um die Asylproblematik vor Ort in vernünftigen Rahmen zu regeln.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Grevener [SPD])

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur stichwortartig auch noch etwas zum Thema Hartherzigkeit und soziale Willkür sagen.

Für soziale Hartherzigkeit in Nordrhein-Westfalen gibt es eigentlich kein besseres Beispiel als die Überlegung in der Landesregierung, die im August ange stellt und im September mit einem Formelkompromiß beendet wurde, eine Initiative im Bundesrat zu starten, das Betreuungsgesetz zur Besserstellung der Entmündigten noch einmal um fünf Jahre zu verschieben.

Die "Süddeutsche Zeitung" hat dazu einen Kommentar mit der Überschrift "Die Unsozialdemokraten" geschrieben - übrigens eine Überschrift, die insgesamt auf Ihre Sozialpolitik paßt. Ich zitiere daraus einige Sätze:

Das also ist sozialdemokratische Politik: Sparen auf Kosten der Schwächsten in der Gesellschaft, auf Kosten der Behinderten und der Gebrechlichen. Die SPD-Regierung in Düsseldorf handelt unsozial und rücksichtslos.

In der Tat, die liberale "Süddeutsche Zeitung" hat eine Bewertung der Sozialpolitik in diesem Hause

(D)

(A) (Arentz [CDU])

abgegeben, wie wir sie nicht trefflicher und knapper formulieren können.

(Zustimmung bei der CDU)

Nächster Punkt: Willkür. In diesem Haushaltsentwurf, der uns vorgelegt wird, ist ein Ansatz zur Durchführung des Maßregelvollzugs enthalten. Er sieht eine Summe vor, die durch die bestehende Gesetzeslage nicht gedeckt ist. Die Mehrheitsfraktion und das Ministerium gehen davon aus, daß im nächsten Jahr - irgendwann im Frühjahr - ein Gesetz beschlossen wird, das diesen Haushaltsansatz ermöglichen würde.

Es ist ein Unding, wenn die Landesregierung im Haushaltsentwurf bereits eine Summe auf der Grundlage eines noch nicht bestehenden Gesetzes vorsieht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit aufmerksam machen.

Abgeordneter Arentz (CDU): Danke schön, Herr Präsident!

(B) Die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen haben die Landesaufgabe übernommen, psychisch kranke Rechtsbrecher unterzubringen. Was die Landesregierung mit dem Haushaltsansatz für das Maßregelvollzugsgesetz bewirkt, ist entweder die Aufgabe des Ziels, psychisch Kranke zu rehabilitieren, oder aber es ist die Aufgabe der Sicherungsverwahrung und damit die zunehmende Gefährdung aller Bürger.

Meine Damen und Herren, deshalb ist dieser Haushalt für uns nicht akzeptabel.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Heinemann.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich den Einstieg in die Bera-

(C)

tungen zum Einzelplan 07 sehe - auch das, was Herr Arentz hier gesagt hat -, möchte ich zunächst Herrn Reul entgegen: Ein guter Pädagoge würde bei der Bewertung Ihres Beitrages zum Einzelplan 07 sagen: "Thema verfehlt."

(Zustimmung bei der SPD)

Denn das, was Sie angesprochen haben, ist nicht im Einzelplan 07 enthalten. Zum Einzelplan 07 werde ich gleich einige Anmerkungen machen.

Aber den Kollegen Arentz habe ich wieder in der Form erlebt, wie es wohl nicht anders möglich ist:

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Gut war er!)

an Sachargumenten vorbeizugehen, zu versuchen, mit Halbwahrheiten und Entstellungen hier das eine oder andere in den Raum zu stellen, was nicht den Tatsachen entspricht.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Arentz, wenn Sie sich endlich einmal entschließen würden, hier sachlich zu reden, könnte man mit Ihnen auch über manches Thema sprechen; aber das war nicht Ihr Begehren.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Arentz [CDU]: Sondermüll!)

Ich will versuchen, in Sachlichkeit zu einigen Punkten, die zum Teil von Herrn Kreutz angesprochen und bei Ihnen nur angedeutet worden sind, Stellung zu nehmen.

Wer diesen Haushalt sachlich bewertet, wird feststellen, daß in ihm der Beweis erbracht wird, daß Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unglaublich! Da lachen ja die Hühner!)

Dieses werde ich an einigen Positionen meines Haushalts darstellen.

(D)

(A) (Minister Heinemann)

Im Rahmen der Altenhilfe standen in Nordrhein-Westfalen 1991 insgesamt 496 Millionen DM in den verschiedenen Ministerien zur Verfügung, um unseren ehrgeizigen, tief gefächerten Landesaltenplan voranzubringen, zu dem Herr Berghaus vor wenigen Tagen noch gesagt hat, er sei der beste in der Bundesrepublik Deutschland. Dem Herrn Berghaus werden Sie ja wohl nicht unterstellen, daß er Propagandist einer Politik ohne sachlichen Hintergrund ist. Das möchte ich in Deutlichkeit feststellen.

Zu diesen 496 Millionen DM sind noch wesentliche Anteile der pauschalen Förderung von Wohlfahrtsverbänden hinzuzurechnen. Wenn ich nur meinen Bereich sehe, werden für 1992 allein 217,97 Millionen DM an Barmitteln und 186,25 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung stehen. Mit diesen mehr als beachtlichen Summen werden wir bei der Altenhilfe deutlich vorankommen.

Wir werden die Sozialstationen mit einem Förder Schlüssel von 1 : 4 000 in den folgenden Jahren weiter schrittweise ausbauen.

(B) Sie haben die Kurzzeitpflegeplätze erwähnt. Schon in diesem Jahr konnte die Landesregierung jeden konzeptionell sinnvollen Antrag auf Einrichtung von neuen Kurzzeitpflegeplätzen bewilligen. Der für 1992 vorgesehene Ansatz stimmt mich zuversichtlich, daß die Zahl an Kurzzeitpflegeplätzen erneut deutlich erhöht werden kann. Dazu gehört aber auch, daß die Wohlfahrtsverbände mitziehen und konkrete Anträge auf den Tisch legen.

Seit 1972 haben wir für den Erhalt und die Modernisierung unserer Krankenhäuser - und darüber sollten wir einmal reden, aber Sie gehen der Sache ja aus dem Weg, Herr Arentz - rund 20 Milliarden DM ausgegeben. Im Vergleich der Flächenländer liegt Nordrhein-Westfalen bei den Pro-Kopf-Aufwendungen nach dem Krankenhausgesetz hinter Bayern und knapp hinter Rheinland-Pfalz jetzt schon auf dem dritten Platz.

Bei der Ausstattung mit medizinischen Großgeräten sieht es noch besser aus. Da führen wir europaweit.

(Zustimmung bei der SPD)

(C)

Da ziehe ich nicht nur den Vergleich mit den anderen Ländern der Bundesrepublik, sondern mit Europa, und wir führen da europaweit.

Der Etatansatz für die Krankenhausförderung klettert im nächsten Jahr um weitere 20 Millionen DM auf 1,29 Milliarden DM!

Wichtig sind uns auch Maßnahmen, um die Attraktivität der Pflegeberufe weiter steigern zu können. Alle sozialpolitischen Leistungen der angesprochenen Bereiche kommen den Menschen in unserem Lande direkt zugute - insbesondere den alten und kranken Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Auch in anderen Problemfeldern wurde, wo nötig, draufgesattelt. Ich erinnere an unsere Bemühungen, ein ausländerfreundliches Klima zu schaffen, oder an die um 2,5 Millionen auf 104,4 Millionen DM erhöhten Etatansätze zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Die jetzt von der Bundesregierung genehmigten massiven Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit - statt 15 000 nur noch 6 000 neue AB-Maßnahmen - sind ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen. Herr Arentz, auch wenn Sie sich noch so aufregen, sage ich Ihnen: Die Landesregierung kann nicht bei jeder Maßnahme des "Abbruchunternehmers" Norbert Blüm einspringen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen uns mit dieser Arbeitslosigkeit nicht abfinden. Es ist und bleibt ein besonderer Schwerpunkt in der Arbeit der Landesregierung, diesen rund 185 000 Menschen zu helfen, beruflich wieder Fuß zu fassen.

Erstmals stehen auch Mittel zur Umsetzung des neuen Betreuungsgesetzes im Haushalt zur Verfügung. Dieses Gesetz befindet sich in den parlamentarischen Beratungen, und wenn es verabschiedet ist, möchte ich hier auch die nötigen Mittel dafür haben.

Natürlich gibt es dennoch weitere Ausgabenwünsche; bei realistischer Betrachtung sind sie aber zur Zeit nicht durchsetzbar.

(A) (Minister Heinemann)

Außerdem gilt für Nordrhein-Westfalen: Der allgemeine Leistungsstandard ist in allen Politikbereichen hoch. Wir verfügen nahezu überall über eine gut ausgebaute und gut funktionierende Infrastruktur.

Schließlich dürfen aber auch weitere Lasten nicht aus dem Blick geraten: Ich denke zum Beispiel an die weiter wachsende Zahl von Menschen, die als Opfer der Bonner Regierungspolitik auf Sozialhilfe angewiesen sind - bundesweit rund 4 Millionen Menschen; eine Verdoppelung der Ausgaben in Nordrhein-Westfalen von 1980 auf 1990!

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: So ist es!)

Aber auch unsere Ausgaben für Aussiedler, die bei uns in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat suchen, und für die Menschen, die als Asylbewerber und De-facto-Flüchtlinge zu uns kommen, sind exorbitant gestiegen.

Auch wenn der rechtliche Status dieser Menschen und die Beweggründe, zu uns nach Nordrhein-Westfalen zu kommen, grundverschieden sind, bleiben unter dem Strich doch die finanziellen Folgen für die Solidargemeinschaft. Im laufenden Jahr sind es rund 1,1 Milliarden DM, und für 1992 sind 1,2 Milliarden DM vorgesehen. Ich kann nicht sagen, ob wir mit diesem Betrag auskommen.

(B)

Allein der sogenannte "Kompromiß zur Beschleunigung zur Asylverfahren" bedeutet für Nordrhein-Westfalen, daß kurzfristig für 65 000 erwartete Asylbewerber ca. 10 000 Plätze in neuen Erstaufnahme-Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein deutliches Wort in Richtung CDU-Fraktion sagen: Sang- und klanglos legen Sie Ihren Antrag auf "Kürzung der Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber" auf den Tisch: Volle 320 Millionen DM sollen 1992 "mal so eben" abgesetzt werden - eine Milchmädchenrechnung, bar jeden realistischen Hintergrunds.

Herr Reul, jetzt will ich Ihnen dazu mal einiges sagen: Wir könnten natürlich, wenn Sie bitte zuhören würden, Herr Reul

(C)

(Abgeordneter Reul spricht mit einem Fraktionskollegen.)

- das kann er nicht; dann sage ich es den anderen; Herr Reul interessiert es sowieso nicht -, wir könnten in diesem Bereich eine Menge Geld sparen, wenn der Bundesinnenminister - das galt für Zimmermann, das galt für Schäuble und das gilt, das befürchte ich, auch für diesen Bundesinnenminister - endlich einmal in der Lage gewesen wäre, die Aufnahmeverfahren in Zirndorf zu verkürzen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Dieses möchte ich zunächst ausführen, dann jederzeit.

Wenn man genügend Personal gehabt hätte, wenn man nur die Bearbeitungszeit beim Bundesamt in Zirndorf um die Hälfte gekürzt hätte, hätten wir im Lande Nordrhein-Westfalen 250 Millionen DM einsparen können.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Da liegt der Hund begraben und nicht hier im Lande Nordrhein-Westfalen. Oder wenn der Bundesinnenminister endlich einmal begreifen würde, daß man technische Verfahren hat, um den Abgleich der Fingerabdrücke in kurzer Zeit vornehmen zu können, hätten wir auch Möglichkeiten, den Mißbrauch einzuschränken.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Dazu unternimmt der Bundesinnenminister nichts. Hier versagt er. Das geht zu Lasten des Landes, und das geht zu Lasten der Kommune.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Wir brauchten das Flüchtlingsaufnahmegesetz in der Form überhaupt nicht; das will ich Ihnen deutlich

(A) (Minister Heinemann)

sagen. Wenn hier die Verfahren beschleunigt und allen technischen Möglichkeiten eingesetzt würden, dann wären in den Kommunen weniger Asylbewerber, als das heute ist. Aber dieses wollen Sie gar nicht dabei sehen.

Dann sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Wenn Sie 320 Millionen DM sparen wollen, dann sollten Sie zumindest einmal versuchen, daß der Bundesfinanzminister das einhält, was beim Kanzler vereinbart worden ist. Dazu gehört das Zurverfügungstellen von Liegenschaften bei den Ländern; ich spreche von Kasernen, die im Besitz des Bundes sind.

Ich will Ihnen einmal sagen, was der Bundesfinanzminister für Vorstellungen hat: Er bietet uns 18 Kasernen an, und die jährlichen Mietzinsen liegen zwischen 800 000 und 1,2 Millionen DM! Hier wird wiederum versucht, zu Lasten der Länder den Bund zu stärken und die Länder in die Pflicht zu nehmen, weitere Ausgaben tätigen zu müssen.

Der Bundesfinanzminister versucht uns auszunehmen, und Sie sagen noch: Dann können wir mal eben 320 Millionen DM sparen. Wir könnten eine Menge sparen, wenn der Bund seinen Aufgaben nachkäme, was bisher nicht geschehen ist.

(B)

Bis die vereinbarten Maßnahmen wirklich greifen, werden noch Monate ins Land gehen. Ich für meinen Teil habe die Pflicht, die wir hatten, getan und eine erste Liste von möglichen Standorten vorgelegt. Die gleiche konsequente Haltung erwarte ich nun aber auch vom Bund, der ja in den Gesprächen versprochen hat, die Gesetze so frühzeitig verabschieden zu lassen, daß sie am 1. Januar in Kraft treten können. Jetzt teilt uns der Bundesinnenminister schon mit, das gehe gar nicht zum 1. Januar, weil er nicht in der Lage sei, die Gesetzentwürfe vorzulegen, es gehe erst zum 1. April.

Ich hoffe, daß es bis dahin auch möglich ist. Hier muß angesetzt werden und nicht mit Ihren unsachlichen Angriffen, die Sie immer wieder aufführen.

(Beifall des Abgeordneten Kuschke [SPD])

In dieser schwierigen Beratungssituation waren auch die vielfältigen Zusatz- und Erhöhungsanträge der

(C)

Oppositionsparteien CDU und GRÜNE - gelinde gesagt - wenig hilfreich.

Herr Präsident, wenn Sie gestatten, ein Zitat:

Der Sozialstaat ist nur dauerhaft zu sichern, wenn er nicht als Fortschreibung aller bisherigen Maßnahmen auf immer höherem Niveau mißverstanden wird.

Das haben Sie, Herr Arentz, doch als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU gesagt, und Sie machen jetzt bei den Haushaltsberatungen das Gegenteil; Sie strafen sich selbst Lügen!

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Ein ganzes Bündel zusätzlicher Ausgabenwünsche unter den Stichworten "Mehrbedarf", "Ausbau der Verstärkung" und diverse Neuansträge werden von unseriösen Deckungsvorschlägen konterkariert.

Ich frage Sie: Wissen Sie nicht, was Herr Schauerte sagt, oder, anders ausgedrückt, was Soziales und was Finanzen betrifft?

Die F.D.P. geht gleich noch weiter und meldet sich vollends aus der sozialen Debatte ab. Das haben auch Sie getan. Sie haben einige Dinge vorgetragen, die wenig dem Sachverhalt und der sachlichen Auseinandersetzung zum Haushalt dienen. Und von Ihnen kam auch bei den Beratungen überhaupt keine Initiative, Herr Lanfermann. Das will ich Ihnen auch einmal sagen.

(D)

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Das habe ich Ihnen doch erklärt. Da haben Sie nicht zugehört!)

Bei Ihnen kann auch gar keine Initiative im sozialen Bereich kommen: Eine Partei der sozialen Kälte ist halt im sozialen Bereich nicht anwesend.

(Beifall bei der SPD)

Seriöse Politik in schweren Zeiten bedeutet, daß eine Reihe von Ausgabenwünschen, so sinnvoll und angemessen sie auch sein mögen, eine Zeitlang nicht

(A) (Minister Heinemann)

erfüllt werden können. Das bestreite ich gar nicht. Das gilt auch für Aufgaben, die ich gern in diesem Haushalt noch erledigen möchte. Manches davon ist schmerzhaft. Ich hätte auch gern einiges mehr im Rettungsdienst getan. Aber immerhin: Da haben wir das dichteste Netz von allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Sie haben gekürzt!)

- Ja, das habe ich auch gesagt. Und dennoch haben wir das dichteste Netz in der Bundesrepublik Deutschland.

Während bei uns in Nordrhein-Westfalen Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts mit großer Sorgfalt und hohem Verantwortungsbewußtsein in die Tat umgesetzt werden, versagt die Bundesregierung auf sozialpolitischem Gebiet. Lassen Sie mich an die enorm gestiegenen Belastungen für das Pflegepersonal in unseren Krankenhäusern erinnern. Es ist ein Unding, daß bis zum heutigen Tage die Personalbemessung letztlich noch auf den Anhaltswerten von 1969 beruht. Hier müßte die Bundesgesundheitsministerin endlich einmal dazu kommen, eine neue Verordnung, die sie seit langem verspricht und nicht durchführt, zu bringen. Das würde auch dem Krankenhauspflegedienst in unserem Lande sicherlich Erleichterung verschaffen.

(B)

Oder lassen Sie mich daran erinnern, meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P.: Niemand, der die Zahl der Pflegebedürftigen, ihre schwierige soziale Lage, die Überlastung der Pflegepersonen und ihre völlige Vernachlässigung in der Sozialversicherung, die oftmals unbefriedigende Lage in den Pflegeheimen und die Sozialhilfeabhängigkeit von Heimbewohnern kennt, kann den gegenwärtigen Zustand akzeptieren. Hier sind nämlich Taten gefragt. Unser Gesetzentwurf zur Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung, der federführend in meinem Ministerium erarbeitet wurde und der inhaltlich auch von Herrn Blüm übernommen wird, ist unsere Alternative zur Tatenlosigkeit der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Die Bundestagsdebatte vom vergangenen Freitag hat deutlich gemacht, daß die überwältigende Mehrheit des Parlaments unseren Weg einer sozialversicherungsrechtlichen Lösung gehen will. Niemand ist bereit, die F.D.P. ins Packeis sozialer Kälte zu begleiten. Das möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, in aller Deutlichkeit sagen!

(Lachen bei der F.D.P.)

Ich könnte hier noch einiges andere aufzeigen, was ich nicht tun will. Die Gesundheitsreform des Herrn Blüm, jetzt von Frau Hasselfeldt weiterhin mißbegleitet, ist ein Flop. Das sehen Sie daran: Die Kassenbeiträge steigen in diesen Tagen auf Rekordhöhen in unserem Lande. Auch hier ist der einzige Ausweg, den Ihre Partei in Bonn sieht, meine Damen und Herren, die Versicherten durch höhere Beiträge und durch Forderung nach Selbstbeteiligung weiterhin zur Kasse zu bitten und die Anbieter, die im Gesundheitswesen hervorragend verdienen, weiterhin zu schonen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, Herr Arentz, noch einmal, was ich Ihnen schon vor Jahren gesagt habe. Ihr Beitrag und die Sozialpolitik in Bonn beweisen: Wenn man Ihnen hier die sozialpolitische Verantwortung geben würde, wäre das genauso, als wenn ich einen Dealer zum Leiter einer Drogenberatungsstelle machte.

(D)

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe bei der F.D.P.)
 - Abgeordneter Bensmann [CDU]: Unverschämtheit! Sie müssen sich entschuldigen!
 - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.
 - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Büssow für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich an dieser Stelle zum Haushalt 07 gemeldet, obwohl ich zum Einzelplan 02 sprechen wollte, und zwar wegen der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reul von der CDU-Fraktion zu der Politik der Landesregierung, in Skopje ein Reintegrationsprojekt für Roma zu

(A) (Büssow [SPD])

entwickeln, das insbesondere für die Roma aus Nordrhein-Westfalen vorgesehen ist, die wieder in ihre Heimat zurückkehren, aber auch für Menschen, die in diesem Gebiet leben.

Sie, Herr Reul, haben gesagt, obwohl Sie nicht dabei waren - Sie waren ja nicht Kommissionsmitglied -: Die Landtagskommission ist mit einem negativen Befund aus dem Gebiet um Sutka zurückgekehrt. Das stimmt nicht, Herr Reul. Das hat auch keines der Kommissionsmitglieder so gesagt, weder von meiner Partei noch von seiten der CDU noch von den anderen Parteien. Das habe ich nicht gehört. Wohl werden die Ursache und die Entwicklung dieses Projektes von den Parteien unterschiedlich beurteilt und gesehen; aber das ist auch nicht mehr wichtig. Ungefähr 30 000 bis 40 000 Roma leben in Sutka. Wir haben dort Familien gesehen, die in einer unbeschreiblichen Armut leben und vegetieren müssen. Eine Familie auf 10 m² - -

(Abgeordneter Goldmann [CDU]: 23 Millionen in Rumänien!)

- Hören Sie doch einfach einmal zu, Kollege Goldmann!

(B) Auf 10 m² leben acht Personen, Eltern mit Kindern, überdacht durch ein Wellblech, auf nacktem Beton, Decken oder irgendwelchen Kissen, um den Beton ein bißchen abzufedern. Und da es keine Heizmöglichkeiten gibt, von Kanalisation und von sanitären Einrichtungen gar nicht zu sprechen - das hat auch der WDR gezeigt -, wird ein Gummireifen verbrannt, um ein bißchen Wärme zu erzeugen. Die dabei entstehenden Giftstoffe werden von den Kindern und von der Familie, die dort leben, eingeatmet.

Herr Reul, daß Sie sich nicht zu schade dafür sind, vor der Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen zu erklären: Diese Menschen sind nur Wirtschaftsflüchtlinge - das ist ein Angriff auf die Menschlichkeit, was Sie da tun! Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNE)

Das ist ein Angriff auf christliche und ethische Werte, denen wir uns verschrieben haben.

(C)

Keiner von denen, die in dieser Kommission waren, Lothar Hegemann, ist so wiedergekommen, wie er dort hingefahren ist. Wir haben dabei gesehen, daß das isolierte Projekt für die Roma, die aus Nordrhein-Westfalen dorthin zurückkehren werden, für sich zu isoliert und zu klein ist, daß wir es erweitern müssen, daß wir vielen Menschen, die dort leben, helfen müssen: mit Kanalisation, mit Kindergärten, mit festem Dach über dem Kopf, mit Heizung und mit Schulen.

Meine Damen und Herren, wir sollten von Nordrhein-Westfalen aus so etwas wie ein europäisches Modellprojekt machen, wie Sie, Kollege Arentz, vorhin richtigerweise von der Resolution gesprochen haben, die wir im Sommer dieses Jahres verabschiedet haben - in dieser Resolution stand nämlich, daß Nordrhein-Westfalen beispielhaft vorangehen sollte mit solchen Projekten in solchen Ländern, beispielhaft in der Hoffnung, daß andere Bundesländer auch solche Projekte unterstützten, in der Hoffnung, daß die Bundesrepublik Deutschland für eine ganze Region in Südost-, Mittel- und Osteuropa zuständig ist, in der Hoffnung, daß die Europäische Gemeinschaft eben diese Hilfen koordiniert.

Aber wir haben gesagt: Wir in Nordrhein-Westfalen wollen damit anfangen, wir wollen nicht darüber reden. Herr Reul, Sie reden nur. Es ist billige Parteihetorik, die Sie hier vorgeführt haben. Sie stellen einen Antrag und verlangen 100 Millionen DM.

Herr Arentz stellt sich hierhin und geißelt die Regierung und die SPD-Fraktion, daß sie diesen Antrag ablehnen. Aber dort, wo Sie helfen können, Herr Arentz, wo es ganz konkret darum geht, Menschen zu helfen, da lehnen Sie ab, nämlich diese 15 Millionen DM.

(Widerspruch bei der CDU)

- Entschuldigen Sie, Sie haben den Antrag im Hauptausschuß und im Haushalts- und Finanzausschuß abgelehnt.

(Erneut Widerspruch bei der CDU)

(D)

(A) (Büssow [SPD])

Wenn es uns allen gelingen sollte - Herr Reul, ich appelliere da wirklich noch einmal an Sie -, in Nordrhein-Westfalen zu einer ähnlichen Einschätzung zu kommen wie die Fraktionsmitglieder aller Parteien, die dort vor Ort gewesen sind, wenn wir aufgrund dieser Einschätzung sagen: In Skopje, einer Stadt mit 600 000 Menschen, mit vielen Minderheitenproblemen - aber bei dieser Gruppe, da wir zufällig in unserer NRW-Situation darauf gestoßen sind -, helfen wir gemeinsam. Ich sage Ihnen auch: Die Not in Südost- und Osteuropa ist so groß, daß es fast schon gleichgültig ist, aus welchen Gründen man Hilfe anbietet. Die Hauptsache ist, daß wir überhaupt helfen. Würden wir an dieser Stelle zusammengehen, so würde, das glaube ich, den Menschen, um die es ja eigentlich geht, geholfen werden.

Herr Reul, eigentlich sollte es hier nicht um Stimmenvorteile gehen. Sie versuchen, Stimmung zu machen, und glauben, damit Stimmen gewinnen zu können.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Hat damit gar nichts zu tun! - Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

(B)

- Herr Schauerte, ich habe den Eindruck, daß auch die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen eine solche Politik, konkret bezogen auf ein solches Projekt, unterstützen würde. Wenn sie sähe, daß die Hilfsbereitschaft der nordrhein-westfälischen Bevölkerung - es geht in der Tat auch um Mittel, die diese Bevölkerung aufbringt - vor Ort hilft, wenn man sehen könnte, daß diese Hilfe, die aus Nordrhein-Westfalen kommt, die Lebenssituation dieser Menschen verbessert, dann bin ich fest davon überzeugt, daß eine solche Politik auch von der nordrhein-westfälischen Bevölkerung getragen würde.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Büssow, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Kreutz?

Abgeordneter Büssow (SPD): Nein, ich gestatte jetzt keine Frage. Herr Kreutz, ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit.

(C)

Ein nächster Punkt, wo Sie alle helfen können! Die Bundesregierung - und das hat etwas mit Glaubwürdigkeit in der Politik zu tun -, die Sie stellen, Herr Reul, gibt für solche Projekte 12,6 Millionen DM aus, obwohl die Zuständigkeit für eine solche Politik eher beim Bund als beim Land liegt. Das muß man auch einmal festhalten. Das erschüttert doch Ihre Glaubwürdigkeit, wenn Sie sich hier hinstellen und 100 Millionen DM verlangen, die Bundesregierung selbst aber nur in der Lage ist, für diese Projekte 12,6 Millionen DM zu geben.

Aber wenn Sie, Herr Reul, Mazedonien helfen wollen, dann sind Sie auch wiederum näher daran, weil Sie, Ihre Partei und auch die F.D.P., die Bundesregierung stellen. Wenn Sie Mazedonien helfen wollen, wenn Sie den Zusammenhang zwischen Lebensverhältnissen und Arbeit sehen, dann helfen Sie, daß Mazedonien die diplomatische Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland erhält und nicht nur diejenige von Slowenien und Kroatien.

(Beifall bei der SPD)

Mazedonien, meine Damen und Herren, ist zur forgotten area, zur vergessenen Region der Außenpolitik der Bundesregierung geworden, weil sie offensichtlich andere Prioritäten setzt und weil für sie Mazedonien nicht ganz so relevant ist. Aber genau diese Anerkennung braucht Mazedonien, auch wegen der Wirtschaftsbeziehungen, die dieses Land mit Westeuropa benötigt. Denn nur, wenn die Wirtschaftsbeziehungen bestehen, kann den Menschen wirklich richtig geholfen werden, nur dann, wenn sie wirtschaftlich an Westeuropa angebunden werden und integriert werden können.

(D)

Im übrigen will ich noch sagen, daß die mazedonische Regierung uns gebeten hat, uns in Europa dafür einzusetzen - leider hat die Landespressekonferenz das nicht wahrgenommen -, daß UNO-Soldaten nach Mazedonien und nach Bosnien-Herzegowina kamen, weil man auf diese Weise nämlich Blutvergießen in diesen Landesteilen verhindern kann; denn diese beiden Länder, Bosnien und Mazedonien, haben sich aus diesem Konflikt herausgehalten.

(A) (Büssow [SPD])

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist zu Ende. Dieses ist ein Thema, über das man sich in der Tat ausführlich und differenziert unterhalten müßte.

Ihre Rede, Herr Reul - das soll mein Abschlusssatz sein -, und auch die Reden von Herrn Linssen im Jahre 1991 müßte man eigentlich dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung zusenden, damit sie einmal analysiert werden und diese Analyse dann veröffentlicht wird. - Danke für die Aufmerksamkeit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Büssow und erteile für die F.D.P.-Fraktion Herrn Abgeordneten Lanfermann das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren, nachdem Kollege Büssow nun doch endgültig den Absprung in die Weltpolitik hier geschafft hat, möchte ich für die F.D.P. noch ein paar Worte zu dem Thema "Reintegrationsprogramm" sagen.

(B)

Daß wir uns richtig verstehen: Auch ich bin durchaus dafür, daß wir uns Anfang des nächsten Jahres darüber unterhalten, in welchem Verhältnis Entwicklungshilfe bzw. Zusammenbeitspolitik des Bundes und Maßnahmen der Länder zueinander stehen sollen, was Nordrhein-Westfalen tun kann, und ich bin auch dafür, dies differenziert zu tun und nicht mit einem Rundumschlag von 100 Millionen DM, so wie die CDU es hier vorgeschlagen hat. Deshalb werden wir diesem Punkt nicht zustimmen.

Aber eines möchte ich ganz klar auch zu dem Ergebnis dieser Kommissionsreise nach Skopje sagen. Meine Damen und Herren, wenn der Bundesinnenminister erklärt, daß Maßnahmen zur Bekämpfung der Flüchtlingsnot erforderlich sind, so ist das Konsens zwischen allen Parteien in Bonn. Das hat aber einen großen Zusammenhang mit der Frage: Wie gestalte ich eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Hilfe? Und, so frage ich Sie einmal, Herr

(C)

Kollege Büssow, haben wir denn eigentlich alle vergessen, daß nur die Hilfe zur Selbsthilfe auf Dauer wirklich vernünftige Erfolge bringen kann in dem Bestreben, den Ländern in der dritten Welt zu helfen?

Dieses Prinzip wird hier Stück für Stück aufgegeben. Der Maßnahme in Mazedonien hängt nun einmal an, daß es eine Flickschusterei war, um Differenzen in der Landespolitik, innerhalb der Landesregierung zu überdecken. Das ist das Problem.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Büssow, es stimmt, daß es den Menschen dort schlecht geht. Ich will auch nicht so zynisch sein, Ihnen die Beispiele von Ländern in der dritten Welt aufzuführen, in denen die Leute nicht einmal ein solches Dach über dem Kopf haben und nicht einmal einen Autoreifen zum Verbrennen. Sie können nicht mit dem Hinweis auf die dortigen Verhältnisse den Blick darauf verstellen, daß es Hunderte von Millionen von Menschen in dieser Welt gibt, die genau unter solchen schlechten Verhältnissen leben.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Dann fangen wir doch einmal an!)

Ich bin bereit, darüber zu diskutieren, wie wer wo mit welchen Mitteln hilft. Ich bin aber nicht bereit, daß Sie hier ein Schauprojekt herausgreifen und so tun, als sei dies die Lösung der Probleme. Das ist es nicht.

(D)

(Beifall des Abgeordneten von Unger [CDU])

Herr Kollege Büssow: Den Menschen geht es schlecht. - Jetzt kommen die zurück, denen wir dort die Häuser hinstellen. - Sagen Sie doch einmal, wieviel DM pro Kopf derer, die sich hier illegal aufgehalten haben und jetzt zurückgehen, dort ausgegeben werden. Nehmen Sie dann diese Summe pro Kopf mal der Hunderten von Millionen in der Welt, die Hilfe brauchen, und Sie werden feststellen, daß Sie noch nicht einmal mit zehn Landeshaushalten auskommen. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

Jede schlechte Situation - so bedauernswert sie ist - hat ein Umfeld, in dem es den Leuten auch schlecht geht.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Nach Ihnen darf man gar nichts tun!)

- Doch, das sind um die Häuser herum, die Nordrhein-Westfalen dort aufbaut, jede Menge Menschen, denen es schlecht geht, die nicht nach Deutschland gekommen sind, die nicht illegal eingereist sind, die sich nicht ohne jeden ernsthaften Asylgrund hier aufgehalten und sich der Ausweisung und Abschiebung widersetzt haben. Das sind die, die um diese Häuser herumleben.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Zynisch!)

Von denen wird zu Recht gesagt, daß sie ja auf den Gedankene kommen müssen, nach Deutschland zu wollen, damit ihnen geholfen wird.

Ich will damit verdeutlichen: Jede schlechte Situation hat ein Umfeld, in denen es Leuten auch schlecht geht, die dann auch wollen, daß es ihnen besser geht. Und dieses Umfeld hat wiederum ein Umfeld und dieses gleichfalls ein Umfeld. Dann kommen Sie - wie zitiert worden ist - von Skopje aus nicht nur bis nach Rumänien, sondern dann kommen Sie auch in den Sudan, nach Äthiopien und Bangladesch. Ich will die Länder nicht alle aufführen.

(B)

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Wollen Sie denn die Hilfen dann überall einstellen, anstatt sie auszuweiten, oder wie soll man sich das vorstellen?)

Ich will damit folgendes sagen: Es hat in jedem Politikbereich nur dann Sinn, ein Pilotprojekt zu beginnen, wenn damit gleichzeitig der Wille verbunden ist, nach einem erfolgreichen Abschluß - dies unterstellt - aus diesem Pilotprojekt eine Maßnahme für das Ganze zu machen.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Für die ganze Welt!)

Das heißt also: Ein Projekt in Mazedonien erfolgreich beendet, würde in der Konsequenz bedeuten, daß Sie

(C)

aus Gründen der Gerechtigkeit jedem anderen Bürger in Mazedonien genau das Gleiche geben müßten.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Der Bundesaußenminister würde sich für Sie schämen!)

Das wollen Sie nicht, weil Sie es nicht können, und zwar nicht etwa aus Hartherzigkeit, sondern weil die Mittel des Landes dafür nicht ausreichen.

Sie streuen den Bürgern und Bürgerinnen Sand in die Augen, wenn Sie jetzt schon Programme ankündigen, mit denen Sie etwas finanzieren wollen, dessen Finanzierung Sie nicht zu Ende führen können.

Ich sage Ihnen, wie das Ende vom Lied lautet: Sie fangen wieder etwas an, und wenn Ihnen die Mittel in Nordrhein-Westfalen ausgehen, gucken Sie nach Bonn und klagen wieder, daß Bonn Ihnen das Geld nicht gibt, um etwas fortzuführen.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Die Bonner sollten einmal vorwärts kommen mit solchen Projekten!)

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung von Fluchtursachen geht nur durch eine Verstärkung der Entwicklungshilfepolitik mit Hilfe zur Selbsthilfe.

(D)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Dann sagen Sie das denen in Bonn doch einmal! Sie sind doch in Bonn in der Regierung!)

In diesem Punkte stimmen wir durchaus überein. Es geht aber nicht durch einzelne Schauprojekte, die zudem wirklich darauf gegründet sind, eine Schwäche zu überdecken.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Lanfermann, ich unterbreche Sie nur sehr ungern. Vor geraumer Zeit hatte der Kollege Kreutz um eine Zwischenfrage gebeten. Würden Sie diese zulassen?

(Abgeordneter Lanfermann [SPD]: Ja, bitte.)

- Bitte schön.

(A)

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Kollege Lanfermann, können Sie nachvollziehen, daß ich als Sozialpolitiker allmählich verärgert darüber werde, daß fast die Hälfte der Redezeit für den Haushalt des Sozialministers auf ein Projekt verwandt wird, das haushaltsmäßig in die Staatskanzlei und damit den Einzelplan 02 gehört!

Hätten Sie deshalb Verständnis dafür, wenn ich mich morgen unter dem Einzelplan 02 zum Landesaltenplan zu Wort melde?

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Kollege Kreutz, für Letzteres hätte ich Verständnis. Aber daß ausgerechnet Sie sich darüber beschweren, daß neben den Sachthemen über alles Mögliche gesprochen wird, ist mir nach Ihrer Rede auch nicht mehr ganz verständlich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte, damit man sieht, was hier geschieht, noch einmal darauf hinweisen, daß Millionenbeträge ausgegeben, weil man sagt, man will helfen, hat aber bisher nur etwa 145 Menschen - wenn ich richtig informiert bin - in Skopje angeblich reintegriert.

(B)

Ich darf daran erinnern, daß der Ausgangspunkt der Politik der war, daß - da gehen die Zahlen immer etwas auseinander - es dreieinhalbtausend Roma waren, als Asylbewerber abgelehnt und ausgewiesen wurden, sich dem widersetzt haben und illegal hiergeblieben sind. Herr Minister Schnoor hat das dann in der ihm eigenen Art quasi als Privatrecht wie eine Wohltat genehmigt.

Die Akten liegen immer noch da. Es ist gesagt worden: Für tausend der dreieinhalbtausend soll ein Programm aufgelegt werden. Bis heute ist wegen der übrigen zweitausendfünfhundert noch nichts geschehen.

Sie sind ja noch nicht einmal in der Lage zu sagen, wer zu den tausend und wer zu den zweitausendfünfhundert gehören soll. Von den tausend - wie gesagt - sind jetzt 145 nach Skopje zurückgekehrt.

(C)

Seit Monaten wird gesagt, wer sich nicht entscheide, nicht endgültig eine Meinung abgebe, werde endgültig abgeschoben. Aber gar nichts passiert. Überhaupt nichts ist passiert.

Und das, meine Damen und Herren, ärgert mich wiederum. Ich bin bereit, über Geld zu sprechen. Die F.D.P. wird sich keiner vernünftigen Maßnahme widersetzen, wenn es gilt, Gutes zu tun und Menschen in Not zu helfen.

Aber ich bin nicht bereit, daß nur in einer Symbolpolitik ein Schild vorangetragen wird, daß man ausgerechnet damit eine Maßnahme hätte, die so wohlgelungen sei. Das ist sie nicht. Da können Sie den Bürgern keinen Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordnete Garbe [SPD]: Darf man daraus schließen, daß Sie die Hilfe für die Entwicklungshilfe jetzt erhöhen?)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Kollege Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Hürten. Bitte schön.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere es außerordentlich, daß sich außer unserer alle Parteien dazu haben verleiten lassen, die Debatte über die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Soziales dazu zu mißbrauchen, über ein Projekt zu diskutieren, das nicht hierhin gehört. Ich betrachte das auch als eine Mißachtung all der Probleme, die sich hinter den Titeln des Einzelplans 07 verbergen.

(D)

Ich möchte zu Frauenpolitik und zu Frauenförderung sprechen und lade Sie zu Beginn meines Beitrags zu einer kleinen Übung im Kopfrechnen und Schätzen ein.

Der Gesamtumfang des Landeshaushaltsentwurfs beträgt etwa 74 Milliarden DM. Was schätzen Sie, wie groß der Anteil derjenigen Ausgaben ist, der erstens Frauen ausschließlich und zweitens auch Frauen zugute kommt? Na?

(A) (Hürten [GRÜNE])

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
36 Milliarden, die Hälfte ungefähr! - Gegenruf des Abgeordneten Hardt [CDU])

- Mein Kollege Vesper hat sich ein bißchen verrechnet. Gerechtere wäre es, wenn Frauen 38,5 Milliarden DM der von der Landesregierung vorgesehenen Gesamtausgaben zugute kämen. Das entspräche nämlich dem Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung - 52 %. Sie stimmen mir doch zu, wenn ich feststelle: Ein Anteil von - sagen wir einmal - 0,00024 % für Frauen wäre extrem ungerecht.

Nun ist es ja so, daß Frauen durchaus auch vom Bau öffentlicher Verkehrsmittel profitieren, weil sie ja seltener ein eigenes Auto haben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Überproportional!)

Oder daß sie von den Maßnahmen zur Müllvermeidung profitieren, weil sie es in der Regel sind, die den Müll wegbringen müssen. Oder daß sie vom guten Schulunterricht profitieren, weil sie dann seltener als unbezahlte Hilfslehrerinnen arbeiten müssen. Mein Kollege Busch hat ja schon bei der Einbringung des Haushalts näher ausgeführt: Bei den frauenpolitisch relevanten Bereichen handelt es sich meist um diejenigen Bereiche der Landespolitik, die besonders dünn ausgestattet sind. Wir dürfen also voreilig schätzen: Der Anteil des Landeshaushalts, der Frauen zugute kommt, liegt bei 30 %.

Nun ist es zweitens so, daß die Landesregierung ein Ministerium eingerichtet hat, das sich ganz besonders den Nachteilen widmen soll, denen Frauen in unserem Land ausgesetzt sind. Weil Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, mehr arbeiten als Männer, jedoch den größeren Teil der Armen stellen, weil also die Verbesserung ihrer Situation ein Hauptanliegen der Landesregierung sein sollte, müßte dieses Ministerium besonders gut ausgestattet sein. Hier dürfen wir rechnen: Die 18 Millionen des Einzelplans 11 - Gleichstellungsministerium - machen gerade die erwähnten 0,00024 % des Landeshaushalts aus.

Drittens ist es so, daß Frau Ridder-Melchers nicht müde wird zu betonen, Frauenpolitik sei Querschnittsache. Abgesehen davon, daß diese Aufgabe minde-

stens ebenso viele Referate in ihrem Ministerium nötig machen würde, wie Landesministerien vorhanden sind - von wegen Querschnitt -, scheint dieses Bewußtsein noch nicht in die anderen Ressorts der Landesregierung vorgedrungen zu sein.

In der letzten Sitzung des Frauenausschusses des Landtags äußerte sich ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums verkürzt etwa folgendermaßen: Er habe eigentlich angenommen, daß in seinem Ministerium kein Extratitel für Frauenförderung vorhanden sei, aber er habe doch noch einige Marginalien gefunden. Diese Spurensuche hatte ich bei der Haushaltsdebatte im letzten Jahr angeregt; es ist doch nett, wenn dadurch immerhin einige Beamte gelernt haben, die Lupe zu gebrauchen.

Was schätzen wir nun: 20 %, 15 % für Frauen? Lassen Sie mich eine etwas handfestere Rechnung am Beispiel beschäftigungsfördernder Maßnahmen anstellen: Rechnen wir alle wirtschaftsfördernden Maßnahmen im engeren Sinne zusammen mit der direkten Arbeitsmarktförderung, nehmen wir weiter an, daß Wirtschaftsförderung auch - ich betone: auch - positive Arbeitsmarkteffekte hat, was eigentlich eine sehr gewagte These ist, kommen wir zu einem Gesamtbetrag von etwa 3,5 Milliarden DM, die die Landesregierung im nächsten Jahr für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung auszugeben gedenkt.

Die größte Gruppe der Erwerbslosen wird von Frauen gebildet. Sie stellen die größte Gruppe vor allen Dingen derjenigen, die von Arbeitsamtstatistiken nicht erfaßt werden. Also entfällt auf sie der größte Teil der Dunkelziffer. Männer profitieren zudem etwa zweimal so häufig von Förderungsmaßnahmen des Arbeitsamtes und anderen Förderungsinstrumenten. Ergo: Beschäftigungsfördernde Maßnahmen für Frauen müßten eigentlich absolute Priorität haben.

Die Landesregierung sieht das, beurteilen wir sie nach ihren Handlungen, anders. Der Haushaltsentwurf 1992 weist - großzügig gerechnet - nur 13 Millionen DM zugunsten beschäftigungsfördernder Maßnahmen für Frauen aus. 282mal soviel wird für Wirtschaftsförderung insgesamt ausgegeben.

Im Frauenausschuß gaben die Vertreter und Vertreterinnen aller Ministerien zu, daß der frauenfördernde

(C)**(B)****(D)**

(A) (Hürten [GRÜNE])

Anteil einzelner Titel wohl unter dem der männerfördernden liege; sie sagten, sie könnten dies nur schätzen. Wir GRÜNEN schätzen, daß es nur zwischen 10 und 20 % sind. Einige Beispiele mögen unsere Schätzung untermauern:

Was wird zum Beispiel aus den etwa 31 Millionen DM der Titelgruppe 73 des Einzelplans 08 bezahlt, wozu in den Erläuterungen steht: Ausbildungslehrgänge, Ausbildungsberatung, Bau und Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums wies in der Sitzung des Frauenausschusses nicht darauf hin, daß hier auch oder überwiegend Mädchenförderung beabsichtigt sei. Das wird seine Gründe haben.

Betrachten wir den Titel 891 11 des Kapitels 08 030 in Einzelplan 08, dessen Mittel die Wirtschaftsstruktur in Montanregionen verbessern helfen sollen! Die Projekte, die Sie aus Ihrer Wahlkreisarbeit kennen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind das Projekte, die mehrheitlich männlichen oder Projekte, die mehrheitlich weiblichen Arbeitnehmern zugute kommen? Ich fordere Sie auf: Sehen Sie einmal genauer hin!

(B)

Aufschlußreich ist auch Kapitel 07 021 des Einzelplans 07, aus dem unter anderem 5 Millionen DM für Berufsbildungszentren bezuschußt werden. Wissen Sie, wie hoch der Anteil der in solchen Zentren auszubildenden oder weiterzubildenden Frauen ist? Solche Zentren bilden vorrangig in neuen Technologien und handwerklichen Berufen aus und benötigen daher einen größeren Maschinenpark für die Ausbildung. Wir wissen, daß der Mädchenanteil in den meisten dieser Sparten äußerst gering ist und sich seit Jahren kaum verändert hat. Wer solche Zentren besucht, merkt, daß dort oft eine Atmosphäre rauher Männerkumpanei herrscht. Ich schätze, der Anteil der in diesen Zentren ausgebildeten Mädchen liegt weit unter 20 %.

Wir können jetzt unsere Abschlußschätzungen vornehmen. Sie sind zusammengekommen:

- winziger Anteil des Gleichstellungsministeriums am Gesamthaushalt des Landes

(C)

- minimaler Anteil direkter frauenfördernder Programme an den Gesamtaufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse
- ein schätzungsweise geringer Anteil an Landesmaßnahmen aller Politikbereiche, die besonders Frauen zugute kommen, und
- ein schätzungsweise unter 20 % liegender Anteil an beschäftigungsfördernden Maßnahmen, die Frauen zugute kommen und die überwiegend in dem Einzelplan, über den wir zur Zeit diskutieren, veranschlagt sind.

Realistische Forderung: Weniger als ein Viertel aller Gelder, die das Land außerhalb der Verwaltung aufwendet, kommt Frauen zugute, Männer sahen dreimal so viele Gelder ab.

Meine Damen und Herren von der SPD, selbst wenn Sie es gerne wollten, Sie könnten meine Schätzung nicht widerlegen. Ihre Genossinnen und Genossen in den Ministerien haben es nicht geschafft, innerhalb eines Jahres genauere Daten zu liefern.

Das liegt nicht etwa daran, daß es unmöglich wäre, solche Daten zu erheben. Selbst wenn sie nicht hundertprozentig genau wären, mehr als die magere Übersicht, die wir bis jetzt im Frauenausschuß erhalten haben, wäre sehr wohl drin. Etwas anderes können Sie mir nicht erzählen.

(D)

Auf welchem blamablen Niveau sich die Berichte bewegten, wurde zum Beispiel am Bericht des Landwirtschaftsministeriums deutlich. Die Abgesandte erzählte uns doch tatsächlich, daß der Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" frauenfördernd wirke.

Für den Bereich, der uns ganz besonders am Herzen liegt, haben wir GRÜNEN in einem unserer Anträge genauere Forderungen aufgestellt. Wir wollen, daß beschäftigungsfördernde Maßnahmen quotiert vergeben werden. Genauer: Wir wollen sichergestellt wissen, daß Frauen und Mädchen gemäß ihrem landesweiten Anteil an der jeweils betroffenen Gruppe der vom Arbeitsmarkt Benachteiligten Mittel aus den

(A) (Hürten [GRÜNE])

verschiedenen Titeln der Einzelpläne 07 und 08 erhalten. Wenn die Landesregierung uns nicht sagen kann, wem diese Mittel bisher zugute kamen, dann mißtrauen wir ihr. Sie soll uns in Zukunft beweisen, daß Frauen im Berufsleben genauso gefördert werden wie Männer. Sonst müßten wir ihr auch in den nächsten Jahren den Vorwurf machen, Männer bewußt zu bevorzugen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke der Kollegin Hürten und darf für die CDU-Fraktion dem Abgeordneter Meyers das Wort erteilen.

Abgeordneter Meyers (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie Minister dieser Regierung das Instrumentarium von Lob und Tadel an die Bundesregierung einsetzen, um von ihrem eigenen Versagen in der Landespolitik abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

(B) Minister Clement tadelt die Bundesregierung und gibt dabei Äußerungen zur Asylpolitik von sich, die er nicht einmal an einem Stammtisch, geschweige denn in einem Parlament vorführen sollte.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Herr Minister Heinemann lobt die Landesregierung, weil er glaubt, die zitierten Briefe paßten in seine Auffassung von Flüchtlingspolitik. Herr Minister Clement ist leider nicht da. Sie passen dort hinein. Aber er hat vergessen zu beachten, daß in diesem Brief - ich habe das gehört - nicht nur von Reintegration die Rede war, sondern auch von Rückführung und in einem dritten Punkt noch von Ursachenbekämpfung. Selbst wenn es so wäre, daß die Bundesregierung in einem ganz bestimmten Fragenkomplex eine andere Auffassung als die Landespolitiker in der CDU hat, so ist das die Freiheit, die wir uns in unserer Partei herausnehmen dürfen, was Herrn Clement in seiner Partei offensichtlich nicht bekannt ist.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

Ich muß hier deutlich sagen - und das ist das, was mich in dieser Debatte am meisten überrascht hat -: Herr Clement, aber auch Herr Heinemann haben auf die Ausführungen von Herrn Reul in einer Art und Weise reagiert, die bei mir Zweifel aufkommen läßt, ob mit solchen Reaktionen diese Männer überhaupt noch in der Lage sind, in sachlicher Weise Asyl- und Flüchtlingspolitik zu betreiben, und die letztlich Zweifel daran aufkommen läßt, wie es mit dem Demokratieverständnis und mit der Achtung der Überzeugung des politisch Andersdenkenden steht.

(Zustimmung bei der CDU)

Das habe ich vermißt, und das erwarte ich von Ministern, wenn es um das Wohl und Wehe von Menschen geht. Er hat danach gerufen, ein Mitglied dieser Delegation möge doch auch einmal berichten - in der Hoffnung vielleicht, er könne zu einer anderen Auffassung kommen. Ich will das mit der gebotenen Sachlichkeit tun.

Die bisher 140 Rückkehrer, die nach Skopje kommen, finden gut eingerichtete Wohnungen vor, sie werden finanziell in einer Art und Weise gefördert, die mehr als das mittlere Lebensniveau der Bewohner von Skopje bedeutet. Keine andere Bevölkerungsgruppe in Skopje erfährt eine solch große Zuwendung durch den Leiter des Koordinierungsbüros der Staatskanzlei und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vornehmlich aber durch die Helfer der Caritas.

(D)

Um so unverständlicher und deprimierender war daher beim Eintreffen der Delegation - da waren sich alle Teilnehmer einig - die Tatsache, daß sofort ein Sprecher der Rückkehrer auf uns zukam und Forderungen stellte, die weit über das hinausgehen, was den Menschen dort durch das Land Nordrhein-Westfalen schon geboten wird. Die Erwartungshaltung und das sehr emotional zum Ausdruck kommende Anspruchsdenken bei den Rückkehrern haben die Überzeugung wachsen lassen, daß die Rückkehrer die Erwartung haben, in Skopje einen Standard vorfinden zu müssen, wie sie ihn aus ihrer Zeit in der Bundesrepublik gewohnt sind. Hinweise der Rückkehrer - hiervon gab es genügend - gipfelten in dem Satz des Sprechers: Wir, die Roma, sind eine Nation ohne Land und gehen dahin, wo es am besten ist. Da bedarf es keiner prophetischen Gabe: Ich bin davon

(A) (Meyers [CDU])

überzeugt, daß sie zurückkommen werden, wenn dort nicht über die Beschaffung von Arbeitsplätzen ein sicheres Einkommen gewährleistet wird.

Zweifel bleiben, und diese Zweifel an der Richtigkeit des Ansatzes dieses Programms werden zur festen Überzeugung, wenn man es im Kontrast zu dem Elend sieht, das in unmittelbarer Nähe und in vielen Stadtteilen Skopjes herrscht, wo Tausende von Menschen - von Herrn Büssow auch schon dargestellt - in Elendshütten und Erdlöchern dahinvegetieren, ohne entsprechende Kleidung für diese Jahreszeit, ohne Hilfe und ohne Zukunftsperspektive.

Es tut mir weh, daß ich diese Überzeugung vortragen muß, daß daher und vor diesem Hintergrund der Ansatz falsch ist, weil ich weiß, daß es denen weh tut, die dieses Programm mit ihrem Herzblut schreiben, die Leute aus der Staatskanzlei, die verantwortlich sind, und die Caritashelfer.

Aber in der politischen Bewertung kann ich nicht umhin, vor diesem Hintergrund zu sagen: Dieses Programm ist falsch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(B) Die Voraussetzungen, die die Rückkehrer finden, müssen denen, die dort leben, wie Villenviertel vorkommen. Hier wird nicht reintegriert, hier wird Neid aufgebaut, wird ein Keil getrieben zwischen diese Menschen, zwischen die, die zurückkommen, und diejenigen, die in ihrer Heimat verbleiben müssen. Es kann nicht der Weg über Nordrhein-Westfalen zurück nach Makedonien richtig sein, um so eine bessere Lebensqualität zu erreichen. Das ist nicht der Weg einer neuen Flüchtlingspolitik. Diese muß - das ist heute oft genug gesagt worden - auf Hilfe zur Selbsthilfe für die Ärmsten der Armen im Lande gerichtet sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich hätte es gerne dem Herrn Ministerpräsidenten gesagt, wenn er bei dieser Debatte dabeigewesen wäre, und ich hätte es auch gerne Herrn Clement gesagt. Vielleicht aber können die anderen es ihm ausrichten: Hilfe muß mit dem Herzen geschrieben werden. Aber die Voraussetzungen zu einer wirk-

(C)

samen Hilfe vor Ort müssen mit nüchternem Verstand geplant werden. Die CDU hat heute morgen Vorschläge gemacht, wie wir miteinander in aller Nüchternheit diese Hilfe angehen können.

Es gab zum Schluß auch moderate Töne in den Worten von Herrn Clement zu hören, denen man entnehmen konnte: Es sind auch Fehler gemacht worden. Laßt uns an einen Tisch setzen! Wir sind im Interesse der Menschen, denen Hilfe zu geben ist, dazu bereit.

Nur eine Bemerkung zum Schluß: Wen die CDU-Fraktion in diese Gesprächsrunde schickt, Herrn Reul oder jemand anderen, das ist bitte der CDU-Fraktion zu überlassen. Da brauchen wir keine Belehrung von Herrn Clement! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meyers. Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Speth. Bitte schön.

Abgeordnete Speth (SPD): Herr Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollten wir erst morgen zum Haushalt der Frauenministerin und damit zu frauenpolitisch relevanten Problemen Stellung nehmen. Frau Hürten hat natürlich hier das "Faß aufgemacht", indem sie am Einzelplan 07 auch die frauenpolitische Debatte führt. Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet. Ich möchte einige Bemerkungen machen, allerdings auch darauf hinweisen, daß wir den Schwerpunkt zum Einzelplan 11 morgen in der Debatte beraten.

(D)

Frau Hürten, Sie haben versucht, einen finanziellen Vergleich zu ziehen zu dem, was in den Einzelhaushalten an frauenpolitisch relevanten finanziellen Beträgen ausgewiesen ist. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß erstens dieser Vergleich, den Sie hier so anklagend erhoben haben, überhaupt nur dadurch möglich geworden ist, daß wir, die SPD-Fraktion, verlangt haben, daß neuerdings - und diesmal übrigens erstmalig - zu jedem Haushalt; und zwar zum Gesamthaushalt, der Finanzminister eine Aufstellung darüber vorlegen muß, welche frauenpolitischen Leistungen im Haushalt vorgesehen sind.

(A) (Speth [SPD])

Sie wissen ebenso gut wie wir auch, daß sich dies darauf beschränkt, diejenigen finanziellen Beträge auszuweisen, die ausdrücklich Frauen zugute kommen. Nicht in den Beträgen sind solche enthalten, die auch Frauen zugute kommen. Ich möchte dabei einen Bereich nennen, der ungeheuer viel Geld kostet, den wir Frauen immer wollten und der allen zugute kommt: das ist der komplette Kindergarten- und Kindertagesstättenbereich. Der ist in der Aufstellung nicht enthalten; Sie haben ihn auch nicht genannt. Er kostet mehr als 1 Milliarde DM. Ich weise darauf hin, daß ich selbst im Frauenausschuß gesagt habe: Es ist eigentlich schade, daß das in der Aufstellung nicht drinsteht. Wir werden das beim nächsten Mal hoffentlich in einer anderen Form vorgelegt bekommen.

Nun zur Querschnittaufgabe: Sie haben gesagt, die Frauenministerin wird nicht müde, ständig zu betonen, daß Frauenpolitik eine Querschnittaufgabe sei. Ich sage Ihnen hier sehr deutlich: Das ist auch richtig so. Das ist offensichtlich bei vielen anderen noch nicht angekommen. Wir wollen ausdrücklich, daß Frauenpolitik Querschnittaufgabe ist und bleibt. Andere in diesem Parlament werden das wohl offensichtlich nie verstehen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Das hat auch etwas mit diesem Programm zu tun, die Haushaltsbeträge auszuweisen. Das hat was damit zu tun, daß wir uns davon versprechen, daß das Bewußtsein in den einzelnen Ministerien, in den einzelnen Fachausschüssen, in den einzelnen Arbeitskreisen, auch meiner Fraktion, dafür geschärft wird, direkt die Frauenproblematik miteinzubeziehen und Lösungsansätze zu bringen, die natürlich immer Geld kosten. Insofern ist es völlig richtig, daß die Ministerin und daß der SPD-Arbeitskreis und meine Fraktion sagen: Es wäre falsch, alles, was frauenpolitisch relevant ist, aus den Einzelressorts ins Frauenministerium zu ziehen. Das wäre falsch und würde politisch nicht den Lerneffekt herbeiführen, den wir uns erwünscht haben. Es läßt sich nämlich deutlich feststellen, daß Arbeitskreise meiner Fraktion, Facharbeitskreise, heute schon selbstverständlich Anträge zur Frauenpolitik stellen oder bei Teilen ihrer Anträge die Frauenpolitik berücksichtigen. Ich finde das ausgesprochen gut und bin dafür sehr dankbar.

(C)

Man stellt ebenso fest, daß einige Ministerien aus sich heraus die spezielle Problematik von Frauen in ihren Inhalten immer stärker berücksichtigen. Ich will dazu auch ein Beispiel nennen: Justizministerium - Frauen in Strafvollzugsanstalten. Das Ministerium hat ein spezielles Programm aufgelegt, die Frauen beruflich weiterzuqualifizieren. Das haben sie einfach so gemacht. Sie haben uns darüber berichtet. Daß der Gedanke im Ministerium geboren wurde, halte ich für ein Stückchen mehr Normalität, das wir, glaube ich, dringend in der Frauenpolitik brauchen.

Deshalb wünsche ich mir, daß wir auf diesem Wege weitergehen. Es kommt uns allen zugute. Übrigens nicht nur den Frauen, sondern auch den Männern, denn es wird ein Umdenkprozeß eingeleitet. -Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Speth. - Für die GRÜNE-Fraktion erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schade, daß durch die starre Form der Redeliste die Diskussion ein bißchen zwischen den verschiedenen Themen, die wir hier besprechen, hin und her schwappt.

(D)

Ich wollte am Schluß dieser Debatte noch einige Bemerkungen zu dem Thema Reintegration machen. Ich möchte verdeutlichen, daß auch wir dieses Programm nach wie vor in der bisherigen Form ablehnen, aber so, wie es Herr Reul heute morgen hier getan hat, kann man es wirklich nicht machen.

Das Problem ist schwieriger, als daß man es durch ein paar platte Sprüche erledigen und für die eigenen parteipolitischen Zwecke auf diese Weise ausnutzen dürfte. Auch wenn sich Herrn Meyers vom Stil von Herrn Reul wohlthuend abgehoben hat, stellt sich doch die Frage: Was ist denn eigentlich Ihre Lösung, Herr Meyers, wenn Sie ganz zu Recht sagen, daß hier einigen Wenigen geholfen wird und Neidkomplexe entstehen? Was schlagen Sie denn vor? Ihre Lösung besteht doch einfach nur darin - das ist das, womit

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Sie uns und sich selber in die Tasche lügen -, möglichst reibungslos die betroffenen Roma abzuschieben. "Aus den Augen, aus dem Sinn" - dann sind sie weg, dann sind sie hier für uns in Nordrhein-Westfalen kein Problem mehr. Damit hat sich für Sie das Problem erledigt.

Das ist genau die falsche Konsequenz. Da bin ich bei dem Geburtsfehler dieses Reintegrationsprogramms. Wegen dieses Geburtsfehlers ist dieses Programm eben auch keine "neue Flüchtlingspolitik". Deswegen sind die Schuhe, die die Landesregierung mit dem Begriff "Neue Flüchtlingspolitik" anziehen möchte, für dieses Programm einfach zu groß.

Vizepräsident Schmidt: Herr Dr. Vesper, würden Sie Herrn Meyers zu Wort kommen lassen wollen?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Natürlich.)

Bitte schön, Herr Meyers.

(B) Abgeordneter Meyers (CDU): Sie haben nach der Lösung gefragt. Haben Sie heute morgen nicht zugehört und die Vorschläge von Herrn Reul nicht wahrgenommen, und haben Sie nicht immer wieder gehört, daß wir gesagt haben, daß mit diesen Mitteln eine viel stärkere Hilfe vor Ort vorgenommen werden muß?

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Meyers! Ich habe jetzt über die Roma gesprochen, die hier bei uns in Nordrhein-Westfalen leben, über die Flüchtlinge, die in unserer Gesellschaft leben, für die Sie solche einfache Lösung propagieren: "Aus den Augen, aus dem Sinn".

Natürlich muß man vor Ort helfen, natürlich brauchen wir eine verstärkte Entwicklungshilfe, natürlich brauchen wir vor allem eine effizientere Entwicklungshilfe. Aber da will ich Ihnen mal ins Stammbuch schreiben, Herr Meyers: Die Bundesregierung hat den Anteil der entwicklungspolitischen Mittel kontinuierlich sinken lassen. Wir haben gerade noch 8 Milliarden DM im Etat für 1992, für den Haushalt des

(C)

Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Für den Golfkrieg konnte die Bundesregierung in Null-Komma nichts über 17 Milliarden DM aufbringen, durch eine Mineralölsteuererhöhung konnten ohne weiteres 20 bis 25 Milliarden DM aufgebracht werden. Für den ganzen Etat des Entwicklungsministeriums hat der Bund 8,3 Milliarden DM übrig. Das ist der Skandal!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Davon lenken Sie auch nicht dadurch ab, daß Sie hier 100 Millionen DM in den eigenen Haushalt einstellen wollen.

Da bin ich im übrigen bei Herrn Lanfermann, der jetzt auch dieser Debatte leider nicht weiter zuhört. Herr Lanfermann! Man kann doch nicht immer sagen: Weil wir das Gesamtproblem auf dieser Welt nicht lösen können

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Tun wir gar nichts!)

- auch Herr Goldmann hat es eben zwischengerufen -, deswegen können oder dürfen wir überhaupt nichts tun. Das ist ganz großer Kappes, wenn ich das einmal so sagen darf. Wir müssen doch irgendwo anfangen. Es ist natürlich sinnvoll und notwendig, an bestimmten Stellen anzufangen. (D)

Ich wollte zum Geburtsfehler dieses Programms kommen. Dieser Geburtsfehler liegt darin, daß das Programm der Landesregierung aus einer Not heraus geboren wurde, weil nämlich der Innenminister den Bettelmarsch von 5 000 Roma im Januar 1990 mit dem Versprechen zum Abbruch gebracht hatte, daß diesen Roma ein Bleiberecht in Aussicht gestellt wurde. Das war doch die Geburtsstunde dieses Programms. Weil die Landesregierung dieses Versprechen nicht halten wollte, deswegen ist dieses Programm überhaupt ins Leben gerufen worden. Ein Programm, das mit einem solchen neben der Sache liegenden Argument ins Leben gebracht wird, ist von vornherein aus meiner Sicht gestorben. Das ist genau das Problem! Dieses Programm ist letztlich nichts anderes als der Versuch, der Abschiebung dieser Menschen einen humanen Mantel umzuhängen.

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Richtig!)

Das ist das Problem an diesem Programm. Deswegen sagen wir: Wir müssen dieses sogenannte Rückführungsprogramm von den Hilfsprogrammen abkoppeln. Wir müssen beide Zwecke entkoppeln, die die Landesregierung damit verfolgt.

Wir sind nach wie vor dagegen, diese Menschen abzuschieben. Wir meinen, daß das Versprechen des Innenministers aus dem Januar 1990 Bestand haben muß. Und wir sind dafür, den Menschen, die in Šutka - ich habe ja an der Reise teilgenommen - in zum Teil elendigsten Verhältnissen leben müssen, beispielhaft zu helfen und von Nordrhein-Westfalen aus auch andere Bundesländer und vor allem die Bundesregierung zu bewegen, dort sehr viel mehr zu tun, als bisher getan wurde.

Das ist für uns der entscheidende Punkt. Dieses Programm wird so lange krank, wie es dazu dient, Abschiebungen zu legitimieren. Dieses Programm wird nur dann erfolgreich sein können, wenn es von diesem neben der Sache liegenden Zweck entkoppelt wird, wenn es umgewandelt wird in ein Hilfsprogramm, mit dem zum Beispiel einem Stadtteil von Škopje die Kanalisation gebracht werden kann, womit die elendigsten Wohnverhältnisse aufgehoben und geändert werden können, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

(B)

Sehen Sie, ein Programm, in dem - wie wir es erfahren haben - anlässlich des Besuchs von Herrn Clement bunte Mülltonnen aufgestellt werden und am Tag, nachdem Herr Clement abgereist ist, diese Mülltonnen wieder entfernt werden,

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Dafür kann doch Herr Clement nichts!)

ein solches Programm steht für mich noch viel zu sehr am Anfang, ein solches Programm ist einfach nicht glaubwürdig genug. Es müssen dort endlich Arbeitsplätze geschaffen werden, und es muß entkoppelt werden von der Legitimationsfunktion für die Abschiebung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Vesper. - Ich hatte noch den Wunsch von Herrn Kreutz, zu reden, notiert. Ist das richtig?

(Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Im Prinzip ja!)

- Nicht "im Prinzip". Wollen Sie das Wort? Dann erteile ich es Ihnen; bitte schön!

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte unserem Parlamentarischen Geschäftsführer signalisiert, daß ich gern noch auf den Herrn Minister antworten würde, hatte jetzt natürlich nicht damit gerechnet, daß es so schnell auf mich zukommt.

Herr Minister Heinemann hat wie Herr Kollege Kuschke nochmals den Charakter der nordrhein-westfälischen SPD und der Landesregierung als das soziale Gewissen bemüht, wobei ich mittlerweile nur sagen kann: Dieser Dauerlutscher ist schon so abgelutscht, daß nur noch der ausgelaugte Stiel davon übrig ist.

Denn gerade die Situation, die wir im Bereich der Arbeitsmarktpolitik jetzt haben und die ich versucht habe, in meinem Beitrag Ihnen darzulegen, ist doch Beweis genug dafür. Es ist nicht nur so, daß das Land Nordrhein-Westfalen sich nicht zum Ausfallbürgen macht. Das wäre dann der Fall, wenn die Kürzungen, die es bei den EG-Zuschüssen und bei den Mittelzuweisungen des Bundes gibt, nicht durch zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt repariert würden. Die tatsächliche Situation ist aber doch die, daß entsprechend der Reduzierung von Bundeszuweisungen und EG-Zuschüssen das Land Nordrhein-Westfalen die entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Mittel aus dem Landesanteil ebenfalls absenkt, und die verschwinden aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

(D)

Das sind zum Beispiel in der Titelgruppe 67 5,9 Millionen DM, in der Titelgruppe 72, ABM, 6,0 Millionen DM und in der Titelgruppe 76 21,9 Millionen DM - allein in diesen drei Titelgruppen zusammen 33,8 Millionen DM reine Landesmittel, die unter dem Vorwand, daß die Bundes- und die EG-Zuweisungen für Arbeitsmarktpolitik in diesem Bereich

(A) (Kreutz [GRÜNE])

abnehmen, jetzt schlicht und ergreifend aus der ganzen Arbeitsmarktpolitik herausortiert werden. Das bedeutet nicht nur, daß das Land nicht den Ausfallbürgen spielt, sondern das bedeutet, daß es sich im Gleichschritt mit dem Bund, im Gleichschritt mit einer unsozialen Politik der Bundesregierung, die Sie, Herr Minister, ohnehin zu Recht kritisieren - sich aus der arbeitsmarktpolitischen Verantwortung zurückzieht.

Das haben wir kritisiert. Angesichts dieses Umstandes kann man doch wirklich den Spruch vom sozialen Gewissen nicht mehr guten Gewissens vortragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein zweiter Bereich ist nochmals die Frage des Landesaltenplans und der Altenpolitik. Sie haben hier gesagt, der Landesaltenplan in Nordrhein-Westfalen ist der beste Landesaltenplan im bundesweiten Vergleich. Da kann ich nur sagen: Das ist schlimm genug; denn wir sind uns doch sicher einig, Herr Minister - und die ganze Diskussion, die im Hintergrund der Frage der Pflegeversicherung geführt worden ist, hat dies noch einmal nachdrücklich erhellt -, daß der tatsächliche Bedarf für eine menschenwürdige Altenpolitik und eine entsprechende bedarfsgerechte Ausstattung mit teilstationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen sowie entsprechenden Hilfen zur Unterstützung der pflegenden Familien usw. dermaßen groß ist, daß von einer annähernd zufriedenstellenden Situation überhaupt noch keine Rede sein kann.

(B)

In der Tat ist es so, daß die Bundesrepublik im europäischen Vergleich nicht an der Spitze steht. Wenn Sie sagen, Nordrhein-Westfalen ist altenpolitisch spitze, das ist genausogut, als wenn Kalkutta sagen würde: Bei uns ist die soziale Situation spitze, weil es den Leuten in der Sahelzone noch schlechter geht. Das ist doch nun kein Vergleichsmoment.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirklichkeit sieht doch so aus, daß trotz aller Bekundungen über den Vorrang der ambulanten, der teilstationären Versorgung, der Schaffung von Kurzzeitpflegeeinrichtungen für alte Menschen in der Haushaltswirklichkeit der Schwerpunkt der Landes-

(C)

regierung in der Altenpolitik weiterhin im Ausbau der stationären Großeinrichtungen liegt. Das ist doch einfach so. Der Bewilligungsrahmen für neue Maßnahmen 1992 sieht 58 Millionen DM vor, davon 52 Millionen DM für bereits laufende Projekte, plus 125 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen, macht zusammen 183 Millionen DM. Das ist ein Vielfaches dessen, was für den ambulanten Bereich zur Verfügung gestellt wird, und der Löwenanteil dieser Baumaßnahmen geht in den Bau der Altenpflegeheime mit zum Teil hohen Bettenzahlen.

Tagespflegehäuser, die aus diesem gleichen Titel finanziert werden sollen, oder Kurzzeitpflegeeinrichtungen finden kaum eine Förderung. Unter den 29 in diesem Jahr aus Landesmitteln geförderten Einrichtungen befindet sich nur eine einzige Tagespflegeeinrichtung. Wie kann man dann noch bestreiten, daß das ein Kurs der Vorrangpolitik für stationäre Großeinrichtungen ist? Das begreife ich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grunde haben wir in dem Bereich dreierlei beantragt: Wir haben beantragt, daß erstens die Fördermittel für stationäre und für Teilzeit- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen gesondert ausgewiesen werden und nicht alles in diesem stationären Topf verschwindet, daß zweitens für die notwendige Entwicklung im ambulanten und teilstationären Bereich eigenständige Mittel in entsprechenden Volumina eingestellt werden und daß drittens im stationären Bereich, weil wir ja weg wollen und weg müssen von großen Pflegeeinrichtungen mit hohen Bettenzahlen, die sozusagen Altengettos bilden - das wissen Sie auch; darüber gibt es im Grundsatz auch Einigkeit -, das Instrument der Förderrichtlinien verwendet wird, um zu sagen: Im stationären Bereich fördern wir künftig nur noch Einrichtungen mit maximal 40 Pflegeplätzen, damit auch eine Entwicklung in Richtung auf die Ausweitung neuer Wohn- und Betreuungsformen in solchen stationären Einrichtungen stattfinden kann. Das wäre sinnvoll.

(D)

Aber alles das findet ja nicht statt. Was stattfindet, ist nach wie vor: Man hat den Landesaltenplan für die Rhetorik, und für die praktische Politik im laufenden Jahr hat man den Landeshaushalt, der sagt, der große

(A) (Kreutz [GRÜNE])

dicke Batzen in der Altenpolitik geht für den stationären Bereich drauf. Wir sind von der Mittelverteilung her nicht in der Lage, den immensen Nachholbedarf in den Bereichen, die bei uns "unterbelichtet" sind und auf die wir immer hingewiesen haben, in einer überschaubaren Zeit aufzuholen.

Herr Kollege, Kuschke hat zum Beispiel auch darauf hingewiesen, daß im Bereich der Tagespflege nach dem Zweiten Landesaltenplan 7 500 Tagespflegeplätze geschaffen werden sollen. Wenn diese Zahl im vorgegeben Zeitraum von sieben Jahren erreicht werden soll - so der Landesaltenplan -, dann müssen jährlich mehr als 1 000 zusätzliche Tagespflegeplätze eingerichtet werden. Der Haushaltsplanentwurf sieht hierfür, auch im Ergänzungsteil, keine ausreichenden Mittel vor.

Abgesehen davon sind wir der Auffassung - das wird sich wahrscheinlich im Laufe der Entwicklung noch erhärten -, daß die Bedarfsschätzung von 7 500 zusätzlichen Tagespflegeplätzen mittel- und langfristig als zu gering angesetzt ist und wir hier zu weiteren Maßnahmen kommen müssen.

Das wollte ich Ihnen noch zur Antwort geben. - Danke schön.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Für die Landesregierung erteile ich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Innenminister Dr. Schnoor, das Wort.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich mehrfach persönlich angesprochen worden bin.

Es reizt mich an sich, etwas zur neuen Flüchtlingspolitik zu sagen. - Ich will das jetzt nicht tun.

Nur soviel, Herr Arentz - Herr Reul ist ja nicht mehr im Raum -: Das ist keine Frage des großen Geldes; das ist keine Frage, ob die 100 Millionen DM bereitgestellt werden. Es ist eine Frage, ob man bereit ist, sich konkret in Einzelfällen zu engagieren. Auf die-

sem Wege ist mit wenigen Mitteln oft viel zu erreichen.

(Zustimmung der Abgeordneten Garbe [SPD])

Ich könnte Ihnen beispielsweise viel über die Situation im Irak und darüber berichten, wie mit wenigen Mitteln, nämlich im Grunde mit 1,5 Millionen DM, die vom Land bereitgestellt worden sind, in einem Gebiet für die Kurden etwas getan wird, damit sie dort bleiben können. Ich könnte viele andere Fälle nennen, will es aber jetzt im Detail nicht ausführen.

Mir geht es darum, noch einmal eines klarzustellen. Von den Rednern der CDU-Fraktion, aber auch von Herrn Dr. Vesper, ist gesagt worden, ich hätte den Roma ein Bleiberecht versprochen, und dies sei in der Landesregierung nicht durchsetzbar gewesen. - Ich habe hier schon mehrfach gesagt, meine Damen und Herren: Dies ist falsch. Ich bitte Sie herzlich, solche falschen Behauptungen nicht zu wiederholen. Ich will eines ganz deutlich hervorheben, um das auch zu unterstreichen: Wenn ich den Roma etwas versprochen hätte, was mit ihrer Existenz hier zu tun hat, nämlich, ob sie hier leben dürfen oder nicht - eine existentielle Frage für Menschen! -, und ich hätte ein solches Versprechen gebrochen, wäre ich am nächsten Tag nicht im Amt geblieben - um es deutlich zu sagen. Deshalb wehre ich mich dagegen, daß mir so etwas unterstellt wird.

(D)

Ich habe in vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Roma, die gar nicht leicht waren, diesen gegenüber gesagt, ich werde mich a) dafür einsetzen, daß es bundesweit für sie eine Regelung gibt. Das habe ich getan; damit bin ich gescheitert.

Und nachdem das gescheitert war, habe ich ihnen b) zugesichert, ich würde mich für eine Landesregelung einsetzen. Ich habe nicht gesagt, daß ihnen diese Landesregelung zugesagt wird. Ich bin mit diesem letzten Punkt auch gescheitert.

Ich bitte, diesen Unterschied zur Kenntnis zu nehmen und nicht ständig falsche Behauptungen aufzustellen, als hätte ich den Roma in einer solchen existentiellen Frage etwas zugesagt und mein Wort nicht gehalten. Ich lege Wert darauf, daß mir das abgenommen wird und solche Dinge nicht ständig wiederholt werden.

(A) (Minister Dr. Schnoor)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Schnoor. - Meine Damen und Herren, zu dem Komplex "Einzelplan 07 - Arbeit, Gesundheit und Soziales" liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, so daß wir die Beratung zu diesem Teilkomplex des Gesamthaushaltes 07 abschließen. Wir haben verabredet, in der Zeit zwischen 12.30 Uhr und 14.00 Uhr keine Abstimmungen durchzuführen.

Insofern fahren wir jetzt in der Beratung des Einzelplans 07 fort, und zwar mit der Diskussion des Teilbereiches "Kinder, Jugend und Familie". Ich erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Rösenberg das Wort.

Abgeordneter Rösenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wandel und die Entwicklung familiärer Lebensformen in der Bundesrepublik Deutschland sind Themen einer Studie, mit der das Bundesministerium für Familie und Senioren das Deutsche Jugendinstitut in München betraut hat. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen vor. Sie sind der Öffentlichkeit dargestellt worden.

(B)

Ein Ergebnis dieser Untersuchung lautet: Die Familie ist in, und die Familienstrukturen sind nach wie vor allgemein intakt. Ich sage das bewußt am Beginn einer familienpolitischen Debatte, weil ich hin und wieder aufgrund der gesellschaftspolitischen Diskussion schon den Eindruck habe, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften manchmal mehr und stärker im Vordergrund standen als Ehe und Familie und daß hier und da der Eindruck erweckt worden ist, als seien Ehe und Familie etwas Antiquiertes des vergangenen Jahrhunderts, was nicht mehr in eine modern strukturierte Gesellschaft hineingehört.

Familie und Kinder haben weiterhin, auch nach dieser Untersuchung, einen hohen Stellenwert. Diese Untersuchung macht Schluß mit dem Negativgerede über eine angebliche Krise der Familie. Diesem Gerede wird durch die beschriebenen Tatbestände der Boden entzogen.

(C)

Die Untersuchung zeigt aber auch in aller Deutlichkeit einen wichtigen Gesichtspunkt und ein Aufgabenfeld für uns als politisch Handelnde, zeigt nämlich in aller Deutlichkeit die schwierige wirtschaftliche Situation alleinerziehender Elternteile, von Vätern und Müttern, und in diesem Zusammenhang insbesondere der alleinerziehenden Frauen mit kleinen und Vorschulkindern, die in vielfältiger Hinsicht eine Benachteiligung erfahren. Hier muß Politik auf allen Ebenen stärker als bisher reagieren.

Aufgabe der Politik - der Bundes-, der Landes- und der Kommunalpolitik - und der gesellschaftlichen Gruppen ist es, Familien zu stärken und zu fördern, damit sie ihre eigenen Aufgabenstellungen erfüllen können.

Dies tut in beispielhafter Art und Weise die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung. Die Regierung Helmut Kohl hat in den zurückliegenden Jahren nach unserer Auffassung eine grundlegende Neuorientierung in der Familienpolitik im Verhältnis zur früheren SPD-Regierung erreicht,

(Beifall bei der CDU)

was durch folgende Zahlen, Frau Kollegin Speth, deutlich wird.

(D)

Im Jahre 1982 hatte die SPD-Regierung für die Familienpolitik im Bundeshaushalt insgesamt 23 Milliarden DM ausgewiesen. Im Haushaltsjahr 1992 sind es mehr als das Doppelte, nämlich 47 Milliarden DM. Nun mag Ihnen das immer noch nicht ausreichend erscheinen. Aber es sind meines Erachtens beispielhafte Schritte in die richtige Richtung zur Stärkung unserer Familien. An die SPD Nordrhein-Westfalens geht der Appell, diesem Beispiel zu folgen!

(Beifall bei der CDU)

Nun hoffen wir, daß die familienpolitischen Akzente, die zu Beginn des Jahres 1991 in Kraft treten sollen, auch in Kraft treten können, nämlich zusätzliche ca. 7 Milliarden DM für die Familien. Ich darf erinnern an weitere 2,7 Milliarden DM ab 1993 durch die Erweiterung des Erziehungsurlaubs und insbesondere des Erziehungsgeldes auf zwei Jahre. Ich verweise auf

(A) (Rüsenberg [CDU])

die Hilfen für Alleinerziehende im Bereich des Unterhaltsvorschußgesetzes, des Sonderurlaubs zur Pflege kranker Kinder und so weiter - beispielhafte Akzente.

Nun spricht Minister Heinemann bei der Einbringung des Haushaltes im Ausschuß, was die landespolitischen Aspekte betrifft, von der notwendigen Herbeiführung und Aufrechterhaltung wünschenswerter Entwicklungen, er sagt, daß die Landespolitik wesentliche Impulse im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gebracht habe, daß man es erreicht habe, zur Intensivierung von Leistungen der Jugend- und Familienhilfe beizutragen beziehungsweise diese einzuleiten. So sei Jugend- und Familienpolitik gemacht worden. Die Landesregierung habe die feste Absicht, diese Politik fortzusetzen.

Ich warne davor, diese Politik natürlich nicht in allen Bereichen, aber in Teilbereichen fortzusetzen. Diese Politik - das ist diesen 12 bis 15 Minuten nicht detailliert zu schildern - trägt aber dazu bei, daß die Anteile des Landes zum Beispiel im Bereich des Landesjugendplans oder des neuen GTK, des Gesetzes über die Einrichtung von Kindertagesstätten, daß Anteile des Landes reduziert und Dritte, zum Beispiel Kommunen, zusätzlich belastet werden. Wir wehren uns schon gegen die Fortsetzung einer solchen Politik.

(B)

Stagnation heißt Stillstand und - meines Erachtens - auch Rückschritt, heißt, keine Impulse zu geben. Frau Kollegin Hüls wird auf die klassischen Bereiche noch eingehen: die Beratungsangebote, die Familienbildung und die Familienerholung in diesem Zusammenhang.

Den investiven Bereich möchte ich aber schon ansprechen. Uns ist in einer Vielzahl von Gesprächen, an denen Sie auch teilgenommen haben, ein erheblicher Investitionsbedarf in diesem Bereich zugetragen worden. Es stehen uns 2,9 Millionen DM zur Verfügung; am 01.07.1991 lagen Anträge mit dem Landesanteil von 6 Millionen DM vor. Also mehr als die Hälfte dessen, was als Bewilligungsrahmen vorliegt, liegt als Antrag im Gesamtbereich mit diesem konzentrierten Landesanteil vor.

Zu den Beratungsangeboten, speziell der Schwangerschaftskonfliktberatung: Ich meine, es wäre bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, insbesondere bei

(C)

der in kirchlicher Trägerschaft, besser gewesen, keine Unterschiede in der Förderung vorzunehmen. Die kirchlichen Beratungsstellen, die die Indikationsstellung nicht vornehmen, werden mit 40 %, während die anderen, die Indikationsstellung vornehmen, mit 80 % Landesanteil bezuschußt. So schafft man auch in einem wichtigen Bereich Beratungsangebote erster und zweiter Klasse. Das halten wir nicht für gerechtfertigt.

Ich will auf eine weitere generelle Tendenz im Rahmen dieser Haushaltsplanberatung aufmerksam machen. Wir stellen fest, daß sich immer neue und unterschiedliche Beratungszweige entwickeln. Ich leugne nicht die Differenzierung der durchaus bestehenden Probleme bei den betroffenen Menschen. Wir müssen uns aber mehr als bisher auch darüber Gedanken im Fachausschuß machen, ob nicht diese sich entwickelnden Netzwerke an unterschiedlichem Beratungsangeboten inzwischen so unübersichtlich sind, daß wir den ganzheitlichen Ansatz der Hilfen bei den Menschen schon nicht mehr sehen.

Einerseits klopfen wir uns lobend auf die Schultern, wenn wir neue zusätzliche Beratungsangebote und neue Einrichtungen im Land schaffen; andererseits müssen wir auch daran denken, daß die Nachfrage in einer Gesellschaft nach immer neuen Beratungsangeboten letztlich auch ein Signal sein kann, das in dieser Gesellschaft etwas nicht stimmt - hinsichtlich des zwischenmenschlichen Zusammenlebens, hinsichtlich der Entstehung vielfältiger Konflikte für die einzelne Person und hinsichtlich des Zusammenlebens mit anderen. Wir müssen mehr Ursachen angehen, um politische Entscheidungen zu treffen, die dahin führen, daß möglichst wenig Konflikte in einer Gesellschaft existieren.

(D)

Zum Landesjugendplan: Folgende, meines Erachtens sehr interessante Zahlen mögen die Regierung und die sie tragende SPD-Fraktion zur Kenntnis nehmen. Am letzten Sonntag wurde 25 Jahre Regierungszeit der Sozialdemokraten gefeiert. 1965, Kollege Hilgers, betrug der Gesamthaushalt des Landes 14 Milliarden DM, der Landesjugendplan 46 Millionen DM. Das war ein Anteil der Ausgaben des Landesjugendplans am Gesamthaushalt von 0,33 %. 1992: Zirkabträge 73,9 Milliarden DM der Gesamthaushalt, der Landesjugendplan etwa 264 Millionen DM. Insoweit

(A) (Rüsenberg [CDU])

beträgt der Anteil des Landesjugendplanes 1992 am Gesamthaushalt 0,35 %: eine gewaltige Steigerung. Das ist das Ergebnis Ihrer jugendpolitischen Bemühungen: eine gewaltige Steigerung beim Landesjugendplan von 1965 auf 1992 um gerade 0,2 %. Das ist die Realität jugendpolitischer Leistungen der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident ist nicht da - aber das ist doch schon etwas -, wenn man einmal die 112 % Steigerung im Bereich der Staatskanzlei damit vergleicht.

Die Regierungsvorlage sah im Landesjugendplan eine Reduzierung um 3,8 Millionen DM vor; die Ergänzungsvorlage eine weitere Reduzierung um gut 2 Millionen DM. Kollege Hilgers: Respekt, Sie haben sich in Ihrer Fraktion darum bemüht, auch im Ausschuß, dieses zumindest teilweise auszugleichen. Einige Anträge der SPD haben auch insgesamt die Zustimmung im Ausschuß gefunden. Aber - darauf hat, wenn ich mich richtig erinnere, die Kollegin Scheffler in der Ausschußsitzung bereits aufmerksam gemacht - wir wehren uns dagegen, daß dies zu einer Strategie wird, nämlich: Die Regierung kürzt bei Einbringung eines Haushaltes, die SPD-Fraktion kämpft. Sie läßt sich feiern. Eingebraachte Kürzungen werden dann teilweise oder gar nicht rückgängig gemacht. Es wird der Eindruck im Lande vermittelt, es wäre etwas Großartiges geleistet und vollbracht worden. Die Dankesbriefe treffen anschließend ein.

(B)

Dann soll man ehrlicher miteinander umgehen und realistische Haushaltsvorgaben gleich zu Beginn der Haushaltsberatungen machen.

Ich spiegele ein in die Wirklichkeit des Lebens: Besuch der CDU-Landtagsfraktion einer Jugendeinrichtung des CVJM in Hattingen. Was waren die Themen? Themen, die uns landespolitisch ebenfalls bewegen.

Der Appell an die Politik lautet: Sichert die Förderung und die ausreichende Ausstattung mit Mitteln im Bereich der verbandlichen Jugendarbeit, um ein plurales Angebot mit Wertorientierung auch in Zukunft sicherzustellen! Hebt stärker die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit im Bereich der Jugendarbeit heraus, und setzt als politisch Handelnde Signale hinsichtlich

(C)

der Anerkennung all der Menschen, die in dieser Gesellschaft im ehrenamtlichen Bereich tätig sind! Sorgt dafür, daß die Mittel für die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterschulung ausreichen, daß wir in ausreichendem Maße hauptamtliche Fachkräfte haben, aber nicht zur Aufblähung eines teuren Apparates, sondern hauptamtliche Fachkräfte mit der für uns richtigen Zielsetzung "Hilfe zur Selbsthilfe", um Ehrenamtliche zu motivieren, um ehrenamtlich tätige junge Menschen in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben vor Ort erfüllen zu können!

Der Appell an die Politik aus Hattingen: Sorgt für eine stärkere Ausstattung des Landeshaushalts im Bereich des Sonderurlaubsgesetzes!

Insbesondere, Herr Kollege Hilgers - Sie haben das ja auch im Ausschuß gesagt -, ist uns schon eine durchaus besorgniserregende Entwicklung der Kürzung der jugend- oder familienpolitischen Mittel im kommunalen Bereich dargelegt worden, so daß man von der Landesebene nicht alles in den kommunalen Bereich verlagern kann in der Hoffnung, daß da schon alles recht und gut gewaltet wird; sondern wir müssen auch Jugendpolitik über den Landesjugendplan als ein positives Steuerungsinstrument behalten.

Beim Sonderurlaubsgesetz sind Sie unseren Vorstellungen nicht gefolgt. Ihre Erhöhung greift die tarifliche Steigerung auf. Das reicht nicht aus.

(D)

Ich will einen weiteren Kürzungsvorschlag ansprechen, den wir so nicht zustimmen können. Wir bemühen uns als Land Nordrhein-Westfalen, im neuen Bundesland Brandenburg jugend- und familienpolitisch Hilfen zu leisten, um dort Strukturen sich entwickeln zu lassen, insbesondere Strukturen im Verbandsbereich der Jugendarbeit, der Sozialarbeit und der Familienhilfen. Sie kürzen hier um 480 Millionen.

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: Mein Gott! 480 000!)

- Entschuldigung, 480 000! Das betrifft ja auch die Ansätze unserer Jugendverbände, dort zu helfen. Wir waren gemeinsam in Potsdam und sind mit dem Eindruck nach Hause gefahren, daß dort eine unwahrscheinlich schwierige Situation besteht, verglichen mit unseren Hilfen, von denen wir manchmal den Ein-

(A) (Rüsenberg [CDU])

druck haben, wir vergolden die Türklinken - gemessen an den Problemen, die dort bestehen. Wir sind nach Hause gefahren mit dem Bewußtsein: Wir müssen zumindest diese Hilfen aufrechterhalten, sie gegebenenfalls verstärken. Insoweit verstehen wir die radikale Kürzung in diesem Zusammenhang nicht.

Wir kennen die Besorgnisse draußen hinsichtlich der Investitionen bei Einrichtungen der Jugendarbeit. Die Regierung sagt ja selbst: Es reicht so gerade aus, um die Substanz zu erhalten; es reicht so gerade aus, um die Betriebsfähigkeit zu erhalten. Uns sagt man dazu: Auch dies ist mit den Mitteln, die im Haushalt zur Verfügung stehen, nicht möglich. Der Bewilligungsrahmen umfaßt 6,8 Millionen DM, der Landesanteil für die vorliegenden Anträge läge bei 12 Millionen DM.

Einen weiteren Abschnitt jugendpolitischer Art: Ausführungsgesetz zum KJHG - Gesetz zur Förderung und Sicherung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Wenige Sätze dazu! Herr Farthmann und Herr Hilgers - das liegt schriftlich vor - haben sich vor rund eineinhalb Jahren gegenüber dem Verbandsbereich dahin geäußert, daß das notwendig sei. Inzwischen wurde der Beschluß gefaßt: in dieser Legislaturperiode kein Leistungsgesetz.

(B)

Herr Minister, ich fordere Sie auf, hier und heute diesem Parlament und somit der interessierten Öffentlichkeit klipp und klar zu sagen: Kommt in dieser Legislaturperiode der Gesetzentwurf zur Förderung und Sicherung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen, ja oder nein? Kommt dieses Gesetz, dann bitte auch mit der Zielrichtung, nicht nur hehre Aufgaben zu beschreiben, aber die Umsetzung und die Finanzierung dann anderen zu überlassen! Kommt es nicht, dann haben wir auch eine klare Gefechtslage und wissen, wonach wir uns richten können, auch in bezug auf Worte und Aussagen, die vor einiger Zeit noch Gültigkeit hatten.

Dieses mündet in die weitere Entwicklung des Landesjugendplans ein. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen. Wir haben gerade zur Weiterentwicklung des Landesjugendplans in unserem Antrag "Vierzig Jahre Landesjugendplan" deutliche Akzente gesetzt. Wir stellen fest - es gab die gemeinsame Zustimmung des Ausschusses zu unseren Positionen der Weiter-

entwicklung -, daß die derzeit im Haushalt veranschlagten Mittel nicht ausreichen. Insoweit können wir auch dem Landesjugendplan nicht zustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Rüsenberg. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hilgers das Wort.

Abgeordneter Hilgers (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 1992 hat einen entscheidenden Schwerpunkt: Das ist die Finanzierung von vielen neuen Kindertagesstätten. Wir haben in diesem Haushalt einen Bewilligungsrahmen für 75 000 neue Kindergartenplätze mit einem Bewilligungsvolumen von über 540 Millionen DM. 150 Millionen DM stehen an Barmitteln zur Verfügung. Wir haben Mittel für 1 300 Hortplätze und 1 000 Plätze für unter Dreijährige.

Das bedeutet: Es können 4 000 Plätze in altersgemischten Gruppen bewilligt werden. Das ist quasi die Verdoppelung der bisherigen Platzzahl in altersgemischten Gruppen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes und aller Bundesländer kann jeder Antrag auf einen neuen Kindergarten, der plausibel ist, im kommenden Jahr in Nordrhein-Westfalen bewilligt werden. Jeder Antrag! Das ist einmalig für die Geschichte in ganz Deutschland, und das beweist, daß wir Sozialdemokraten in der Lage sind, eindeutige Prioritäten zu setzen.

(Zustimmung des Abgeordneten Heckelmann [SPD] - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Der Beifall war ganz schön schwach!)

Prioritäten setzen heißt aber auch, daß andere Politikfelder nicht im gleichen Maße zum Tragen kommen können. Das muß man deutlich sehen. Denn wer Prioritäten setzt, setzt automatisch auch Posterioritäten. Wer das nicht versteht, hat das Handeln in der Politik nicht begriffen.

(C)**(D)**

(A) (Hilgers [SPD])

Dabei ist der Landesjugendplan im kommenden Jahr keine nachrangig behandelte Sache. Herr Rüsenberg, entgegen Ihrer Berechnung wird der Landesjugendplan im kommenden Jahr von 195 823 000 DM auf 197 938 000 DM steigen.

Sie haben in Ihrer Berechnung den Fehler gemacht, die Mittel für das Studentenwerk, den Bau der Studentenwohnungen aus dem Einzelplan 06 - Wissenschaft und Forschung - mitzurechnen, die nur nachrichtlich dort aufgeführt sind. Das ist systematisch nicht richtig und macht auch den jugendpolitischen Stellenwert nicht deutlich.

Daß eine Steigerung überhaupt in einem Jahr möglich ist, in dem wir alle unsere Kräfte auf neue Kindertagesstätten richten, betrachte ich als einen politischen Erfolg. Dabei sind im Landesjugendplan und innerhalb des Landesjugendplans Umschichtungen erfolgt. Die Mittel für das Sonderurlaubsgesetz, die Mittel für die Bildungsaufgaben, die offene Jugendarbeit und für die landesweiten Jugendverbände werden aufgestockt.

Bei der besonderen Hilfe für Brandenburg ist zwar im Landesjugendplan gekürzt worden, aber an anderer Stelle des Haushaltes des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, ist aufgestockt worden, um der Mittelstruktur zwischen freien Träger und direkten Verwaltungshilfen Rechnung zu tragen; denn wir haben gemeinsam festgestellt, daß es auch drüben bei weitem noch nicht so viele Partner gibt im Rahmen freier Jugendarbeit, wie wir uns das alle wünschen würden. Das bedeutet natürlich auch, daß man noch andere Initialzündungen und Hilfen braucht als die direkte Bezuschussung von Verbänden.

(B)

Herr Kollege Rüsenberg hat zum Thema der Familienberatung Stellung genommen. Ich bekenne hier ganz offen, daß ich ein Verfechter eines integrierten Familienberatungskonzeptes bin. Ich weiß aber auch, daß wir das nicht in Düsseldorf, in Nordrhein-Westfalen entscheiden können. Wir können die eine oder andere Rahmenbedingung verändern, aber entschieden wird das in den Kommunen und bei den Verbänden: wie sie Beratung anbieten, wie sie sie strukturieren. Ich bin auch der Meinung, daß das der richtige Platz ist, wo das entschieden werden soll.

(C)

Und da kommen wir zu dem, was Sie Kommunalisierung nennen. Ich bin für die Kommunalisierung von Entscheidungen, weil ich glaube, daß Jugendhilfe insgesamt als kommunale Selbstverwaltungsangelegenheit der Entscheidungskompetenz vor Ort bedarf und daß die Menschen vor Ort dort besser entscheiden können, welche Jugendhilfemaßnahme für ihre Stadt die besten sind.

Aber ich bin nicht dafür, daß die Finanzierung kommunalisiert wird, jedenfalls nicht ohne Mitteltransfer zugunsten der Kommunen. Das sind zwei völlig verschiedene Gesichtspunkte, die gerne vermengt werden.

Ich will Ihnen zum Kindertagesstättengesetz sagen, wie das aussieht. Die Stadt, in der ich Bürgermeister bin, die Stadt Dormagen mit knapp 60 000 Einwohnern, wird, obwohl von 1991 bis 1992 drei neue Kindertageseinrichtungen errichtet wurden, im kommenden Jahr 650 000 DM weniger Betriebskosten aufgrund dieses neuen Gesetzes zahlen müssen. Das hat in unserem Fall damit zu tun, daß wir eine Stadt mit recht vielen kommunalen Kindergärten sind.

Das macht aber auch deutlich, daß die Träger von Kindergärten selbst durch das neue Gesetz enorm entlastet wurden. Das ging nicht zu Lasten des Landes, sondern mehr zu Lasten der Eltern - das muß hier offen eingestanden werden -: Die Eltern müssen insgesamt einkommensgerecht mehr Elternbeiträge aufbringen. Nur - und das ist für mich ein ganz wichtiger Gesichtspunkt -, was mich enttäuscht, ist, daß die Betriebskostenverordnung und die Vereinbarung über die Ausstattung mit Personal zur Zeit bei der anderen Seite hängt, momentan beim Städtetag und beim Städte- und Gemeindebund sowie auch bei der evangelischen Kirche.

(D)

Sehen Sie, ich glaube nicht, daß es zur Glaubwürdigkeit beiträgt, wenn man im Sommer 20 000 Erzieherinnen auf die Beine bringt, um gegen dieses Gesetz zu demonstrieren mit der einzigen Forderung, zwei Kräfte in einer Gruppe zu haben, Sie dann jetzt, wo Butter bei die Fische muß, wo Sie das Angebot der Landesregierung unterschreiben sollen, die beiden Kräfte denn nun auch tatsächlich zustande zu bringen,

(A) (Hilgers [SPD])

selbst die Verweigerer spielen. Das ist eine Form von Politik, auch gegenüber den betroffenen Erzieherinnen und Erziehern, die die Glaubwürdigkeit auch von Institutionen wie Kirchen beeinträchtigen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Funktionäre haben damals genau gewußt, daß das Gesetz die Ausstattung mit Personal nie würde regeln können, als sie die jungen Erzieherinnen teilweise zu Demonstrationen geschickt haben. Jetzt, wo es geschehen soll, weigern sie sich, sind sie diejenigen, die sich auf die Hinterbeine stellen. Das geht so weit, daß wir wahrscheinlich die Ausschusssitzung für den 19. Dezember absagen müssen, weil wir immer noch keine Unterschrift unter der Vereinbarung haben.

Ich fordere die kommunalen Spitzenverbände und die evangelische Kirche auf, zu einem innerverbandlichen Entscheidungsprozeß zugunsten der von der Landesregierung vorgelegten Vereinbarung zu kommen. Das sage ich ganz deutlich.

(B)

Meine Damen und Herren, im übrigen bin ich sehr zuversichtlich, daß sich in den nächsten Jahren der Ausbau unserer Kindergärten im Lande positiv gestaltet. Wir haben bereits jetzt, vor Beginn des Jahres 1992, Anträge für 17 100 neue Kindergartenplätze vorliegen, d. h., die Chance ist da, daß es in der ersten Hälfte des Jahres 1992 die anvisierten 25 000 werden. Es gehen täglich neue Anträge ein, täglich wird in den Stadträten über neue Kindergärten beraten. Wir haben eine große Chance, unser Ziel zu erreichen, und wir werden auch bei den anderen Tageseinrichtungen im nächsten Jahr einen Bewilligungsrahmen haben, der einen großen Teil der vorhandenen Anträge abarbeitet. Das werte ich als sehr positiv. Ich denke, daß wir hiermit ein wesentliches Ziel, das jedenfalls wir Sozialdemokraten in unser Wahlprogramm geschrieben haben und das die Landesregierung in ihrer Regierungserklärung vorgebracht hat, nämlich einen bedarfsgerechten Ausbau von Kindergartenplätzen, erreichen werden.

Die Landesregierung hat darüber hinaus ein Konzept über Tagespflege vorgelegt. Ich habe für unsere Stadt ausgerechnet, daß man als Stadt auf der Basis dieses Konzeptes selbst bei einem Tagespflegebetrag von 500 DM und sozialer Rentenabsicherung ohne Lan-

(C)

deszuschüsse Plätze in Tagespflegestätten bei demselben Elternbeitrag wie in Kindertageseinrichtungen wesentlich kostengünstiger bereitstellen kann als in Kindertageseinrichtungen. Von daher bin ich dafür und werbe dafür, daß sich viele Städte einem solchen Modell anschließen.

Ich will zum Abschluß kurz zu Ihren familienpolitischen Bemerkungen zu Beginn Ihrer Ausführungen Stellung nehmen, Herr Kollege Rüsenberg. Wir wissen, daß viele junge Menschen heute Familien gründen, eine Ehe schließen, sich Kinder wünschen. Wir wissen aber auch, daß die Zahl der Ehescheidungen deutlich steigt, daß wir immer mehr Alleinerziehende haben. Wer versucht, sich diesen gesellschaftlichen Realitäten zu stellen und mehr für Menschen in anderen Lebensgemeinschaften, für Alleinerziehende zu tun, dem darf man doch nicht vorwerfen, daß er diese Entwicklung herbeigeführt hat!

(Abgeordneter Rüsenberg [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Also, unterschwellig kommt das jedesmal zum Ausdruck. Wenn man sagt: wir haben andere Lebensgemeinschaften, wir haben neue Lebensformen, wir haben Alleinerziehende, wir haben neue Probleme durch immer mehr Ehescheidungen - dann kommt jedesmal zum Ausdruck: Das wollt ihr ja so!

(D)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Hilgers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rüsenberg?

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: Gerne, Frau Präsidentin!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Rüsenberg (CDU): Herr Kollege Hilgers, haben Sie denn auch gehört, daß ich hier nachdrücklich gesagt habe, daß insbesondere Probleme bei alleinerziehenden Frauen bestehen, die Kinder im Betreuungsalter haben, und daß wir alle auf den unterschiedlichen Ebenen aufgerufen sind, mehr als bisher zu tun?

(A)

Abgeordneter Hilgers (SPD): Ich habe diesen Satz auch gehört. - Herr Kollege Rösenberg, unseren wichtigsten Beitrag als Land und als Länder im allgemeinen sehe ich zur Zeit darin, daß wir mit dem Ausbau der Kindertagesstätten, auch mit dem Ausbau von Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren ernst machen. Dabei sind wir. Das halte ich für einen ganz entscheidenden Beitrag. Ich wollte mich nur dagegen wehren, daß solche Unterstellungen immer wieder eine Rolle spielen.

Mein einziges persönliches Problem mit Familie ist im Moment, daß ich drei Kinder habe und im Winter abwechselnd immer eines davon erkältet ist. Das führt automatisch dazu, daß es mich mit der Zeit auch erwischt. Entschuldigen Sie deshalb bitte meine etwas rauhe Stimme. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich der Frau Abgeordneten Witteler-Koch das Wort.

(B)

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vom Himmel hoch, da komme ich nicht her, und ich bringe auch keine gute Mär! Herr Hilgers hörte sich zwar gerade wie ein Weihnachtsmann an - das mag nicht nur an der Stimme gelegen haben -, doch seine frommen Wünsche, die er hier auch in bezug auf Kinderbetreuung äußerte, werden dann auch unter dem Weihnachtsbaum liegen, aber nicht erfüllt sein.

Meine Damen und Herren! Ähnliches betrifft auch die Aussagen des sogenannten Landesvaters Johannes Rau, der ja immer wieder und in jeder Regierungserklärung dafür gut ist, Forderungen aufzustellen, so im letzten Jahr Kindergartenplätze für dieses Land zu fordern, 100 000 an der Zahl, woraus dann die SPD-Fraktion ungeprüft und ohne Analyse der Bedarfe 125 000 machte und in diesem nun fast vergangenen Jahr 1991 ein Gesetz durchpeitschte, das meines Erachtens jetzt schon wieder renovierungsbedürftig ist. Wir werden im nächsten Jahr sicherlich sehen,

(C)

was sich davon im einzelnen wirklich in der Praxis durchführen läßt und was nicht.

Meine Damen und Herren! Die von diesem Gesetz betroffenen Menschen, nämlich die Eltern, werden sich spätestens ab 1. Januar wundern, was sich in der Entwicklung der Elternbeiträge tut. Das Land Nordrhein-Westfalen kommt dem jetzt mit einer eigens dafür produzierten Broschüre entgegen; denn bis heute ist ja wohl niemandem vor Ort so richtig klar geworden, wie die Situation ab dem 1. Januar aussehen wird.

Aber, meine Damen und Herren, was sich bis zur Regierungsfraktion mittlerweile durchgesprochen haben wird, ist die Belastung der Kommunen, obwohl man bisher kaum bereit ist, im einzelnen zur Kenntnis zu nehmen, welcher Druck auf den Kommunen lastet - nicht nur durch die generelle Umstellung der Finanzierung, sondern vor allen Dingen auch dadurch, daß die Kommunen jetzt mehr Planstellen einrichten müssen, um die Einkommen der Eltern zu überprüfen und sie entsprechend einstufen zu können. Das, meine Damen und Herren, ist für uns auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit; denn bei dieser Elternbeitragsstaffelung wird es sich bei 3 bis 5 % der Eltern einspielen, die über 96 000 DM verdienen und sich hier eventuell einer besonderen Überprüfung stellen müssen. Wir wissen ja aus der Vergangenheit mit den bisher gestaffelten Elternbeiträgen, daß es eben nur eine sehr kleine Gruppe war, die in den höheren Stufen zu finden war.

(D)

Wenn man sich einmal überlegt, daß für 3 bis 5 % dieser Verwaltungsaufwand eingerichtet werden soll, dann steht das in überhaupt keinem Verhältnis zueinander. Aber die Kommunen werden vom Land gezwungen, den Gürtel enger zu schnallen. Das alles läuft unter dem Stichwort "Kommunalisierung der Finanzmittel". Man bezieht sich dabei sehr charmant wiederum auf Bonn und erzählt hier etwas vom Kinder- und Jugendhilfegesetz, das die Autonomie der Gemeinden fördern und stärken soll. Aber das Land entscheidet ganz konkret und verfügt, daß die Kommunen die Kosten im einzelnen übernehmen müssen.

Aber auch weitere Gruppen sind von dieser Politik im Detail betroffen: die Erzieherinnen, die diese Gesetzgebung ausbaden müssen, die nach wie vor, orientiert

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

an den Problemen von Müttern, Vätern, Alleinerziehenden, versuchen müssen, die Kinderbetreuung in optimaler Form sicherzustellen. Die Probleme der Erzieherinnen, was Personalausstattung, was Vorbereitungszeit usw. angeht, sind überhaupt nicht geklärt.

Meine Damen und Herren, was bei dieser Kinderbetreuungspolitik, dieser Kinderpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen völlig fehlt, ist der Ansatz des Kindeswohls in Nordrhein-Westfalen. Gestatten Sie mir dazu diese Anmerkung! Wenn man hier anlässlich der 25-Jahre-Feier, dieser Lobhudelei, dieser Panegyrik, die hier am laufenden Band stattgefunden hat, dann lesen konnte, daß der Sohn von Johannes Rau seinen Vater fragte: Warum bist du nicht mehr zu Hause?, und es darauf dann keine konkrete Antwort nachzulesen gab, dann frage ich mich, wo die Glaubwürdigkeit dieser Politik des Landes Nordrhein-Westfalen, bezogen auf das Kind, zu finden ist.

Dieses Thema spielt bei all diesen Dingen in Nordrhein-Westfalen, bezogen auf Kinder-, Jugend- und Familienpolitik überhaupt keine Rolle, und es geht genau um diejenigen Kinder, die eben nicht in der glücklichen Situation sind wie die von Johannes Rau - mit Kindermädchen, mit einer Mutter, die tagtäglich zu Hause sein kann, die dann eben mit den Kindern redet und das auffängt, was der Vater vielleicht nicht leisten kann.

(B)

Wir müssen einmal an die Frauen und Männer und Alleinerziehenden denken, deren Kinder betreut werden müssen. Hier versagt meines Erachtens das Land Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Forderung nach einer optimalen Kinderbetreuung.

Meine Damen und Herren, die Lebensverhältnisse haben sich geändert. Wir haben einen Wandel in unserer Form des Lebens zu verzeichnen. Deshalb müssen wir sicherstellen, daß die Kinder, die eben zu Hause nicht optimal betreut werden können, eine ergänzende gute Betreuung finden. Auch da versagt dieses Zusammenspiel zwischen Familie und Schule, das wir uns immer gewünscht haben. Ich will hier nicht auf das Kienbaum-Gutachten und die Auswirkungen, Unterrichtsausfall an den Schulen usw., zu sprechen kommen.

(C)

Wir brauchen - und das schreibt Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, beispielsweise doch der DGB in seiner neuesten Resolution ins Stammbuch - eine optimierte Ganztagsbetreuung für alle Bereiche, für die unter drei Jahre alten Kinder, für die Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Da versagen Sie mit Ihrer Vorgabe dieses Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder völlig.

Diese Mängelliste ließe sich sicherlich weiter fortsetzen. Ich möchte nur einige Beispiele herausgreifen.

Sie verstehen es wunderbar, wenn es Defizite gibt und diese aufgedeckt werden, ad hoc mit einer Maßnahme zu reagieren. So sehe ich auch die Maßnahme der Einrichtung von Mädchenhäusern, die ja wieder beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales angesiedelt ist. Diese Maßnahme ist sicherlich zu begrüßen. Nur müssen wir künftig Mädchen, die eventuell mißhandelt werden, wünschen, daß sie entweder in Bielefeld oder in Düsseldorf wohnen, damit sie entsprechend betreut werden können. Das kann doch nicht wahr sein. Natürlich können Sie mit Recht sagen, dies sei nur ein Einstieg in die richtige Richtung. Ich denke jedoch, daß wir die Verpflichtung haben, vor allem auch die Pflicht haben, uns für eine Betreuung dieser betroffenen Mädchen einzusetzen. Dann reicht es einfach nicht, daß die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann immer wieder fordert, daß hier etwas getan wird, und zwar in den Bereichen Gewalt gegenüber der Familie, Gewalt gegenüber Kindern, Gewalt gegenüber Mädchen, und diese Mädchenhäuser zu fordern, sie aber letztlich nicht flächendeckend einzurichten.

(D)

Es ist hier, auch für meine Fraktion, einfach eine politische Entscheidung zu sagen: Das ist unser Konzept, das wollen wir letztendlich erreichen. Aber hier und da einen Tupper zu setzen, um sich mit diesem entsprechend präsentieren zu können, halte ich schlicht für eine Katastrophe, vor allem dann, wenn diese Mädchen sich hoffnungsvoll an die Landesregierung, an die Ministerin wenden und dann keine Hilfe erfahren.

Meine Damen und Herren, das Problem der Beratungsstellen hat Herr Rüsenberg ansatzweise angesprochen. Wir haben eine Fülle unterschiedlicher Beratungsstellen. Auch ich bin der Ansicht, daß wir

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

hier unbedingt versuchen sollten, zu professionalisieren. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen. Wir brauchen hier Hilfestellung für die Menschen, die eine Beratung benötigen, brauchen aber nicht Beratungen über Beratungen mit unterschiedlichsten Titeln, die dann letzten Endes vielleicht dasselbe ausführen.

Herr Minister Heinemann, Sie geben sich ja selten Mühe, sich im Detail mit den Aussagen der einzelnen Fraktionen, vor allen Dingen denen der Oppositionsfraktionen, zu beschäftigen. Da sind Sie recht eigenwillig - ich will nicht sagen: eigenartig. Aber wenn ich mir überlege, welche Maßnahmenkataloge von meiner Fraktion sowohl hier wie auch im Bundestag beispielsweise als flankierende familienpolitische Maßnahmen zu § 218 eingebracht worden sind, die wir sehr ernst nehmen! - Wir waren da auch die ersten, die ganz konkret gesagt haben, wir müssten hier ein hohes Volumen an Mitteln zur Verfügung stellen, wenn wir an dieser Stelle in der Tat helfen wollten, wenn wir auf der einen Seite dem Schutz des ungeborenen Lebens glaubwürdig gerecht werden wollten und auf der anderen Seite eben etwas tun wollten, der Frau die Entscheidung hier nicht leichter zu machen, sondern nahezu abzunehmen, indem sie optimal beraten wird. Ich denke, man kann da nicht von sozialer Kälte sprechen, wenn hier klar belegt ist, was wir wo im einzelnen wollen.

(B)

Nur, Herr Heinemann, solange Sie in Nordrhein-Westfalen mit dem Rumpelstilzchen zu vergleichen sind, so nach dem Motto: Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich Heinemann heiß' - weil es dann ja besser wäre, Sie nicht zu kennen, weil man Sie kennt mit Ihrer Politik eben nach diesem Rumpelstilzchen-Motto - wie immer Sie es drehen wollen - - Das trifft auch zu für Ihren Kinderbeauftragten, Herrn Dr. Eichholz, Herr Heinemann. Nicht zuletzt waren es die Oppositionsfraktionen, die den Kinderbeauftragten nach vorn gebracht, die dafür gesorgt haben, daß das Land Nordrhein-Westfalen hier endlich einmal mit kinderpolitischen Maßnahmen kommt und damit den Kinderbeauftragten bekannt macht.

Ich denke, meine Damen und Herren, daß das KJHG, das nun das Jugendwohlfahrtsgesetz zum 1. Januar 1991 abgelöst hat, weitere Veränderungen der Gesetzgebung auf Landesebene unbedingt nach sich ziehen muß. Wir fordern die Landesregierung auf, ein

(C)

entsprechendes Gesetz zügig vorzulegen und dabei darauf zu achten, daß es sich nicht lediglich um eine Art Erweiterung des Landesjugendplans handelt, sondern daß vielmehr die genannten Arbeitsfelder zu echten Leistungen im Sinne des Grundgedankens des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ausgestaltet werden.

Wir können uns hier nicht mit dem Satz, mit der Äußerung aus der Verantwortung ziehen: Es gibt nur ein Leistungsbild, das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - das ja zu Lasten der Kommunen etabliert worden ist. Hier werden wir vielmehr sicherlich überlegen müssen, wie wir in Zukunft die Prioritäten setzen und wie wir das auch finanziell leisten können.

Meine Damen und Herren, ich denke, es wird sehr wichtig sein, die Konzeption für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im weiteren analog zum Kinder- und Jugendhilfegesetz im einzelnen zu verfolgen und hier auch aktiv mitzugestalten.

Ich denke, daß diese Einzelaktion der GRÜNEN, die wir auch semantisch betrachten sollten, so nicht im Raume stehenbleiben sollte. Denn wenn wir, um das Beispiel der Homosexuellen aufzugreifen, für diese Gruppe etwas tun wollen, dann hat es sicherlich überhaupt keinen Zweck, demotivierend zu sein, indem Sie mit einem solchen Genuß immer wieder von Lesben und Schwulen sprechen.

(D)

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: "Schwule", Frau Kollegin!)

Damit verändern Sie die Einstellung der Gesellschaft zu den Homosexuellen sicherlich nicht. Ich denke, Sie machen das in einer Art und Weise, die eher negativ wirkt, als daß Sie hier positive Ansätze weitergeben.

Präsidentin Friebe: Frau Witteler-Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Appel?

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Nein, denn ich denke mir, Frau Präsidentin, daß die Diskussion im Ausschuß zu diesem Thema schon ergiebig genug war. Herr Kollege, ich meine, daß wir an diesem Punkt auch nicht weiterkommen, weil Sie dieses Thema mit einer Süffisanz behandeln, die die Ein-

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

stellung in den Köpfen der Menschen sicherlich nicht ändert.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Das ist ja ungeheuerlich, was Sie da erzählen! Wie gehen Sie denn mit Minderheiten um?)

Meine Damen und Herren, es gab eben einen Ansatz zur Frauenpolitik. Frau Speth und andere gingen kurz darauf ein. Wir sehen an diesem Beispiel wieder einmal hervorragend, wie sehr Kinder-, Jugend- und Familienpolitik mit Frauenpolitik zu verknüpfen sind.

Deshalb möchte ich hier noch einmal die Forderung der F.D.P. wiederholen: Wir sind für die Auflösung des Frauenministeriums, und zwar nicht nur aus den finanziellen Erwägungen heraus, sondern weil wir sagen, daß hier ein Volumen an Mitarbeitern zur Verfügung gestellt wird, das bei weitem nicht das leistet, was es leisten könnte.

Den Einzelplan 11 werden wir morgen noch im Detail beraten; es sind aber eben nur so viele Einzelmaßnahmen im Einzelplan 07 enthalten, daß ich sagen würde, es wäre gar nicht so schlecht, wenn diese beiden Bereiche wieder zusammengefaßt würden.

(B) Wegen der Konzeptionslosigkeit der Landesregierung wird meine Fraktion auch diesem Einzelplan nicht zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Scheffler.

Abgeordnete Scheffler (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In 20 Tagen ist Silvester. Nicht nur ich, sondern viele freuen sich sicher auf "Dinner for one". Dinner for one und unsere Haushaltsberatungen haben den einen Satz gemeinsam: The same procedure as last year!

(Beifall und Zuruf von den GRÜNEN: Every year!)

(C)

Vor allen Dingen was den Landesjugendplan angeht, ist das ausgesprochen bedauerlich. Der Kollege Rösenberg hat eben schon gesagt, daß Sie durch Ihre "taktischen Spielchen" - wie ich sie etwas böse nennen möchte - immer verhindern, daß wir über Erhöhungen im Landesjugendplan reden. Erst werden Kürzungen vorgenommen, und dann kann Heinz Hilgers mit dem Arbeitskreis der SPD als Rächer der Enterbten auftreten und sagen: "Wir haben es gerade noch retten können."

Dabei reden wir gar nicht über Erhöhungen, sondern wir reden nur darüber, das Schlimmste zu verhindern, und das in einer Situation, in der wir eben nicht nur das Problem der Tagesstättenbetreuung für Kinder, sondern in der wir auch eine teils schlimme Situation für Jugendliche haben. Wie zum Beispiel Klaus Hurlmann in seiner letzten Studie festgestellt hat, sind immer mehr Jugendliche orientierungslos, sehen sich der Bedrohung durch Kriege und Umweltgefahren ausgesetzt und fühlen sich verunsichert.

Diese Dinge treffen Jugendliche zum Teil viel schlimmer als Erwachsene. Es ist deshalb so gedankenlos, gerade an solchen Punkten zu kürzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Die langfristigen Kürzungen von 4 Millionen DM, die für den Landesjugendplan vorgesehen sind und demnächst jährlich eingespart werden sollen, sind von der Landesregierung nicht dementiert worden. Vielleicht geschieht das ja gleich noch.

Ich will für 1992 einmal konkrete Zahlen nennen: Für die Förderung der Offenen-Tür-Arbeit, die ein zentraler Punkt der Jugendarbeit ist, sah der erste Entwurf der Landesregierung zunächst ein Plus von 1,3 Millionen DM vor. Dann kam der Nachtragshaushalt mit der Kürzung in Höhe von 200 000 DM. Die SPD-Fraktion hat dem Antrag - darum ging es sowohl in einem Antrag der CDU als auch der GRÜNEN -, diese Kürzung um 200 000 DM zurückzunehmen, nicht zugestimmt. Sie haben sowohl den CDU-Antrag als auch unseren Antrag abgelehnt. Das heißt: Wir haben für die Offene-Tür-Arbeit jetzt noch einen Zuwachs von ca. 1,5 %.

(A) (Scheffler [GRÜNE])

Es handelt sich bei diesem Bereich um einen ausgesprochen personalintensiven Punkt. Wir haben im letzten Jahr Lohnsteigerungen von 6 % gehabt, die nicht ausgeglichen worden sind. Da man jetzt schon absehen kann, welche Tarife angepeilt werden, werden wir mindestens noch einmal 6 % in den nächsten Jahren bekommen. Wie wollen Sie demgegenüber mit einer Steigerung von 1,5 % auch nur annähernd den Bestand sichern? - Sie selber haben in Ihrer Studie über die Situation türkischer Mädchen und Freizeitangebote für türkische Mädchen festgestellt, daß es dringend erforderlich wäre, Angebote für diesen Personenkreis vorzuhalten. Wie wollen Sie zusätzliche spezielle Angebote finanzieren, wenn Sie effektiv kürzen? - In einem Bereich, in dem Sie mit Personalkosten zu tun haben, ist Gleichstand oder eine Erhöhung von 1 % effektiv eine Kürzung.

Wir finden das ausgesprochen bedauerlich und meinen, die Tariferhöhung müßte dort jedes Jahr mindestens eingerechnet werden.

Ein weiterer Punkt: Sie haben den Posten Verdienstausschlag für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen zwar um ca. 4 % erhöht; aber auch das reicht nicht aus, um nur die Tariferhöhungen auszugleichen. Das bedeutet für die Träger ganz konkret, daß sie, falls sie nicht bereit sind, selber zuzuzahlen, eine Reduzierung der Anzahl der Tage vornehmen müssen, an denen sie ehrenamtlichen Mitarbeitern in Kinder- und Jugendfreizeiten den Verdienst ersetzen. Das bedeutet wiederum, daß Jugendliche die Leidtragenden sind, für die gerade - wie die Entwicklung im Jugendbereich zeigt - die Ferienfreizeit eine wichtige Funktion hat, weil dort für die Mitarbeiter die Gelegenheit besteht, engeren Kontakt mit Jugendlichen zu knüpfen und Vertrauen aufzubauen.

Die Investitionskostenzuschüsse für die Häuser der offenen Jugendarbeit sind ganz gestrichen worden. An dieser Stelle kommt dann das Zauberwort von der Kommunalisierung. Wir meinen: Solange man den Kommunen für diese Aufgaben, die sicherlich zu ihren ureigenen Aufgaben gehören, nicht mehr Geld zur Verfügung stellt, mit dem sie diese Aufgaben dann erledigen können, solange muß das Land Mittel zur Verfügung stellen, damit zumindest ein Teil der notwendigen Investitionszuschüsse geleistet wird.

(B)**(C)**

Nach Aussagen der Landesarbeitsgemeinschaft der Offenen Türen führt das dazu, daß mittlerweile etliche Häuser im Land in einem sich immer weiter verschlimmernden Zustand sind, so daß sie geschlossen werden müssen, und zwar nicht etwa, weil kein Personal da ist, sondern weil die Räumlichkeiten nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Hört! Hört!)

Noch bei den letzten Haushaltsberatungen gingen wir davon aus, daß das 3. AG-KJHG noch in dieser Legislaturperiode kommen wird. Es kommt nun aber - dazu können Sie, Herr Minister, ja noch etwas sagen - offensichtlich nicht.

Die Gefahr, daß der Landesjugendplan bei den Haushaltsberatungen weitgehend Spielball von Einzelsituationen ist, die Jahr für Jahr zu einer Verunsicherung der Jugendarbeit führen, kann nur durch ein weiteres Ausführungsgesetz bzw. Leistungsgesetz abgebaut und verhindert werden.

Die Frauenministerin, Frau Ridder-Melchers, hat auf einer Veranstaltung in Bochum gesagt, die Jugendarbeit brauche eine klare finanzielle Absicherung und nicht jährlich neue haushaltspolitische Veränderungen.

(D)

Für die Kommunen heißt Kürzung oder auch nur der Gleichstand im Jugendhilfebereich, daß sie jetzt abwägen müssen. Sie müssen nach dem neuen GTK die neuen Kindergartenplätze schaffen - wofür wir ja auch ausdrücklich sind -, sie haben aber effektiv weniger Mittel in der Kasse. Die Kämmerer werden einen Teufel tun und den Jugendhilfetopf als solchen deutlich erhöhen. Das heißt: Wir kommen in die schlimme Situation, daß das Bedürfnis von Eltern nach Tagesstätten gegen die Bedürfnisse Jugendlicher ausgespielt wird.

Solange wir das 3. AG-KJHG nicht haben, wird es so sein, daß die Kommunen neue Kindergartenplätze schaffen, die Jugendarbeit aber nicht mehr als ihre Pflichtaufgabe ansehen und daher hier eher zu kürzen bereit sind. Daß dies auf Kosten der Jugendlichen geht - die sich vielleicht im Moment noch nicht wehren, weil sie den Überblick nicht haben, und die auch nicht eine so starke Lobby haben wie kleine Kinder, deren Eltern eine Betreuung einfordern -, ist aus

(A) (Scheffler [GRÜNE])

unserer Sicht besonders bedauerlich. Wir hoffen, daß sich die Jugendhilfeausschüsse dagegen wehren.

Zum Kindertagesstättengesetz! Ich wundere mich, Herr Rüsenberg, daß Sie das nicht angesprochen haben.

Wir haben am 2. Oktober dem SPD-Entschließungsantrag betreffend Ausbauprogramm Kindertageseinrichtungen zugestimmt. Der Landtag hat dazu beschlossen, daß VE für 100 000 neue Plätze eingestellt werden sollen. Im Haushaltsplan stehen aber nur VE für 75 000 neue Plätze. Herr Hilgers hat dazu im Ausschuß gesagt, das wäre Unsinn, im nächsten Jahr würden ja doch nicht alle Anträge laufen und er sei dagegen, Geld für "Gespensterplätze" - so ähnlich haben Sie sich ausgedrückt - einzustellen; außerdem hätten Sie sich rechtskundig gemacht, und so, wie es im Antrag stehe, sei es nicht nötig. Ich weiß nicht, wofür wir dann den Beschluß gefaßt haben.

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: War gut gemeint!)

(B)

Ich denke, daß es schon ein Unterschied ist, ob im Haushalt VE bis einschließlich 1995 stehen, denn damit hätten wir es jetzt festgeklopft, oder ob man sich darauf verläßt, daß die VE im nächsten Jahr eingestellt werden, wodurch sie zunächst aber wieder zur Disposition gestellt wären. Wir sollten uns als Parlament fragen, ob wir nicht daran festhalten sollten, daß Beschlüsse von der Landesregierung umgesetzt werden. Ich empfinde das als Armutszeugnis, auch wenn das Ganze erst 1995 stattfinden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie gehen davon aus, daß im Jahr 1995 für 90 % aller Kinder ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Wir sind da skeptisch. Angesichts der demographischen Entwicklung - es werden wieder mehr Kinder geboren - und der Tatsache, daß immer noch täglich Zuwanderinnen zu uns kommen, werden die Plätze, die Sie jetzt zur Verfügung stellen, nicht einmal ausreichen, um 90 % aller Kinder zu versorgen. Wir meinen, daß wenigstens die Eltern der Kinder, die 1992 geboren werden, sicher sein müssen, daß sie einen Platz für ihre Kinder bekommen. So weit sollte Landespolitik eigentlich vorausplanen können.

(C)

Wir haben noch weitere Mittel beantragt und dafür Deckungsvorschläge vorgelegt. Es wäre schön gewesen, wenn Sie sich den entsprechenden Anträgen angeschlossen hätten.

Für unter Dreijährige sind für das nächste Jahr 1 000 neue Plätze veranschlagt. Wenn wir tatsächlich jährlich 1 000 Plätze schaffen, braucht es immerhin sieben Jahre, um das zu erreichen, was im Familienbericht als unterste Grenze angegeben wird. Das ist aus unserer Sicht ein viel zu langer Zeitraum, weil alleinerziehende Väter und Mütter jetzt überhaupt nichts davon haben.

Es scheint immer fraglicher, ob die eigentlichen Ziele des GTK erreicht werden können. Wir sehen ja jetzt schon die Probleme in den Kommunen. Die Tatsache, daß der Städtetag nicht bereit ist, die Vereinbarung zu unterschreiben, bedauern wir ausdrücklich. Ich schließe mich dem Appell an, daß die Kirchen und der Städtetag jetzt dafür zu sorgen haben, daß die personellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das führt aber zum Beispiel in Bochum dazu, daß die Stadt sagt: Wir haben das Geld entweder für mehr Personal oder für mehr Plätze. - Sie können mit dem Kopf schütteln, Herr Hilgers. In den Kommunen wird jetzt schon Qualität gegen Quantität ausgespielt. Genau das haben wir befürchtet.

(D)

Herr Hilgers, wenn Sie sagen, Sie wüßten jetzt schon, daß in Dormagen an Betriebskosten gespart werde, sage ich Ihnen: Das können Sie noch gar nicht wissen, denn Sie wissen noch nicht, wie die Vereinbarung aussehen wird.

(Abgeordneter Dr. Twenhöven [CDU]:
Er hat es selbst gerechnet!)

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete Scheffler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Hilgers?

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Ja bitte!)

- Bitte schön!

(A)

Abgeordneter Hilgers (SPD): Verehrte Frau Kollegin Scheffler, sind Sie bereit anzuerkennen, daß in den städtischen Kindergärten in Dormagen bereits seit längerem zwei Kräfte pro Gruppe beschäftigt sind?

Abgeordnete Scheffler (GRÜNE): Gut, da habe ich eine Bildungslücke. Sie sollten vielleicht die Öffentlichkeit mehr darüber informieren, was in Dormagen läuft.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Twenhöven
[CDU])

Ein weiterer Punkt: Uns allen ist die Broschüre der Landesregierung "Mehr Plätze für Kinder" ins Fach geflattert. Herr Minister, ich muß Ihnen ehrlich sagen: Wenn ich Träger einer Einrichtung wäre oder in einer Kommune aktiv Jugendpolitik machen würde, würde ich die Broschüre nicht verteilen. Ich finde sie einfach ärgerlich.

Die Tendenz der ganzen Broschüre ist, daß nur das Land Plätze schafft und dafür verantwortlich ist, daß Plätze geschaffen werden. Wir schaffen doch nicht mehr als die Rahmenbedingungen! Wir sind darauf angewiesen, daß Menschen vor Ort die Initiative ergreifen, daß sie - wie in Elterninitiativen - sogar selbst die Organisation übernehmen, und wir sind auf die Bereitschaft der Kommunen angewiesen, neue Plätze zu schaffen. Sie aber schreiben einen Text, der den Eltern suggeriert, nur das Land sei dafür verantwortlich, Plätze zu schaffen. Es tut mir leid, das finde ich nicht redlich. Während das Land ja mit festen Summen operieren kann, wissen die Gemeinden - mit Ausnahme von Dormagen - noch nicht, worauf sie sich einlassen.

Es ist aus unserer Sicht gesellschaftlich erforderlich, beide Bereiche auszubauen, sowohl den Kindertageseinrichtungsbereich also auch den Jugendhilfebereich. Darum halten wir es für eine politische Fehlentscheidung, wenn jetzt eine Situation entsteht, in der die Mittel nur für den einen oder nur für den anderen Schwerpunktbereich ausgegeben werden können. Wir würden uns wirklich wünschen, daß im nächsten Jahr deutlich Akzente für die Jugendarbeit gesetzt werden könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin! - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird sichtlich immer schwieriger, bei knapper werdenden Mitteln Sozialpolitik zu betreiben. Wir sind dadurch gezwungen, auch im sozialen Bereich, im Familienbereich, im Kinderbereich Schwerpunkte zu setzen.

Lassen Sie mich zu Beginn betonen, daß es für mich sehr wohltuend war, mit welcher Sachlichkeit, aber auch Konsequenz Herr Rösenberg für seine politischen Vorstellungen eingetreten ist. Wir haben in vielen Fragen unterschiedliche Auffassungen, Herr Rösenberg. Es ist dann auch unsere Aufgabe, uns hier im Plenum mit diesen unterschiedlichen Auffassungen zu beschäftigen. Ich darf Ihnen sagen: Es war ein wohltuender Unterschied zu dem, was an Halbwahrheiten, Falschdarstellungen und Angriffen anonymer Informanten von Herrn Arentz hier gegen mich gebracht worden ist. Insofern bin ich Ihnen für diese Sachlichkeit sehr dankbar, und ich werde versuchen, all das, was mir am Herzen liegt, hier ebenso sachlich zu sagen.

Neben den finanzpolitischen Herausforderungen sind die Änderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit von mindestens gleichwertiger Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Debatte des Fünften Landesjugendberichts habe ich diesen Wandlungsprozeß ausführlich dargestellt. Ich rufe stichwortartig in Erinnerung: mehr Einkindfamilien, Zunahme der Zahl der Alleinerziehenden und die wachsende Zahl von Stieffamilien. Von großer Bedeutung ist aber auch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen. Politik und Gesellschaft sind herausgefordert, durch geeignete Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen.

Aus alledem leiten wir für die Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder hohe Ansprüche an Qualität und Umfang unserer Tageseinrichtungen ab.

(C)

(B)

(D)

(A) (Minister Heinemann)

Der Landtag hat dafür in diesem Jahr die entscheidenden Weichen gestellt. Lassen Sie mich deshalb auch zu unserem Kindertagesstättengesetz einige Bemerkungen machen! Wir haben damit eine solide und zukunftsweisende gesetzliche Grundlage geschaffen. Erste Erfolge werden bereits sichtbar. Dazu nur ein Beispiel: Landesweit bahnen sich Kooperationen zwischen freien Trägern der Jugendhilfe und Betrieben zur Errichtung von Betriebskindergärten an.

Bei der Verbesserung der Personalausstattung in unseren Einrichtungen tun wir alles in unseren Kräften Stehende, um alsbald zu einem Abschluß zu kommen. Wir sind bereit, unseren finanziellen Anteil zu tragen. Nun erwarte ich auch von den freien Trägern und den Kommunen, daß sie Nägel mit Köpfen machen.

Frau Witteler-Koch, hier ein erstes Mal an Ihre Adresse! Sie müßten doch langsam begriffen haben, daß ich über das Gesetz diese Frage nicht regeln kann, sondern daß ich versuchen muß, in Vereinbarungen zu einer Regelung mit den Trägern zu kommen. Ich bin gern bereit, Sie noch einmal im einzelnen darüber zu informieren - in meinen 15 Minuten Redezeit verbleibt mir dafür nicht die Zeit -, in der Hoffnung, daß Sie das wirklich einmal begreifen. Ich darf Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Es ist auch keine Methode, hier immer wieder gegen etwas zu wettern - ich habe Ihnen das schon einmal gesagt -, ohne überhaupt bei der Gesetzgebung eigene Vorschläge zu machen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ihre Vorschläge waren gleich Null. Das will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit feststellen.

(Zuruf der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

Um die berufliche Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern zu garantieren, sind wir dabei, zusammen mit dem Kultusminister ein entsprechendes Programm zu verwirklichen. In guter fachlicher Zusammenarbeit zwischen allen Trägern und unserem sozialpädagogischen Landesinstitut werden die pädagogischen Standards fortlaufend weiter verbessert und neuen Anforderungen angepaßt. Ich denke dabei an

(C)

Aussiedlerkinder im Kindergarten, ich denke dabei an Natur im Kindergarten, ich denke auch an das Schulkinderhaus.

Neben diesen wichtigen qualitativen Fortschritten ist unser Ausbauprogramm der entscheidende Schritt nach vorn. Im nächsten Jahr stehen für die Gemeinden Zuweisungen zu Investitionen in Tageseinrichtungen für Kinder in Höhe von 158,57 Millionen DM bereit. Die Verpflichtungsermächtigungen sind von bisher 102,2 Millionen DM im Rahmen des Ausbauprogramms auf 466,62 Millionen DM erhöht worden. Damit ist für die Städte und Gemeinden für die nächsten Jahre Planungssicherheit garantiert.

Frau Scheffler, es ist falsch, wenn Sie uns unterstellen, wir hätten in der Broschüre nur uns in den Vordergrund gestellt. Vielmehr haben wir zu den Investitionskosten ganz deutlich gesagt: Das Land trägt 50 % der Investitionskosten, das Jugendamt 25 % und der Träger ebenfalls 25 %, und für finanzschwache Träger gibt es eine besondere Regelung. Ich sehe Frau Scheffler im Moment nicht und bitte deshalb, ihr zu übermitteln, daß die von ihr aufgestellten Behauptungen falsch sind.

Wir können also Jahr für Jahr 25 000 neue Kindergartenplätze einrichten. Das bedeutet, daß alle ordnungsgemäßen Anträge auf Bezuschußung von neuen Kindergartenplätzen, die bis gestern vorlagen, bewilligt werden können. Sie können mich da beim Wort nehmen. Das hat es in der Vergangenheit noch nicht gegeben.

(D)

Frau Witteler-Koch, Sie sagen, wir hätten das Gesetz durchgepeitscht und die Kommunen wären jetzt die Zahlmeister für die Kindergärten. Das ist Quatsch. Es ist ausgesprochener Blödsinn, so etwas zu behaupten.

(Zuruf der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

- Es ist ausgesprochener Blödsinn. Das sage ich Ihnen in Deutlichkeit. Bei den Betriebskosten sparen die Kommunen gegenüber der bisherigen Regelung pro 100 DM Betriebskosten 5 DM. Das ist eine wesentliche Verbesserung. Herr Hilgers hat Ihnen das ja vorgerechnet.

(A) (Minister Heinemann)

Bei den Investitionskosten ist Ihre Aussage ebenfalls falsch. Auch das muß ich Ihnen deutlich sagen. Denn das Land übernimmt 50 % der Investitionskosten für den Kindergartenplatz. Um zu wissen, daß es teurer ist, wenn ich 1 000 Kindergärten statt 100 in einer Kommune baue, dazu brauche ich nicht einmal das große Einmaleins zu kennen, sondern das kann ich mit der Hälfte des kleinen Einmaleins errechnen.

(Zuruf von der CDU)

Verehrte Kollegin, der Professor nimmt die Mengenlehre, kann ich mir vorstellen, und kommt da mit Sicherheit zu falschen Ergebnissen. Als Professor!

Nun sage ich Ihnen: Wir geben unseren Anteil für die 1 000 Plätze. Daß das für die Kommunen auch mehr kostet, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Bisher war es immer so, daß die Kommunen gesagt haben, das Land finanziert nicht, deshalb können wir das nicht machen. Jetzt wollen wir einmal sehen, wie die Kommunen bereit sind, hier die Mitfinanzierung zu übernehmen. Ich würde Sie auch bitten, wiederum bei Ihrer Behauptung, das Gesetz sei durchgepeitscht worden und Sie hätten keine Möglichkeit gehabt, dazu etwas zu machen, daran zu denken, daß Sie Ihre Möglichkeit bei diesen Beratungen nicht genutzt haben - ich sage das in aller Deutlichkeit - und jetzt wieder anfangen, mit falschen Behauptungen das Gesetz schlecht zu machen. - So, da war eine Frage.

(B)

Präsidentin Friebe: Ja, der Herr Abgeordnete Rüsberg würde gerne fragen. - Bitte schön!

Abgeordneter Rüsberg (CDU): Etwas zurückgreifend, Herr Minister: Sie haben eben die Aussage gemacht, daß die Mittel ausreichen, um alle Anträge entsprechend bewilligen zu können. Meine Frage konkret: Heißt das auch, daß der Antragsstau aus dem Jahre 1991 in einer Größenordnung zu Beginn des Jahres von 800 Millionen DM - Landesanteil 400 Millionen DM - auch abgearbeitet werden kann?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Rüsberg, ich habe die Landschaftsverbände gebeten, mir die Listen aller vorliegenden

(C)

Anträge vorzulegen. Die Landschaftsverbände waren dazu bis heute nicht in der Lage. Dies sind über 600 Millionen DM. Ich habe gesagt, das, was bis gestern an Anträgen vorgelegen hat, ist abzuarbeiten. Wobei ich sage: Nicht in der Bezuschussung 1992 in der vollen Höhe, sondern in der Festsetzung, wann in den nächsten Jahren die Mittel fließen. Ich sage das deutlich, und ich werde noch einmal Druck machen, daß ich alle vorliegenden Anträge von den Landschaftsverbänden bekomme, die auch dementsprechend geprüft sind. Ich hoffe, daß die Landschaftsverbände diese Forderung, die ich gestellt habe, auch möglichst bald erfüllen. Ich hatte gehofft, ich hätte es bis heute schon. Dann hätte ich Ihnen hier auch Einzelergebnisse nennen können, denn jeder hat ja ein Interesse, seinen Kindergarten dabei zu sehen.

Lassen Sie mich noch sagen: Auch in den Bereichen Hort und Plätze für unter Dreijährige kommen wir gut voran. 1 300 plus in 1992 bei den Horten, und bei den unter Dreijährigen ein Plus von ca. 1 000 Plätzen, um auch nur dieses zu erwähnen.

Auch unsere Leistungen für die Betriebskosten unserer Tageseinrichtungen können sich sehen lassen. Sie steigen im nächsten Jahr um weitere 57,14 Millionen DM auf dann 762,24 Millionen DM. Ich scheue mich auch nicht zu sagen, daß ich auf diesen finanziellen Kraftakt des Landes zum Wohle unserer Kinder und Familien stolz bin. Er ist in der Bundesrepublik beispiellos, auch wenn Sie es nicht hören wollen. Ich komme auch noch einmal auf ein Zitat des Vorsitzenden der Liga, des Prälaten Berghaus aus dem Bistum Essen, zurück, der gesagt hat: Das ist das beste Kindertagesstättengesetz in der Bundesrepublik Deutschland.

(D)

(Abgeordneter Rüsberg [CDU]: Herr Berghaus hat das gesagt?)

- Ja, fragen Sie ihn. Wenn er es nicht bestätigen sollte, machen wir ein Gespräch zu dritt, Herr Rüsberg.

(Zuruf des Abgeordneten Rüsberg [CDU])

Dann machen wir ein Gespräch zu dritt. Wenn ich etwas sage, wie gesagt, ist das nicht irgendwie anonym, sondern dann stehe ich dazu auch.

(A) (Minister Heinemann)

Auch im Bereich des Landesjugendplans brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Trotz der allen bekannten finanziellen Zwänge wird er auf hohem finanziellen Niveau fortgeführt. Er steht unangefochten an erster Stelle im gesamten Bundesgebiet und kann dem Bundesjugendplan weiterhin das Wasser reichen.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Minister Heinemann: Ich habe nur noch, wie ich sehe, fünf Minuten Zeit!)

- Ihre Entscheidung!

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Ich werde meine Rede sonst nicht zu Ende bekommen, weil ich, wenn Sie mich mahnen, Schluß zu machen, das auch sehr ernst nehme.

Allein der Anteil des Jugendministeriums am Landesjugendplan wird sich 1992 auf 189,9 Millionen DM summieren. Frau Scheffler, das sind nicht weniger, sondern das sind 2,6 Millionen DM für den gesamten Landesjugendplan mehr.

(B)

Natürlich räume ich ein, daß in einigen Bereichen Kürzungen vorgenommen worden sind. Aber dabei handelt es sich ausdrücklich nur um quantitative Anpassungen an den zurückgegangenen Bedarf. Die jugendpolitisch notwendige Infrastruktur bleibt im ganzen Land in ihrer Substanz erhalten, und dabei hilft, daß in diesem Jahr bereits eine tarifliche Verbesserung in den personenbezogenen Haushaltsansätzen berücksichtigt wurde.

Unabhängig von den finanziellen Überlegungen arbeiten wir zielstrebig in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendarbeit an einer neuen Struktur und inhaltlichen Fortschreibungen. Einige zentrale Stichworte aus der Diskussion: Ausbau der Förderung von Mädchen, gezielte Angebote für die unter 14jährigen und intensive Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule. Diese Diskussionen werden 1992 zu ersten konkreten Ergebnissen führen.

(C)

Neben unseren gezielten Antworten auf Veränderungen in der Familien- und allgemeinen Gesellschaftsstruktur setzen wir auch in anderen Bereichen Akzente. So haben wir in Nordrhein-Westfalen früher als andere Bundesländer Maßnahmen gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen und gegen sexuellen Mißbrauch ergriffen. Im nächsten Jahr werden zwei sogenannte Mädchenhäuser in Bielefeld und in Düsseldorf sowie eine weitere Kinderschutzambulanz in Münster mit Landesförderung eingerichtet. Diese neuen Zufluchtsstätten werden 1992 mit den bereits arbeitenden 14 Anlaufstellen und der Düsseldorfer Kinderschutzambulanz zu einem wirkungsvollen Netzwerk verknüpft.

Die Arbeit in diesen wichtigen Einrichtungen wird durch eine Qualifizierung der Beratungsfachkräfte und aktuelle Aufklärungsmaterialien für die verschiedenen Zielgruppen flankiert. Es ist nicht übertrieben, wenn Fachleute diese differenzierte, ineinandergreifende Angebotspalette schon jetzt für bundesweit einzigartig halten, und es ist falsch, Frau Witteler-Koch, hier zu sagen, wir hätten das spontan gemacht. Wir haben darauf zielgerichtet hingearbeitet.

Wenn man in diesen Tagen von Gewalt spricht, kann man an den verabscheuungswürdigen Übergriffen gegen unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht vorbeigehen. Ich begrüße, daß schon in diesem Jahr zahlreiche Jugendverbände und kommunale Jugendämter die Gegenbewegung tatkräftig unterstützt haben. Es erweist sich, daß die Landesmittel, die seit Jahren in die Jugendbildungsarbeit und die offene Jugendarbeit fließen, hier gut angelegt sind. Die zusätzlichen Mittel zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit aus dem Sozialetat - in dem Titel sind 1 Million DM plus 300 000 DM Verpflichtungsermächtigung - werden zumindest zum Teil auch der Jugendarbeit zugute kommen.

(D)

Auch in der Familienpolitik hält die Landesregierung klaren Kurs. Dafür wieder nur ein Beispiel: In den rund 100 Ehe- und Lebensberatungsstellen sowie in den 210 Erziehungsberatungsstellen unseres Landes suchten und fanden in diesem Jahr rund 110 000 Menschen Rat und Hilfe.

(A) (Minister Heinemann)

Dieses umfassende und voll angenommene Beratungsnetz werden wir 1992 weiter ausbauen. Ich frage Sie, wo etwas Derartiges heute schon existiert?

Zusammen mit der Frauenministerin werden zusätzliche Beratungsstellen für Frauen eingerichtet. Die hohe Nachfrage zeigt, wie effizient und bürgernah diese besonderen Hilfen arbeiten. Beratung wie auch die Familienbildung sind ureigene Aufgaben des Landes; dazu steht die Landesregierung.

Anders sieht es bei der gebetsmühlenartig wiederholten Forderung nach Einführung eines Landeserziehungsgeldes aus. Das Land hat keinerlei Verständnis für die Bundesregierung, die sich hier aus der Verantwortung stehlen will.

Lassen Sie mich kritisch ergänzen: Die Bundesregierung entwickelt sich zum Weltmeister in Formulierungen immer neuer Ansprüche, die sie dann aber anderen Schuldnern aufbürden will. Das war in vielen Fragen so. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, daß wir das nicht tun.

(B) Sie haben mich nach dem Ausführungsgesetz zum KJHG gefragt. Das geht nur mit Festlegung der Leistungen, die dann die Kommunen betreffen. Deshalb habe ich Bauchschmerzen, ein Leistungsgesetz gegen den Willen der Kommunen zu machen, die sich dagegen wehren, weil erhebliche Belastungen auf sie zukommen. Da muß ich auch einmal die CDU fragen, ob sie diese Belastungen für die Kommunen akzeptiert und ob sie sich dahinterstellt.

Die kommunalen Spitzenverbände wehren sich wegen dieser Kostensituation ebenfalls dagegen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Hüls.

Abgeordnete Hüls (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt im Einzelplan 07 den Bereich für Kinder, Jugend und

(C)

Familie diskutieren, für den wir hier zuständig sind, so ist der Anteil von 2 bis 2,5 % bei einem Gesamthaushalt von 73 Milliarden DM sicherlich in den wichtigen Bereichen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sehr verbesserungswürdig.

Wir kennen die finanzielle Enge des Haushaltes. Wir wissen, daß bereits heute jede zehnte DM für die Zinsen der 107 Milliarden DM Schulden gezahlt werden müssen. Wir kennen seit Jahren die Schuldzuweisungen der Landesregierung ob dieser Misere. Zuerst war es die Steuerreform, jetzt ist es der Solidarbeitrag für die neuen Länder. Erstaunlich allerdings, daß die Landesregierung und die sie tragende SPD-Fraktion immer wieder Geld zur Verfügung haben für ihre ideologischen Lieblingkinder und für ihre PR-Abteilung zum Vermarkten ihrer mißlungenen Politik.

So war das jetzt zu Ende gehende Jahr mit der Verabschiedung des Kindertagesstättengesetzes dafür geradezu ein Musterbeispiel. Jahrelang haben wir als CDU-Fraktion von der Landesregierung gefordert, im Bereich der Kinderbetreuung endlich die notwendigen Schritte einzuleiten. Seit unserer Großen Anfrage zur Situation der Kindertagesstätteneinrichtungen 1985 wußten alle im Lande, daß laut Landesregierung über 88 000 Kindergartenplätze zur Deckung der Nachfrage fehlten. Die CDU hat bei den Haushaltsberatungen immer wieder Anträge gestellt, um Geld für die zusätzlichen Plätze bereitzustellen. Fehlanzeige bei der SPD-Mehrheitsfraktion. Wahlkampfparolen wurden uns dann unterstellt.

(D)

Nur 1990, nach der Landtagswahl, hat die SPD dann zugegeben, daß 100 000 Plätze fehlen; der Ministerpräsident versprach, Mittel für 100 000 neue Plätze bis 1995 bereitzustellen. Voller Spannung warteten dann die Fachleute auf die Gesetzesvorlage zum GTK. Als der Regierungsentwurf, unterschrieben vom Ministerpräsidenten, vorgelegt wurde, machte sich ungläubiges Entsetzen breit.

Sollte das der große Wurf sein - die richtungsweisende Politik über das Jahr 2000 hinaus? Ein Aufschrei ging durch das Land. Für den 8. Juli war die Anhörung geplant. Die SPD-Fraktion strickte eifrig an Verbesserungen, die noch vor der Anhörung verschickt wurden, um das Schlimmste zu verhindern. Es hat nur nicht viel genützt, denn trotzdem blieb die

(A) (Hüls [CDU])

massive Widerstandsfront von den Kirchen über die AWO bis hin zu den Gewerkschaften, von den kommunalen Spitzenverbänden bis hin zu den Eltern und Erziehern. "Mit heißer Nadel gestrickt" und "gehört in den Papierkorb" waren noch die gelindesten Bewertungen.

Der zuständige Minister Heinemann aber ließ sich nicht beirren. Er ließ den Gesetzentwurf auf Hochglanzpapier drucken und verschickte ihn. Dann kam das Gesetz. Das Gesetz hat uns nun folgendes beschert: Die Elternbeiträge werden teilweise radikal erhöht, das Land reduziert seinen Anteil an Bau und Unterhalt von Kindergärten, die Kommunen müssen einspringen und zahlen. Hierbei handelt es sich um die geplanten Neubauten. Was aber ist mit der Sanierung der Altbauten? Auf Druck des Finanzministers wurde die klare Aussage zu Ausgaben für die Sanierung wieder aus dem Gesetz gestrichen.

Substanzerhaltung aber ist dringend geboten. Kindergärten, die 20 Jahre und älter sind, brauchen Mittel zur Sanierung. Sonst haben wir nämlich Zweiklassenkindergärten - die wunderschönen neuen und die nicht mehr funktionsfähigen alten. Das kann nicht wahr sein und darf auch nicht geduldet werden. Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

(B)

Nun noch ein Wort zu den Einzugsverfahren der Elternbeiträge. Das Einzugsverfahren der Elternbeiträge belastet erheblich den kommunalen Bereich und führt zu bürokratischen Aufblähungen. Der Erhebungsbogen für die Elternbeiträge umfaßt sieben Seiten - eine Zumutung für die Eltern. Einige meinten schon, sie brauchten dafür einen Steuerberater, andere aber sagten, das Papier gehört in den Papierkorb, und das ist auch meine Meinung.

Wir haben gefordert, den Anspruch auf einen Kindergartenplatz in das Gesetz aufzunehmen und ebenso die Tagespflege gesetzlich zu verankern. Abgelehnt von der SPD-Mehrheit.

Kinder- und jugendpolitisch ist aber die Tagespflege ein wesentliches Element in der Vielfalt der Betreuungsformen, die den Eltern und Kindern erlaubt, für ihre spezifische Situation eine Auswahl zu treffen. Deshalb haben wir im Haushalt 100 000 DM für die Förderung von zwei Modellprojekten beantragt, eines

im städtischen Bereich und eines im ländlichen Bereich.

Wir meinen, daß es notwendig ist, wie beim Schulkinderhaus anhand von Modellen Möglichkeiten der Tagespflege zu erproben, aber auch im Inhaltlichen Aspekte zu vereinheitlichen und dann gesetzlich zu regeln.

Wir begrüßen es, daß nunmehr ein erster Entwurf einer Konzeption zur Tagespflege vom Ministerium vorliegt, der mit den Spitzenverbänden der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege und den Landesjugendämtern abgestimmt werden soll, und hoffen, daß den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sehr schnell eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Tagespflege unterbreitet wird.

Das Ausbauprogramm soll bis 1995 125 000 neue Plätze schaffen. Wir haben dem zugestimmt als Schritt in die richtige Richtung. Wir haben aber auch bei der Beratung der Ergänzungsvorlage der Landesregierung darauf hingewiesen - und da hat Kollegin Scheffler recht -: Diese sieht nicht die volle finanzielle Umsetzung vor. Die CDU hat auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen, dabei aber deutlich gemacht, daß auf der Grundlage des Entschließungsantrags die Landesregierung über die Abwicklung des Ausbauprogramms dem Landtag zu berichten hat. Soweit es notwendig ist, muß das dann eben haushaltsmäßig repariert werden.

Wir sind aber auch der Meinung, daß der bedarfsgerechte Ausbau nur möglich ist, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht. Mindestens zwei pädagogisch tätige Kräfte pro Gruppe sind festzuschreiben. Bei der Schaffung von etwa 100 000 zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen müssen landesweit 8 000 zusätzliche Erzieherinnen eingestellt werden. Hier erwarten wir von der Landesregierung ein Konzept für die Gewinnung weiterer Fachkräfte. Eine qualifizierte Teilzeitbeschäftigung sollte dabei ermöglicht werden, soweit dies pädagogisch vertretbar ist.

Lassen Sie mich noch zu zwei Punkten kommen, den Beratungsdiensten und der Familienbildung.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine große Vielfalt des Beratungsangebots, die angesichts der Probleme

(C)

(D)

(A) (Hüls [CDU])

in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft, auch des Wertewandels, dringend notwendig ist. Es steht allerdings auch fest, daß Milliardenbeträge für die Reparaturen im Sozialbereich ausgegeben werden, aber verschwindend gering ist der Betrag für die Prophylaxe.

Nehmen wir einmal die Scheidungsfolgekosten, wie Sozialhilfe, wie Heimunterbringung usw. Wenn ein Landkreis mittlerer Größe einen zweistelligen Millionenbeitrag dafür aufbringen muß, so werden insgesamt vom Land und den Kommunen sicherlich Milliarden dafür aufgewendet. Deshalb ist ein verstärktes Angebot der Partnerberatung auch in finanziell schwierigen Zeiten ein sinnvolles und effektives Mittel, das Entstehen von Folgekosten wirksam zu vermindern. Wir haben mehr Familienrichter als Eheberater. Das ist traurig; das kann aber auch wohl nicht richtig sein.

Wir unterstützen mit Nachdruck die Forderungen des Landesarbeitskreises für Ehe- und Familienberatung, die Konsequenzen aus dem KJHG auf Landesebene zu ziehen. § 17 bestimmt, daß Müttern und Vätern im Rahmen der Jugendhilfe Beratung anzubieten ist. Die Beratung soll helfen, ein partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie aufzubauen, Konflikte und Krisen in der Familie zu bewältigen, im Falle der Trennung und der Scheidung die Bedingungen für ein das Wohl des Kindes förderndes Wahrnehmen der Elternverantwortung zu schaffen.

(B)

Dazu brauchen Kommunen und besonders die freien Träger für die dargestellten Beratungsaufgaben dringend Entwicklungs- und Planungssicherheit. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sagt in ihrer Stellungnahme zum Haushalt, daß im Bereich der Beratungsstellen die Bestandssicherung nicht einmal gewährleistet ist, geschweige denn neue Aufgaben, die notwendig sind - z. B. im Bereich der Gewaltproblematik - anzugehen. Auch hier hilft Prophylaxe, Schlimmeres zu verhüten.

Wir haben deshalb als CDU-Fraktion 500 000 DM im Haushalt beantragt zur Substanzerhaltung, zum Ausbau und Umbau und zur Ausstattung der Einrichtungen in Familienbildungsstätten und Familienferienstätten. Dies ist einer unserer Schwerpunkte. Wir

(C)

werden auch im nächsten Jahr sehr darauf achten, daß hier die Betroffenen auch die nötige Hilfe bekommen. Wir als CDU werden unseren Beitrag dazu leisten.
- Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.
- Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Hürten das Wort.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rüsenberg, ich war eben doch etwas verwundert über Ihre Äußerungen in bezug auf die §-218-Beratungsstellen. Bis jetzt hatte ich angenommen, daß zumindest die Forderung nach einem flächendeckenden Netz solcher Beratungsstellen von uns übereinstimmend vertreten wurde,

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung der Abgeordneten Garbe [SPD])

daß auch der Ansatz, daß es ein plurales Beratungsangebot geben soll, im Parlament Übereinstimmung erzielt hat. Ich bedauere, daß - wenn ich Ihre Aussage richtig verstanden habe - dieser Konsens anscheinend nicht gegeben ist, daß Sie schon Zweifel haben in bezug auf das quantitative Beratungsangebot.

(D)

In bezug auf die kirchlichen Beratungsstellen allerdings - das hatten wir schon in vergangenen Debatten - fangen die Differenzen vorher an; das ist eine altbekannte Differenz. Selbstverständlich gehören aus unserer Sicht auch kirchliche Beratungsstellen zu einem pluralen Angebot. Nur, wir sind der Meinung, die Kirche hat Geld genug, sie kann ihre Beratung selbst finanzieren, und staatliche Gelder sollten daher aus unserer Sicht auch in diesem Bereich eher den armen Trägern - hier nenne ich wiederholt "pro familia" - zugute kommen.

(Abgeordneter Krömer [CDU]: Wissen Sie eigentlich, wovon Sie reden?)

- Ja, ich weiß, wovon ich rede! - Schließlich werden Pro-familia-Beratungsstellen von Frauen viermal so häufig aufgesucht wie zum Beispiel kirchliche Bera-

(A) (Hürten [GRÜNE])

tungsstellen. Hinzu kommt - das haben Sie selbst gesagt -, daß kirchliche Beratungsstellen gar keine Indikationen ausstellen, also im Grunde genommen sich selbst zu Beratungsstellen zweiter Klasse machen.

Darüber hinaus wird aus kirchlichen Beratungsstellen selbst beklagt - das habe ich auf 218-Veranstaltungen immer wieder gehört -, daß Frauen in kirchliche Beratungsstellen oft in erster Linie deswegen kommen, weil diese Beratungsstellen die Gelder der Stiftung "Mutter und Kind" vergeben und sie im Grunde genommen keine Beratung, sondern das Geld haben wollen. Das ist ein Problem, um das Sie sich im Zusammenhang mit Ihrer Bundestagsfraktion einmal kümmern sollten, daß Sie kirchlichen Beratungsstellen wirklich ermöglichen, Beratungsarbeit zu leisten, und sie von dieser Aufgabe entbinden.

Ich denke, im Ausschuß werden wir noch intensiver über die Beratungsstellen diskutieren, über das quantitative und qualitative Angebot, wenn wir zu unserem Antrag kommen, der ja doch nächstes Jahr entschieden werden muß, über ein flächendeckendes Angebot von Beratungsstellen und auch Abbruchmöglichkeiten.

(B)

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete Hürten, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Rösenberg?

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Ja, bitte!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Rösenberg (CDU): Frau Kollegin, Sie haben hier die für das Land wichtige Feststellung getroffen, daß die kirchlichen Träger, insbesondere die katholischen Träger, für Schwangerschaftskonfliktberatung keine öffentlichen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen sollen, da sie selbst genug Geld haben.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zu Ihrer Frage!

(C)

Abgeordneter Rösenberg (CDU): Dehnen Sie dieses Grundprinzip auch insgesamt auf die anderen Angebote aus, bei denen die Kirchen Träger sind?

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Ich habe nicht nur dieses eine Argument genannt. In bezug auf §-218-Beratungsstellen sind für mich die anderen Argumente wesentlich ausschlaggebender, die die Beratungsarbeit und das Interesse der Frauen, welche Art der Beratung und welches Beratungsangebot sie haben wollen, berühren. Ich habe auch nicht aus der Sicht des Landes, sondern aus meiner Sicht als frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN dazu Stellung genommen.

(Abgeordneter Rösenberg [CDU]: Meine Frage haben Sie nicht beantwortet!)

- Dann haben Sie die Frage falsch gestellt. Ich habe sie so beantwortet, wie ich es für richtig halte.

Ich darf meine Rede mit einem Zitat aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger" vom vergangenen Samstag fortführen. Dort war folgendes zu lesen:

1990 sind allein in den westlichen Bundesländern rund 23 000 Kinder als Opfer von Gewalttaten bei der Polizei registriert worden, davon 16 600 als Opfer sexuellen Mißbrauchs, wobei die Dunkelziffer bei einer Größenordnung zwischen 50 000 und 300 000 vermutet wird.

(D)

Als besonders bedrückend wertet Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Frauen und Jugend, der die entsprechende Pressemitteilung herausgab, "daß Nachbarn, Freunde und Lehrer oft von Mißhandlungen wissen oder Gewalttätigkeiten vermuten, es aber nicht wagen, zugunsten der Kinder einzugreifen. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen - durch dieses Sich-Verschließen werden den Opfern Wege zur Hilfe verbaut".

Ich erlaube mir ein weiteres Zitat aus der Sicht der Betroffenen:

Wir sind mehrere junge Mädchen und Frauen im Alter von 14 bis 20 Jahren, die von zu Hause weggelaufen sind wegen sexuellen Mißbrauchs durch Vater, Stiefvater oder von lieben Ver-

(A) (Hürten [GRÜNE])

wandten. Es heißt, die Täter sollen vor der Öffentlichkeit geschützt werden, aber wer hat uns geschützt, wer hat sich hinter uns gestellt, als wir machtlos dem Peiniger ausgeliefert waren? Wir werden als Schande der Familie abgestempelt, als Lügnerinnen. Der Täter soll den Schmerz haben, so wie wir ihn die ganze Zeit unseres Lebens herumtragen. Der Schmerz der mißbrauchten Frauen ist mit Worten nicht zu beschreiben.

So in einem Leserinnen-Brief in einer Frauenzeitschrift.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vergegenwärtigen Sie sich die Situation dieser Mädchen. Wo sollen sie hin, wer fängt sie auf, wer versteht sie, gibt ihnen ein Dach über dem Kopf, eine Zukunft, psychologische Hilfe, bietet ihnen körperorientierte Therapien, Schutz vor weiteren Angriffen, Schutz vor unverschämten Fragen von Polizei, Justiz, Schutz vor ignoranten Männern? Fast niemand, in allen Städten Nordrhein-Westfalens bis auf drei auch im nächsten Jahr niemand!

Sie werden sagen: Es gibt doch Beratungsstellen, den Kinderschutzbund, Heime.

(B) Es gibt Erziehungsberatungsstellen. - Ja, dort werden Eltern, also eventuell auch die mißhandelnden Väter, nicht die Mädchen beraten. Es gibt Heime, ja, aber dort regieren oft männliche Heimleiter, von denen immer wieder einige ebenfalls des sexuellen Mißbrauchs angeklagt werden.

In geschlechtergemischten Wohngemeinschaften geht die Anmache auch von den Jungen aus. Sexuell mißbrauchte Mädchen können sich hier nicht regenerieren, sie haben keinen sexismusfreien Rückzugsraum.

Es gibt den Kinderschutzbund, ja. Er bekommt die meisten Gelder aus Landesmitteln für diesen Bereich. Aber der Kinderschutzbund ist jüngst mit einer Anzeigenkampagne an die Öffentlichkeit getreten, die schon wieder vergewaltigende Väter in Schutz nimmt, Verständnis für die Väter weckt, die Opfer in die mißhandelnde Familie zurückweist. Es gibt in Nordrhein-Westfalen Ortsgruppen des Kinderschutzbundes, die diesen Ansatz falsch finden und parteilich für die größte Opfergruppe, nämlich Mädchen, agieren. Mir

(C)

ist aber auch aus Nordrhein-Westfalen der Fall eines Kinderschutz-Ortsvereins bekannt, der sich weigerte, zur Beratung sexuell mißbrauchter Mädchen Frauen einzustellen. Was denken Sie, wie sich ein Mädchen fühlt, das seine Vergewaltigung detailreich wieder einmal einem Mann schildern soll? Auch der Bundesvorstand des Kinderschutzbundes, uneinsichtiger Auftraggeber der Anzeigenkampagne, wird dem Problem sexueller Gewalt gegen Mädchen dadurch nicht gerecht.

Die Gelder, die das Land Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung sexuellen Mißbrauchs und zum Schutz von Mädchen einsetzt, werden falsch eingesetzt. Auf den Punkt gebracht: Organisationen, die sich den weiblichen Opfern widmen, bekommen zu wenig Geld vom Land. Sie können auch mit Hilfe dieser Gelder gerade einmal ein autonomes und ein AWO-geführtes Mädchenhaus in ganz Nordrhein-Westfalen eröffnen. Organisationen, die sich der männlichen Täter annehmen, können jedoch fast flächendeckende Hilfe anbieten. In anderen Politikbereichen hätte in einem solch drastischen Fall von fehlgeleitetem Mitteleinsatz die Landesregierung hoffentlich selbst würdigere Förderungsempfänger gesucht.

Eine ordentlich arbeitende Regierung müßte nach dem Muster handeln: Problem erkannt, Handlungsstrategien zielgenau erarbeitet, gehandelt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung macht es jedoch so: Problem erkannt, Handlungsstrategien erarbeitet, die den Kern des Problems ignorieren, am Problem vorbei gehandelt.

Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob dies aus Bequemlichkeit geschah, um die ausgetretenen Förderpfade nicht zu verlassen. Ich vermute dies. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist bekannt dafür, nicht gerade besonders frauenfreundlich zu agieren.

(Minister Heinemann: Wer sagt das? Das ist eine Unterstellung, die nicht stimmt! - Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das stellen Sie so einfach fest?)

- Ja, das stelle ich hier fest. Es ist meine Meinung, die ich in meinem Redebeitrag zum Ausdruck bringe.

(D)

(A) (Hürten [GRÜNE])

In diesem Zusammenhang ist es ja auch lachhaft: Der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, die, wie ich gehört habe, gleich dazu noch Stellung beziehen wird, werden gerade einmal 50 000 DM - in Worten: fünfzigtausend DM! - für Öffentlichkeitsarbeit bezüglich sexuellen Mißbrauchs zur Verfügung gestellt. Das liest sich dann so: Die Frau Ministerin darf darüber quatschen, aber der Minister hält den Geldsack zu.

Wir GRÜNEN beantragen deshalb, Landesmittel gegen sexuellen Mißbrauch und zum Schutz der Opfer zielgenau und effektiv einzusetzen und die Mittel selbstverständlich wesentlich zu erhöhen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Minister Heinemann das Wort.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere, daß ich Sie doch noch wenige Minuten aufhalten muß; das wird sich vielleicht heute abend niederschlagen. Aber die Ausführungen von Frau Hüls veranlassen mich schon, noch ein paar Bemerkungen zu machen.

(B)

Ich habe es noch nie erlebt, daß ein Gesetzentwurf mit so vielen falschen Darstellungen in der Öffentlichkeit begleitet wurde und auch mißbraucht worden ist. Jeder hat aufgrund dieses Gesetzentwurfs versucht, seine Probleme als Gruppe oder auch als Einzelperson zu lösen. Das ging selbst so weit, daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr diesen Gesetzentwurf benutzte, um mit ihm Tarifierhöhungen zu begründen. Das ist nicht Sache dieses Gesetzentwurfs gewesen.

Sie haben mich kritisiert, daß ich mich nicht habe beirren lassen. Darüber bin ich froh. Ich habe das Gesetz nicht durchgepeitscht, sondern es ist seinen Weg gegangen, wie jedes andere Gesetz. Wenn eine beschleunigte Arbeit als "Durchpeitschen" betrachtet wird, habe ich dafür kein Verständnis; denn ich bin stets bemüht, Probleme in einem vernünftigen Zeitraum zu lösen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt,

(C)

daß es richtig war, daß ich mich nicht habe beirren lassen. Das Gesetz beweist das.

Sie haben die Elternbeiträge kritisiert, aber verschwiegen, daß der Elternbeitrag bei einem Einkommen von bis zu 24 000 DM auf Null gestellt worden ist, daß bis zu einem Einkommen von 48 000 DM im Jahr keine Veränderung erfolgt, daß von 50 000 bis 72 000 DM auch der alte Beitrag bestehen bleibt, daß in diesen Gruppen keine Beitragserhöhungen erfolgt sind.

Frau Hüls, ich habe eine andere politische Auffassung und Ideologie als Sie, denn Ihre Steuerpolitik begünstigt diejenigen, die viel verdienen, und bestraft diejenigen, die wenig verdienen. Wir machen es umgekehrt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir begünstigen die, die wenig verdienen, und belasten die, die viel verdienen. Wenn einer heute 150 000 oder 200 000 DM verdient, braucht er nicht eine so hohe Subvention seines Kindergartenplatzes zu bekommen, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Da reduzieren wir. Er kriegt immer noch Subventionen. Wer soviel verdient, braucht eigentlich überhaupt keine Subvention für seinen Kindergartenplatz. Dennoch ist das hier so.

Sie kritisieren den Erhebungsbogen. Er ist mit den Kommunen abgestimmt. Es sind auch nicht sieben Seiten, sondern lediglich drei Seiten, die für die rechtsverbindliche Erklärung notwendig sind; die anderen vier Seiten sind Erläuterungen oder Hilfsmittel, damit man zu dem Ergebnis auf den ersten drei Seiten kommen kann.

Die Stadt Bonn hat sich selbständig gemacht und hat ein fünfseitiges Schreiben an die Eltern geschickt mit dem Ergebnis, daß die Stadt Bonn keiner mehr versteht. Dieser Fragebogen, der mit den Kommunen abgestimmt worden ist, wird, wenn man sich Mühe gibt, auch verstanden. Man kann sehr schnell sagen: Dafür brauche ich keinen Steuerberater.

(A) (Minister Heinemann)

Ich bitte Sie wirklich noch einmal ganz inständig, bei den Tatsachen zu bleiben. Es ist falsch, wenn Sie - ich habe vorhin versucht, das Frau Witteler-Koch klarzumachen, sie hat es scheinbar immer noch nicht begriffen; daß Sie es aber nicht begriffen haben, kann ich nicht verstehen - wieder behaupten, die Kommunen würden hier zum Zahlmeister gemacht. Das ist falsch. Für den Kindergartenplatz spart die Kommune bei den Betriebskosten. Bei den Investitionskosten zahlt die Kommune nicht mehr als bisher.

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Der Städtetag sieht das anders!)

- Entschuldigung, ich bin ja bereit, Sie aufzuklären. Wir können ja ein Seminar für Landtagsabgeordnete durchführen, die das Gesetz nicht verstehen. Ich stelle mich gerne als Referent zur Verfügung. Ich würde Sie bitten, sich dazu anzumelden. Dann machen wir das. Ich möchte Sie bitten, bei der Wahrheit zu bleiben und nicht in der gleichen Methode wie bisher zu verfahren.

(Beifall bei der SPD)

(B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Ministerin Ridder-Melchers das Wort.

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will kurz zu einigen Punkten Stellung nehmen, weil ich nun einige Male in dieser Debatte auch angesprochen worden bin. Frau Witteler-Koch, dabei will ich nicht auf Ihre gebetsmühlenartige Wiederholung der Aufforderung, mein Ministerium aufzulösen, eingehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wissen Sie was? Es ist ja so: Forderungen werden dann glaubwürdig, wenn man hinterfragt, wie denn die F.D.P. dort handelt, wo sie in der politischen Verantwortung steht. Das gibt es ja auch noch, daß Sie irgendwo in der politischen Verantwortung stehen; vielleicht muß sich das ja ändern.

(C)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nicht Frau Witteler-Koch!)

In Bonn gibt es ein Ministerium, von Ihrer Kollegin Adam-Schwaetzer regiert, in dem ganze vier Staatssekretäre unter der Ministerin tätig sind. Der Apparat, der dort finanziert wird, bei dem sollten Sie einmal nachfragen, ob Sie da vielleicht sparen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Rheinland-Pfalz, wo Sie mit an der Regierung sind, gibt es ein Ministerium im gleichen Aufbau wie in Nordrhein-Westfalen. Da hat die F.D.P. gar nichts dagegen, in diesem Frauenministerium gar die Amtschefin zu stellen. So sieht das in der Praxis aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich frage Sie: Was soll das eigentlich? Sie haben in der Sache nichts zu bieten. Das betrifft nicht nur die Frauenpolitik. Ich habe immer wieder gesucht, wo es denn einmal möglich wäre, sich mit Ihnen in der Sache um Frauenförderungsmaßnahmen zu streiten. Da ist große Leere und Sendepause. Ich sage es hier noch einmal: Daß die F.D.P. mit Fragen der Gleichstellungspolitik, die ja sehr viel mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu tun haben, nicht soviel am Hut hat, ist für mich kein Wunder.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Worüber ich mich freue, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, daß die Frauenpolitik auch hier im Plenum immer stärker und immer häufiger diskutiert wird. Das liegt sicherlich daran, daß wir einen Frauenausschuß im Landtag haben und daß das Ministerium da ist.

Wenn wir bei Arbeitsmarktpolitik, bei Jugendpolitik und auch zu anderen Fragen die frauenpolitischen Fragestellungen gleich mit diskutieren, ist das richtig und gut. Es ist ein Erfolg unserer Arbeit auf der Regierungsebene, daß wir nämlich querschnittsmäßig Frauenpolitik in allen Politikfeldern betreiben, und zwar in großer Einmütigkeit. Denn nur so ist Frauenpolitik letztendlich erfolgreich.

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

Lassen Sie mich noch eines zum Problembereich Gewalt gegen Kinder und insbesondere gegen Mädchen sagen. Frau Witteler-Koch, auch hier haben Sie wieder moniert, daß die Landesregierung kein Konzept habe. Ich darf Ihnen sagen, daß wir, nämlich das Arbeitsministerium und mein Ministerium gemeinsam, seit langer Zeit ein Konzept für den Aufbau und die Finanzierung von Mädchenhäusern entwickelt haben.

Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie wir unsererseits Anstöße geben können, damit die Finanzierung auch läuft. Wir haben alle an den Tisch geholt: das Landesjugendamt und die örtlichen Jugendämter und Träger. Letztendlich liegt die Verantwortung und Zuständigkeit im Bereich der Jugendhilfe bei den örtlichen Jugendämtern. Auch hier darf man nicht ständig die Verantwortlichkeit total verschieben.

Wenn Sie die Entwicklung zum Beispiel in Bielefeld einmal etwas sorgfältiger nachvollzogen hätten,

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dann wüßten Sie, warum wir heute leider noch nicht so weit sind, daß wir diese Einrichtung schon haben. Das liegt aber bestimmt nicht an der Aktivität des Landes, sondern es liegt an der zögerlichen Haltung der Stadt Bielefeld. Ich bin froh, daß wir jetzt eine einmütige Entscheidung herbeigeführt haben.

(B)

Was die weitere Arbeit, die wissenschaftliche Begleitung des Aufbaus dieser Einrichtungen, angeht, wollen wir prüfen, wie wir auch bestehende Angebote und Einrichtungen der Jugendhilfe in Zukunft besser nutzen können, um für junge Mädchen Zufluchtsstätten zu bieten und auch Beratung und Hilfe vorzuhalten. Sicherlich werden wir kaum - weder das Land noch die Kommunen, die hier eigentlich federführend tätig werden müssen - in der Lage sein, flächendeckend solche Einrichtungen neu zu konzipieren, Frau Witteler-Koch. Es muß auch darum gehen, die bestehenden Angebote und die bestehenden Einrichtungen besser zu qualifizieren, damit sie sich dieser Problemstellung besser öffnen können.

Dazu gehört auch ein umfangreiches Angebot an Fortbildung und Qualifizierung von Fachleuten im Kindergarten, in der Schule und in der Jugendbildung. Wir sind dabei. Dazu hat der Arbeitsminister

(C)

Mittel in seinem Etat, und auch ich habe Mittel, um solche Maßnahmen entsprechend voranzutreiben. Auf dem Weg wollen wir gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Witteler-Koch für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die Fraktionen sich gefallen lassen müssen, was das Parlament sich hier von den Ministern gefallen lassen muß, das steht schon für sich. Ich meine, so können wir uns das auf Dauer nicht mehr bieten lassen, meine Damen und Herren!

(Lebhafte Zurufe von der SPD - Abgeordneter Wolf [SPD]: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus!)

Daß der Minister hingeht und Abgeordnete beschimpft - so darf es nicht weitergehen, meine Damen und Herren! Der Minister sollte sich vielleicht einmal von seinen Kollegen in anderen Ländern darüber informieren lassen, was es mit der Gewaltenteilung auf sich hat.

(D)

Herr Minister, des weiteren: Lesen Sie doch einmal die konkreten Punkte, die aus den Oppositionsfraktionen zur Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen immer wieder vorgetragen und in der letzten Legislaturperiode beantragt worden sind, nach!

(Zurufe von der SPD)

Dann kommen Sie auf konkrete Punkte, die Sie umsetzen könnten, aber nicht umsetzen, weil es Ihnen nicht in den Kram paßt, weil Sie nach wie vor in der Hauptsache die Kommunen belasten wollen.

Ihre angekündigten persönlichen Stunden für Frau Hüls und mich finde ich zwar sehr schön, Herr Heinemann, aber das trifft doch nicht den Punkt. Fragen Sie doch einmal die Kommunen, ob die so blöd sind, das nicht zu verstehen, was jetzt auf sie zukommt.

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

Die Resolutionen zeigen doch, wie die Situation im Lande aussieht.

Auch Frau Ridder-Melchers hat hier einiges gesagt, was wir so nicht stehenlassen können. Die F.D.P. ist für Frauenpolitik, meine Damen und Herren,

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Wo denn? Wo denn? An welcher Stelle denn?)

aber nicht so, wie sie die SPD hier im Lande betreibt! Ein Frauenförderungsgesetz kann doch nicht die Situation von Frauen verbessern, indem man nach Quote Frauen fördert.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Sagen Sie doch, wo Sie fördern wollen, statt Ihrer Konzeptionslosigkeit!)

Die Benennung von Frau Fischer sehe ich z. B. nicht als eine Quotenmaßnahme an. Das ist der richtige Weg. Herzlichen Glückwunsch, Frau Fischer! Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der sicherlich nicht leichten Aufgabe, die Sie zu bewältigen haben.

(B) Vizpräsident Dr. Klose: Frau Kollegin, darf ich Sie einmal unterbrechen?

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Bitte.)

Wollen Sie eine Zwischenfrage vom Herrn Kollegen Dr. Vesper zulassen?

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Ja, gerne.)

- Bitte schön!

(Zurufe von der SPD)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Kollegin, wenn Sie sagen, daß Sie auch für Frauenpolitik sind - wie sieht denn Ihre Frauenpolitik aus?

(Lachen und Beifall bei der SPD)

(C)

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Wir sind dafür, Herr Vesper, daß wir - im Gegensatz zu den GRÜNEN - vielleicht in Frauengremien die Frage erörtern, wie die Situation von Frauen verbessert werden kann, wie wir im einzelnen etwas dafür tun können, die Mentalitäten zu verändern, daß wir diese Forderungen aber mit unseren Männern zusammen durchsetzen und nicht versuchen, in Klein-Klein-Gruppen mit Frauen oder Frauenausschüssen und -ministerien, die die Wirkung überhaupt nicht haben, dies durchzusetzen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Sie wissen doch, wie hinter den Türen über diese Maßnahmen gelacht wird.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Zur Gleichstellungspolitik kommen wir aufgrund des Antrags der GRÜNEN noch. Nur, meine Damen und Herren: Frauenpolitik ist immer auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, und das betrifft insbesondere den Minister.

Vizpräsident Dr. Klose: Frau Kollegin, darf ich Sie noch einmal unterbrechen?

(D)

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Nein, danke.

Es betrifft auch Minister Heinemann in bezug auf politische Kultur. Es ist Ihre Aufgabe und die Aufgabe des Ministeriums, die Ansätze, die in Plenarberatungen und Ausschußberatungen kommen, auch umzusetzen. Das tun Sie nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Hilgers für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Hilgers (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte den Betrieb nicht gerne auf. Aber, Frau Hürten, Sie können natürlich nicht in meinem Beisein erklären, daß die Mittel, die der

(A) (Hilgers [SPD])

Kinderschutzbund in Nordrhein-Westfalen für seine wertvolle Arbeit in den Kinderschutzzentren erhält, fehlgeleitet sind. Das ist nicht in Ordnung. Ich weise das wirklich mit Empörung zurück.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht weiß Frau Hürten nicht, daß ich Vizepräsident des Deutschen Kinderschutzbundes bin.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt wissen wir es alle!)

- Ja, gut. In meinem Beisein eine solche Erklärung abzugeben ist schon ein starkes Stück. Also: Ich weiß, wieviel Arbeit die Menschen in den Kinderschutzzentren leisten. Ich weiß, daß es dort lange Wartelisten und viel zu wenig Personal gibt. Da geht es nicht an, sich hier hinzustellen und zu sagen, das seien fehlgeleitete Mittel.

Was mich im übrigen auch gestört hat - das können Sie der Frau Hürten, die jetzt nicht da ist, bestellen, Frau Kollegin Scheffler -: Das Problem des sexuellen Mißbrauchs ist nicht nur ein feministisches Problem. Es kann nicht nur dieser Betrachtungsweise unterliegen. Es gibt ja auch Jungen, die sexuell mißbraucht werden.

(B)

Ich halte es auch für falsch, sich hier hinzustellen und zu sagen, jeder Therapieversuch bei Tätern sei sinnlos. Das ist nicht in Ordnung. Auch das weise ich zurück.

Ich denke, Frau Hürten sollte sich sehr überlegen, ob sie von diesem Platz aus solche Betrachtungen anstellt.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung des Abgeordneten Diegel [CDU])

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Es gibt zum Einzelplan 07 keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wir haben zunächst über die **Änderungsanträge** abzustimmen, zuerst über die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN, die in

(C)

Drucksache 11/2900 niedergelegt sind. Ich rufe jeden einzelnen Punkt auf und bitte Sie dazu um Ihre Meinung im Rahmen der Abstimmung.

Zunächst **Anlage 1** - Kapitel 07 010 Titel 422 10, Stichwort: "Schwulen- und Lesbenreferat". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur **Anlage 2** - Kapitel 07 020 Titelgruppen 60, 72 und 73, Stichwort: "Arbeitslosigkeit von Mädchen". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. -

(Zuruf von der SPD: Fünf!)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 3 - Kapitel 07 020, Stichwort: "Bekämpfung von Armut und Erwerbslosigkeit". Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. -

(Zuruf von der SPD: Fünf! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wer schreit da immer "Fünf"? - Heiterkeit)

(D)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 4 - Kapitel 07 040, neuer Titel: "Förderung der Organisationen der Schwulen- und Lesbenemanzipation". Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe: Fünf! - Heiterkeit)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist ebenfalls **abgelehnt**.

Anlage 5 - Kapitel 07 040 "Bekämpfung der Gewalt gegen Homosexuelle" -. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Anlage 6 - Kapitel 07 040 "Sofortprogramm Altenhilfe" -. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 7 - Kapitel 07 050 Titel 684 60 "Förderung der freien Wohlfahrtspflege" -. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 8 - Kapitel 07 050 Titelgruppe 80 "Tageseinrichtungen für Kinder" -. Wer möchte zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Anlage 9 - Kapitel 07 050 Titelgruppe 80 "Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder" -. Wer möchte zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Siehst du, es werden mehr!)

(B) Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 10 - Kapitel 07 060 "Flüchtlingsaufnahme-programm 1992" -. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 11 - Kapitel 07 080 "Aids-Hilfe" -. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 12 - Kapitel 07 110 "Förderung der Gewerbeaufsicht" -. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nur ein Teil davon!)

Ich komme nun zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/2901.

(C)

Anlage 1 - Kapitel 07 060 Titel 643 10 "Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes" -. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 2 - Kapitel 07 060 Titelgruppe 72 (neu) "Bekämpfung von Fluchtursachen in den osteuropäischen Ländern" -. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Anlage 3 - Kapitel 07 060 Titel 643 16 "Erstattung von Einmalhilfen laut Bundessozialhilfegesetz für Asylbewerber an die Gemeinden" -. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur **Abstimmung über den Einzelplan 07 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2807**. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Abgelehnt!)

- abge...

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

angenommen.

Meine Damen und Herren, nach dieser angenommenen Beschlußempfehlung weise ich darauf hin, daß über die Entschließungsanträge nach der dritten Lesung abgestimmt wird.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2806 und auf die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2902 mit drei Anlagen

(D)